

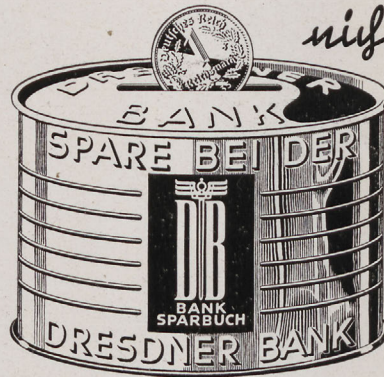
Stätten deutscher Arbeit: Gruppe großer Waagrechtbohr- und Fräsmaschinen nach dem Zusammenbau in der großen Montagehalle der Schiess-Defries A.-G., Düsseldorf

Technik und Wirtschaft

Zeitschrift für Wirtschaftskultur

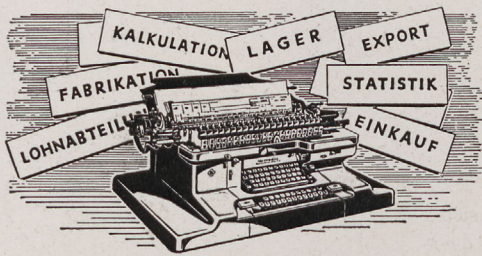
Für Dein Geld

nicht in den Topf sink!



Wir verwalten Vermögen und Spargelder
 durch unsere 325 Niederlassungen und Depositenkassen in allen Teilen Deutschlands
 davon 81 in Groß-Berlin

DRESDNER BANK



In alle Winkel sehen

Je größer ein Betrieb, desto schwieriger der Einblick in die Einzelheiten, desto schwieriger auch die Arbeit des Wirtschaftsprüfers. Tägliche Abstimmung aller Konten, schnelle Kostenübersichten, klare Abrechnungen, zuverlässige Statistiken ermöglicht nur eine hochentwickelte Maschine wie der **Mercedes Addelektro-Buchungsautomat**. Dieser rechnet quer und senkrecht, bringt alle Summen und Salden automatisch zu Papier und schreibt jeden gewünschten Text.

Über die organisatorische Auswertung gibt Ihnen gern unser Organisationsbüro Auskunft.

MERCEDES

BÜROMASCHINEN - WERKE A. G.
 ZELLA-MEHLIS IN THÜRINGEN

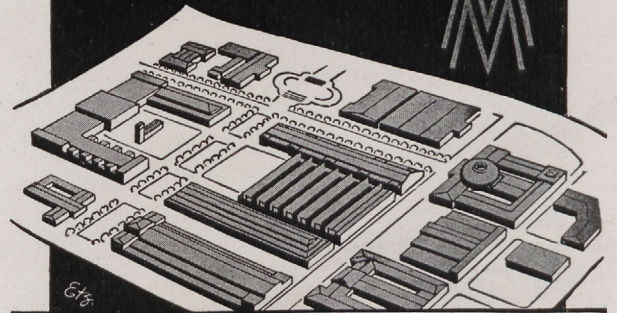
13/6/38

LEIPZIGER FRÜHJAHRSMESSE 1939

GROSSE TECHNISCHE MESSE UND BAUMESSE

vom 5. bis 13. März

ETWA 3.000 AUSSTELLER
 20 GROSSE HALLEN



LEIPZIGER MESSAMT-LEIPZIG

Der erstmalig für 1939 erschienene

Kalender der Technik

wird Sie das ganze Jahr hindurch begeistern und erfreuen, weil das Große und Schöne der Technik so meisterhaft darin eingefangen ist.

Noch ist er lieferbar! Bestellen Sie diesen interessanten Kalender sofort!

Umfang: 156 Bildblätter im Hochformat DIN A 5. Preis RM 2.50 (VDI-Mitgl. RM 2.25).

Bezug durch jede Buchhandlung.

VDI-VERLAG · GMBH · BERLIN NW7

Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

Januar 1939

32. Jahrgang

Heft

1

Wirtschaftsordnung

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT, Berlin

In den Krisenjahren am Anfange dieses Jahrzehntes ist der Ruf nach einer in Markt und Betrieb geordneten Wirtschaft nach und nach immer stärker geworden. Dem wirklichen oder auch nur vermeintlichen Wirrwarr der damaligen Wirtschaftsentwicklung wurde als „Weg aus der Not“ die Schaffung einer allgemeinen Wirtschaftsordnung gegenübergestellt, die die einen in dieser, die andern in jener Weise zu verwirklichen suchten.

Mit der Ordnung von Markt und Betrieb sollte jedoch nicht nur der Kampf gegen den Wirrwarr und die Zersetzung der Krisenzeit erfolgreich zu Ende geführt werden. Darüber hinaus war damit gleichzeitig auch der tragende Boden zu schaffen, aus und auf dem sich die Gesundung und Erneuerung unserer Wirtschaft im kraftvollen Vorwärts und Aufwärts vollziehen sollte.

Die Ordnung der Dinge, die wir uns damals zum Ziel gesetzt hatten, ist inzwischen entschlossen angepackt und energisch durchgeführt worden. Zur Bewältigung der hiermit verbundenen Aufgaben wurde mit bemerkenswerter Schnelligkeit eine Organisation nach der andern aus dem Boden gestampft. Ein Gebiet nach dem andern wurde mit echt deutscher Gründlichkeit von ihr erfaßt, geordnet und unter die Herrschaft bestimmter Wirtschaftsregeln gebracht.

Im Zuge einer solchen Entwicklung ist der „Weg aus der Not“ von damals auf diese Weise nach und nach zur Wirtschaftstechnik von heute geworden. Das ist um so wichtiger, als die neue Technik von den mit ihr inzwischen herangewachsenen und durch sie erstarkten Wirtschaftsorganisationen getragen und nach außen vertreten wird.

Die Bedeutung, die heute der durch die Ordnung der Dinge entstandenen neuen Wirtschaftstechnik zukommt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit nicht nur neue Mittel und Wege der Wehr und Waffe im Wirtschaftskampf gefunden, sondern auch neue Gefahren verbunden sind, die weniger in der Technik selbst als in den mit ihr arbeitenden und handelnden Menschen begründet liegen. Wie so oft im täglichen Leben, neigen wir auch auf dem Wirtschaftsgebiete dazu, die Technik zur lieben Gewohnheit werden zu lassen, aus der schließlich nur zu leicht — um der vorhandenen Technik willen — ein Grundsatz des Wirtschaftens wird.

Das heißt nicht, daß Technik und Wirtschaft sich nicht im Sinne der Ordnung wechselseitig beeinflussen und abstimmen müssen. Das heißt nur, daß auch die Ordnung und die für sie von uns zu schaffende und auszuübende Technik niemals der Endzweck des Wirtschaftens ist, sondern stets nur der Anfang, der Boden, aus und auf dem sich, wie bereits gesagt, neues vorwärts und aufwärts strebendes Leben in gesunder und kraftvoller Weise entfalten soll. Hemmt die Technik der Ordnung über Gebühr die gesunden und natürlichen Triebe des Lebens, so muß die Entwicklung entweder in der formalen und mechanischen Ordnung der Dinge erstarren oder auf ungesunde und schwer überwachbare Bahnen abgedrängt werden.

Die Ordnung der Dinge ist daher heute, nachdem sie sachlich die Aufgaben erfaßt und der Lösung näher gebracht hat, um der in der Wirtschaft handelnden und arbeitenden Menschen willen in eine entscheidende Stufe ihrer Gestaltung getreten. Gibt es einen Weg aus der mit jeder Ordnung nun einmal verbundenen Gefahr der Erstarrung und Beharrung heraus? Läßt sich über

die organisatorische Ein- und Verteilung der verfügbaren Kräfte, Stoffe und Mittel hinaus eine praktisch gangbare Bahn für eine natürliche, gesunde und organische Weiterentwicklung der Lebensträger unserer Betriebswirtschaft finden? Wie ist es möglich, den Ordnungswillen nicht auf das Ordnen allein, sondern auf die pflegliche Entwicklung der betrieblichen Leistung im Dienste des Ganzen und im Wettbewerb mit den andern Betrieben eines Wirtschaftszweigs abzustellen?

Die eingehende Behandlung dieser Fragen ist wichtig genug, daß sich mit ihnen die besten Köpfe beschäftigen sollten. Wie die Verlautbarungen so mancher maßgebender Persönlichkeiten im letzten Jahre beweisen, ist die hier zur Lösung stehende Aufgabe in ihrer Bedeutung erkannt. Es ist daher zu hoffen, daß es über kurz oder lang der gemeinsamen Arbeit der in unserer Wirtschaft führend und gestaltend wirkenden Kräfte gelingt, nach dem Weg aus der Not von einst auch den Weg aus den Gefahren von heute zu finden.

Die nachfolgenden Ausführungen verfolgen den Zweck, hierzu aus dem Bereiche der Wirtschaftspraxis heraus einen Beitrag zu leisten.

1. Der Wirtschaftsbetrieb

Die erste Gruppe der heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden Ordnungsmaßnahmen befaßt sich mit der Stellung und Aufgabe des Wirtschaftsbetriebs. Die Zugehörigkeit und das Tätigkeitsfeld der einzelnen Betriebe sind nach den verschiedenartigsten Gesichtspunkten festgestellt worden. Den Ermittlungen entsprechend ist die Eingliederung in die Wirtschaftsorganisation erfolgt, und zwar bis in die feinsten Verästelungen der Wirtschaftsgruppen hinein.

In Verbindung hiermit ist auch der Berufsstand der in den Wirtschaftsbetrieben verantwortlich und führend tätigen Personen auf eine klare und geordnete Grundlage gestellt worden. Dabei war man bestrebt, die einzelnen Pflichten und Rechte eines jeden Berufs auch in der Betriebswirtschaft zu umreißen und ihnen durch die Wiederherstellung des Begriffes der Berufsehre den für die Gemeinschaft so wichtigen sittlichen Inhalt zu geben.

Alle diese Aufbaumaßnahmen haben letzten Endes das Ziel, zu einer Ordnung der Wirtschaft von ihren lebendigen Trägern, nämlich den Betrieben und weiterhin den in diesen Betrieben führenden Menschen her zu gelangen. Sie gingen somit — bewußt oder unbewußt — von der richtigen und wichtigen Einstellung aus, daß die sinnvolle Gestaltung und gesunde Führung des Einzelbetriebes die Voraussetzung für die Ordnung der Gesamtwirtschaft sind.

Das Aufblühen des berufsständischen Gedankens in unsrer Betriebswirtschaft hat jedoch bei manchem auch irrige, ja für die Gesamtheit gefährliche Meinungen entstehen lassen. So mancher sah nämlich dadurch den Wirtschaftsverband unsrer Betriebe nicht mehr als ein sich ständig in der organischen Weiterentwicklung befindliches, natürliches Gebilde unsres Volkslebens an, sondern als einen gleichsam mit verbrieften Rechten ausgerüsteten und nach überkommenen Regeln arbeitenden Ständeaufbau, in dem der

einzelne an einer bestimmten Stelle stand, und an den er bestimmte Forderungen zu richten hatte.

Zwei Beispiele mögen das Gesagte näher erläutern.

a) In manchen Teilen der Wirtschaft wurde und wird auch heute noch mit Nachdruck die Ansicht vertreten, daß der Aufbau der Betriebswirtschaft gleichsam schicksalhaft an die bekannte Dreigliederung: Hersteller, Großhändler und Einzelhändler gebunden sei. Man verkannte, daß der Großhändler zwar der Träger eines bestimmten Abschnittes der Wirtschaftsentwicklung, so z. B. der Aufschließung neuer oder unzugänglicher Absatzgebiete ist, daß er jedoch aus der Natur der Dinge heraus zurücktreten muß, wenn er seine Aufgaben erfüllt hat oder nicht mehr erfüllen kann¹⁾.

Die entwicklungsmäßig gesehene falsche Vorstellung von einer solchen ständischen Gliederung der Wirtschaft hat dann zu Strömungen geführt, die den Großhändler gleichsam zwangsweise in den Wirtschaftsablauf auch da wieder einschalten wollten, wo er bereits im Zuge der Entwicklung ausgeschaltet oder zurückgedrängt war. Man versuchte also lediglich um einer Vorstellung willen eine natürliche Entwicklung rückgängig zu machen, die in der Vereinfachung des Warenweges und damit auch seiner Verbilligung bestand.

Mit diesen Bestrebungen war dann manchmal bemerkenswerterweise noch eine weitere Absicht verbunden, die der gleichen Vorstellung von der Wirtschaft entsprang. Die gesamten Absatzgebiete eines Wirtschaftszweiges sollten regional nach Herstellbetrieben aufgegliedert und die den einzelnen Herstellbetrieben demgemäß zugeteilten Belieferungsgebiete wiederum durch Einschaltung von ebenfalls regional abgegrenzten Großhandelsabsatzbereichen unterteilt werden. Einem Großhändler würden dann die in seinem Gebiet ansässigen Einzelhändler zur Belieferung zufallen, die ihrerseits wieder die regional zu ihnen gehörenden Verbraucher zu versorgen hätten.

Man erkennt deutlich, daß in einer solchen Strömung ein nicht zu bestreitender Ordnungsgedanke — ständischer Aufbau, regionale Absatzgliederung und Kundenverteilung — steckt. Man erkennt jedoch nicht minder deutlich, daß dabei jeder Wettkampf in der Wirtschaft erstirbt und damit jener so wirksame Zwang zur gesteigerten Leistung im Dienste der Abnehmerschaft, deren „Kundschaft“ ständig aufs neue „geworben“ werden muß und nicht nur als Gerechtmächtige „gehalten“ werden kann.

b) Man kann auch heute noch nicht selten in der Wirtschaft auf die Ansicht stoßen, daß ein junger, aufwärts strebender Betrieb, der sein Erzeugnis besser oder billiger herstellt und entsprechend verkauft, ein Störenfried in der Branche ist. Dieser Standpunkt wird sogar auch in dem Falle noch aufrechterhalten, wenn dieser als störend empfundene Betrieb nicht nur seine Kosten deckt, sondern auch einen angemessenen Nutzen erzielt.

Sind in einem Wirtschaftszweige derartige Störungen stärker zu spüren, so treten bei den davon betroffenen Betrieben in der Regel Kartellbestrebungen als Abwehrerscheinungen auf. Betriebe, die gegenüber den „Außenseitern“ aus irgendwelchen Gründen ungünstiger liegen, stellen als Forderung für die Gesunderhaltung der Branche die Festlegung gleicher Preise für gleiche Waren und einheitlicher Absatzbedingungen im Verkaufe auf.

Es kann nun kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Kartell unter gewissen Voraussetzungen zweckmäßig, ja notwendig

ist. Das kann sein, wenn — wie z. B. bei dem An- und Abbau von lebenswichtigen Stoffen — die Aufrechterhaltung aller hiermit befaßten Betriebe aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen erforderlich ist. Das kann auch sein, wenn Wirtschaftszweige aus irgendwelchen Gründen besonders zerrüttet sind und ihnen während einer bestimmten Schon- und Übergangszeit die Möglichkeit gegeben werden soll, wieder aufzubauen.

Versucht man jedoch, den Kartellgedanken gleichsam zum allgemeinen Grundsatz der Wirtschaftsordnung zu machen, so schließt man damit den in jedem Preis- und Konditionswettbewerb liegenden Trieb zur Vermehrung und Verbilligung der betrieblichen Leistung und des Dienstes am Kunden aus. Die Auslese der zu einem bestimmten Wirtschaftszweige gehörenden Betriebe erfolgt dann nicht mehr in dem die eigenen Kräfte entfaltenden und stählenden Kampf, sondern — wenn überhaupt — nach Zuteilungsplänen, die günstigenfalls die Lage von gestern bei der Gestaltung des Morgen berücksichtigen können. Für die organisatorische Entwicklung, für das Vorwärts und Aufwärts des gesunden Wachstums im natürlichen Leben ist in einer solchen Ordnungsform kein Spielraum gegeben. Das Vorhandene oder Verfügbare wird nach dem überkommenen Zustand verteilt, wobei gegebenenfalls „besondere Gesichtspunkte“ — wenn hinreichend begründet — Berücksichtigung finden können.

Die angeführten Beispiele ließen sich noch nach mancher andern Richtung hin ergänzen. Ihnen allen liegt — trotz ihrer Unterschiede — ein gemeinsamer Gedanke zugrunde. Die Aufgabe des Ordnungswillens in der Wirtschaft wird vor allem in der Schaffung geordneter „Zustände“ und ihrer Erhaltung, d. h. also gleichsam rein statisch gesehen, anstatt sie darüber hinaus auf die Ermöglichung einer gesunden, wenn vielleicht auch harten Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung des betrieblichen Lebens, d. h. also gleichsam biodynamisch abzustellen.

Vergessen wird, daß der Sinn eines Wirtschaftsbetriebes ein doppelter ist. Auf der einen Seite hat er die ihm obliegende Herstellung oder Verteilung seiner Leistung so preiswert wie möglich im Dienste einer gesunden Bedarfsdeckung zu vollziehen. Auf der andern Seite aber hat er auch für das Aufkommen eines ausreichenden Anteiles am Sozialertrag Sorge zu tragen, aus dem nicht nur die unmittelbar an dieser Leistung beteiligten Personen und Betriebe entlohnt werden können, sondern mit dem auch diejenigen Verpflichtungen zu decken sind, denen der einzelne Betrieb kraft seiner Zugehörigkeit zu einer größeren Wirtschaftsgemeinschaft unterliegt. Ist ein Betrieb auf die Dauer nicht in der Lage, diese doppelseitige Aufgabe in seinem Wirtschaftsverband zu erfüllen, so verliert er das Anrecht auf einen weiteren Bestand.

Dabei ist es keineswegs notwendig, daß in einem Betriebe oder ganz allgemein in der gesamten Betriebswirtschaft möglichst viele Personen beschäftigt werden. Die Gesamtheit der Betriebe muß nur in irgendeiner Weise — ganz gleich ob durch Arbeitsentgelte, Steuern, Abgaben, Beiträge o. dgl. — den Gesamtertrag auf- und zur Verteilung bringen, der zur anteiligen Erwerbung des damit gleichzeitig geschaffenen Sozialproduktes im Sinne der Bedarfsdeckung erforderlich ist. Ob dabei ein Betrieb steigt oder fällt, mag für den Einzelbetrieb von entscheidender Bedeutung sein. Für die Gesamtheit kommt es in erster Linie nicht auf die Erhaltung des Einzelbetriebs, sondern auf die Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung der betrieblichen Leistung und ihre Auswirkung an. Hier ist daher einzusetzen,

¹⁾ Ich bin auf die Voraussetzungen und Aufgaben des Großhandels sowie seine sich daraus ergebende Lebensberechtigung in Techn. u. Wirtsch. 30 (1937) Heft 12 S. 353 ausführlicher eingegangen.

wenn man einen Betrieb, einen Berufsstand oder eine Wirtschaftsgruppe beurteilen, wenn man ihnen helfen und sie weiterentwickeln will.

Vergessen wir nicht, daß ein Volk auch dann auf angemessener Stufe leben und arbeiten kann, wenn — was selbstverständlich stets eine rein theoretisch und extrem gefaßte Annahme bleibt — nur ein einziger Mensch in der Lage wäre, die gesamte Herstellung und Verteilung des erforderlichen Sozialprodukts zu betreiben. Auf ihm würden dann allerdings auch alle Abgaben und Beiträge lasten, die notwendig sind, das gesamte Volk an dem gesamten Sozialprodukt teilhaben zu lassen.

Die Betätigung eines Volkes braucht niemals allein eine rein betriebswirtschaftliche zu sein. Worauf es ankommt, ist, daß es genügend Felder für eine Betätigung gibt, die den Menschen ausfüllen und — durch die damit verbundenen Dienste und Leistungen — die andern oder die Gemeinschaft als Ganzes zum Entgelte verpflichten.

Daraus folgt, daß eine Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung der Leistungen und Dienste in einer jeden Betriebswirtschaft auch dann unbesorgt durchgeführt werden kann, wenn dabei untaugliche und ungeeignete Betriebe zum Erliegen kommen. Wichtig ist wie gesagt nur, daß für die in diesen Betrieben tätigen und durch ihr Erliegen freigesetzten Menschen ein sie ausfüllendes und ernährendes Feld der Betätigung zur Verfügung gestellt wird.

Damit wird einem der hauptsächlichsten Gegenstände, der heute so oft für die angestrebte rein statische Ordnung der Betriebswirtschaft und gegen die biodynamische Entwicklung aufgeführt wird, seine innere Berechtigung vom volks- und betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus genommen. Die Bahn für den gesunden, im sportlichen Geiste geführten Wettkampf der Einzelbetriebe wird frei. Der Tüchtigere kann wieder vorwärtskommen und in der praktischen Steigerung seiner Leistung den Erfolg und den Dank für seine Arbeit und Mühe sehen.

2. Die Preissetzung

Die zweite Gruppe der Ordnungsmaßnahmen, die gerade in den letzten Jahren besonders wichtig geworden ist, befaßt sich mit den Zusammenhängen und Wechselwirkungen der Preisbildung.

Die oben erwähnte doppelseitige Aufgabe des einzelnen Wirtschaftsbetriebs wird in jedem zustande gekommenen Preise zur Wirklichkeit. Denn der Einzelpreis grenzt — im Übergang von Betrieb zu Betrieb, von Haushalt zu Haushalt — Leistung für Leistung den Aufwand des einen von dem Ertrage des andern im Einheitswert ab. Er bildet somit, auf den einzelnen Vorfall des zwischenbetrieblichen Werdeganges der Leistung bezogen, den Inbegriff der im vorigen Abschnitte dargelegten doppelseitigen Funktion des Betriebs.

In der deutschen Betriebswirtschaft ist bekanntlich seit 1933 ein Auftrieb der Preise auf der ganzen Linie zu verzeichnen. Zum Teil liegt das in bewußten Preisheraufsetzungen begründet, die — wie z. B. im Bereich der Ernährungswirtschaft — im Interesse bestimmter allgemein wichtiger Wirtschaftsgruppen durchgeführt wurden. Zum Teil haben Preissteigerungen auf den Auslandsmärkten zu Preiserhöhungen von Einfuhrwaren geführt und demgemäß die Kosten der daraus hergestellten Fertigerzeugnisse in die Höhe getrieben. Zum Teil haben Verknappungen in der Rohstoffversorgung gewisse Umstellungen auf andere ausreichender vorhandene Rohstoffe notwendig gemacht, die nur zu höheren Preisen von den Weiterverarbeitungsbetrieben beschafft werden konnten.

Neben diesen gewissermaßen von der Rohstoffseite her ausgelösten Preissteigerungen sind jedoch auch Auftriebsfaktoren erkennbar geworden, die ihren Anlaß in der Verstärkung des Bedarfes und den nur verknüpft vorhandenen Deckungsmöglichkeiten hatten. Die Einflüsse der von der Auftragsseite her stark vorwärts getriebenen „Mengenkonjunktur mit Unterdeckung“ des gleichzeitig überall gesteigerten Bedarfs wirkten sich aus und drohten, den Mengenauftrieb von der Preisseite her zum Stillstand zu bringen.

Den Preiserhöhungen sind durch die Preisstopverordnung am 17. Oktober 1936 bestimmte Grenzen gezogen worden. Daneben setzten — gefördert vom Preiskommissar — auf vielen Gebieten erfolgreiche Bestrebungen ein, um durch gegenseitige Vereinbarungen wenn irgend möglich die Preise wichtiger Versorgungserzeugnisse zu senken.

Aus dem z. T. sehr bemerkenswerten Gedankenaustausch, der in Verbindung hiermit über das Problem des Preises geführt worden ist, soll hier die vom Standpunkte der Wirtschaftsordnung so wichtige Frage der Preissetzung erörtert werden.

Ein Preis kommt bekanntlich dadurch zustande, daß bei einem Kaufakt der eine einen bestimmten Preis setzt und der andere ihn annimmt. Das gilt, ganz gleich ob die Preissetzung durch den Verkäufer oder Käufer erfolgt, ob die Preise vereinbarungs- bzw. verordnungsmäßig fixiert sind oder nicht. Das gilt auch dann, wenn ein Preis erst unter Einräumung gewisser Zugeständnisse von der einen oder andern Seite zustande kommt.

Wir haben uns in unserer Wirtschaft daran gewöhnt, daß primär der Verkäufer die Preise für die von ihm dem Käufer dargebotenen Leistungen setzt. In diesem manchen vielleicht einseitig erscheinenden Verfahren der Preissetzung liegt für den Käufer der Vorteil, daß er entscheiden kann, ob ihm die gebotene Leistung die geforderte Gegenleistung wert ist, ob er sie im Rahmen seines Haushaltes erwerben kann und dergleichen mehr.

Für den Verkäufer, mag er nun Hersteller oder Händler sein, erwächst daraus die Notwendigkeit, seine Leistung nach Art und Menge, Güte und Preis so zu gestalten und anzubieten, daß er — neben den Deckungserfordernissen seines eigenen Betriebs — vor allem die Bedürfnisse des von ihm gesuchten Abnehmerkreises kennenlernt und befriedigt. Dabei muß er namentlich auch die Lebensvoraussetzungen und die Lebensrichtung seiner Kundschaft im Auge behalten. Kurzum, er muß sich auf den Dienst am Abnehmer und damit auf die pflegliche und dem Kunden nutzbringende Deckung seines Bedarfes einstellen.

Betrachten wir den Preis in dieser Weise einmal unter dem Gesichtswinkel einer organischen Lebensentwicklung, so wird er uns als die Blüte der eigentlichen betrieblichen Wertbildung erscheinen. Denn in dem für eine bestimmte betriebliche Leistung von dem sie erstellenden Betriebe gesetzten Preis drückt sich — stets auf die Einheit der Leistung bezogen — gewissermaßen die innere Lebenskraft und die äußere Willensrichtung des für ihn verantwortlichen Betriebes aus.

Ein Preis mag daher von außerhalb eines Betriebes stehenden Stellen nach oben oder nach unten abgegrenzt werden, er mag auf dieser oder jener Höhe festgesetzt sein: als wertmäßiger Ausdruck für die der Wirtschaft eigentümliche Leistung und Gegenleistung wird er stets auch der wertmäßige Ausdruck einer bestimmten Entwicklungsstufe mit allen sich daraus für die Zukunft ergebenden Folgeerscheinungen sein.

Es versteht sich daher von selbst, daß jeder Preis zunächst einmal aus den Zusammenhängen des ihn setzenden Betriebes

heraus entwickelt werden muß. Von dem Ergebnis und seiner Wirksamkeit im Absatz wird es dann abhängen, ob und inwieweit der oben als Blüte bezeichnete Preis wirtschaftlich fruchtbringend ist. Die Preissetzung läßt sich daher in einem Betriebe niemals nur einseitig „von der Kostenseite her“ errechnen. Sie muß aus den Absatzverhältnissen heraus erfüllt, versucht und sorgfältig nach allen Seiten hin an Hand von Zahlenergebnissen beobachtet werden.

Die von einem Betriebe ziel- und verantwortungsbewußt geübte Preissetzung auf weite Sicht ist eine der betriebs- und volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben der Betriebsführung. Denn von einer richtigen, d. h. weder zu hohen noch zu niedrigen Preissetzung hängt in wesentlichen Punkten die zukünftige Entwicklung eines Erzeugnisses, eines Wirtschaftszweiges und ihrer Abnehmer ab.

Die Pflicht zur und das damit verbundene Recht auf Preissetzung kann daher von niemandem einem Betriebe letzten Endes abgenommen werden, mögen die Preise im einzelnen noch so sehr durch Vereinbarungen oder Verordnungen nach unten oder oben abgegrenzt und ausgerichtet sein. Mit der Herausstellung einer solchen Pflicht zur ziel- und verantwortungsbewußten Preissetzung und der aus dieser Pflicht erwachsenden Rechte steht und fällt das heutige Unternehmertum. Denn ohne gerade diese Pflichten und Rechte sinkt der Unternehmer vom Pionier der Wirtschaftsentwicklung zum Ausführungsorgan der Wirtschaftsverwaltung herab.

Es ist also eine sehr ernste und für die Zukunft entscheidende Frage, wie der Unternehmer die hier ihm gestellte Aufgabe zu lösen vermag. In erster Linie kommt es dabei auf die Einstellung und Fähigkeit des Unternehmers an, in zweiter Linie aber darauf, welche praktischen Möglichkeiten ihm hierzu die heutige Ordnung der Wirtschaft gibt.

Ein Unternehmer, der nicht ständig bemüht ist, die Leistungen seines Betriebes zu vermehren, zu verbessern sowie im Preis und in den Kosten zu verbilligen, ist kein Unternehmer, vor allem nicht ein industrieller. Eine Wirtschaftsverwaltung, die dem Unternehmer zu einer derartigen Entwicklung der Leistung bei auskömmlichem Nutzen die Möglichkeit gibt, treibt weitschauende Wirtschaftspolitik im Dienste des Ganzen.

In diesem Zusammenhang erscheint es mir wichtig, eine Frage zu klären, die vor einiger Zeit in bezug auf die Art und Weise der Preissetzung Praxis und Wissenschaft beschäftigt hat. Es handelte sich hierbei um das Für und Wider der vertikal gebundenen Preise, wie sie insbesondere bei Artikeln mit Marke und von Qualität anzutreffen sind.

Unter einem vertikal gebundenen Preis versteht man — im Gegensatz zum horizontal gebundenen Preis der Kartelle — eine Preissetzung, die — insbesondere in der sogenannten Markenindustrie — von seiten des Fabrikanten in bezug auf die eigentlichen Verbraucherpreise hin erfolgt. Der Sinn einer derartigen Preissetzung ist, daß der Fabrikant das unter seinem Namen und damit unter seiner Verantwortung vom Handel an den Verbraucher abgesetzte Erzeugnis im einzelnen nach Art und Menge, Güte und Preis bestimmt. Der Verbraucher soll wissen, was er erwirbt. Der Handel soll für seine Leistung einen ganz bestimmten Anteil des Erlöses erhalten.

Man hat — offenbar in Verkennung des Sinnes einer derartigen Preissetzung — dem vertikal gebundenen Preis den Vorwurf der Preisverteuerung gemacht. Man

ist dabei bemerkenswerterweise von der in anderer Richtung abgelehnten Ansicht ausgegangen, daß eine Auflösung dieser Bindung zu einer Preissenkung durch Unterbietung der konkurrierenden Handelsbetriebe führt.

In Einzelfällen mag das richtig sein. In der Gesamtheit gesehen, dürfte das jedoch nicht zutreffen, da bei einer derartigen vertikal gebundenen Preissetzung die Höhe der Handelsspannen und Handelsrabatte nicht ohne weiteres vom Standpunkt der Wahrung berechtigter Handelsbelange als übermäßig bezeichnet werden kann. Wo es trotzdem der Fall sein sollte, läßt sich das sehr leicht nachprüfen und regulieren, wie überhaupt bei einem vertikal gebundenen Preis die Prüfung auf Angemessenheit der Preisspanne im Verhältnis zur stufenweise beigetragenen Leistung sich in einfachster Weise bewerkstelligen läßt.

Die Frage ist nun die, berechtigen die etwaigen gelegentlichen Preisermäßigungen in einzelnen Handelsstellen dazu, den Grundgedanken des vertikal gebundenen Preises vom volkswirtschaftlichen Standpunkte abzulehnen? Sind diese, fast möchte ich sagen, Zufallerscheinungen und Gelegenheitsvorteile wirklich für den Verbraucher so bedeutsam, um die Nachteile zu überwiegen, die aus einer Ablehnung der vertikal gebundenen und vom Fabrikanten überwachten Verbraucherpreise entstehen? Ich antworte: Nein, nein und abermals nein!

Gäbe es nicht bereits den vertikal gebundenen Verbraucherpreis, so müßte er gerade heute erfunden und eingeführt werden. Warum? Weil er die Preissetzung vom Hersteller bis zum Verbraucher einheitlich und zweckentsprechend, durchsichtig und nachprüfbar macht. Weil sich mit ihm am einfachsten von der Stelle aus, die letzten Endes für das Erzeugnis verantwortlich ist, nämlich dem Hersteller, die Leistung gegenüber dem Verbraucher nach Art und Menge, Güte und Preis im Sinne wahrer Bedarfsdeckung sämtlicher am Wirtschaftsablauf beteiligten Stellen bemessen und gestalten läßt.

Dazu gehört selbstverständlich, daß der Fabrikant fortschrittlich und feinfühlig, willensstark und weitschauend ist. Hat er doch an alle bei der Lieferung, Herstellung, Verteilung und Verwendung Beteiligten zu denken und unter ihren Belangen von sich aus den gesunden Ausgleich zu schaffen. Hierbei sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß weder der Verbraucher noch der Ersteller auf die Dauer einen Nutzen an einem dem Zufall oder Geschick überlassenen Preise hat. Das gemeinsame Interesse aller geht dahin, daß man für einen bestimmten Betrag, der dem hierfür verfügbaren Einkommensanteil entspricht, ein nach Menge und Güte einwandfreies, d. h. brauchbares und bewährtes Erzeugnis erhält.

Eine verständnisvoll und fortschrittlich geführte vertikale Bindung der Preise unter dem Namen des für die Bemessung und Gestaltung der Leistung verantwortlichen Herstellers sollte daher weit mehr als bisher zur Anwendung kommen. Wird doch hier die Betriebsleistung von selber mit dem Betriebsnamen und damit der Betriebslehre gepaart, der materiellen Leistung also der ideelle Inhalt gegeben, der das Erzeugnis erst zum Stolz des Erzeugers macht.

Hinzu kommt, daß eine ziel- und verantwortungsbewußte vertikal gebundene Preissetzung auch zum vertikal gebundenen Preiswettbewerb führt, d. h. also zu jenem Leistungskampf von in vertikaler Richtung aufgebauten Hersteller- und Verteilergemeinschaften, die das gemeinsame Interesse bereits von sich aus zur Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung im Preise sowie in den Kosten ihrer Leistungen zwingt.

3. Die Mengenverteilung

Die dritte Gruppe der Ordnungsmaßnahmen befaßt sich mit dem, was wir gemeinhin mit Kontingentierung bezeichnen. Wo gibt es heute bei uns einen Betrieb oder Haushalt, der nicht von dieser Ordnungsmaßnahme betroffen ist?

Es braucht hier nicht erörtert zu werden, warum kontingentiert wird, und wann kontingentiert wird. Wo der Bedarf weit größer ist als die Deckung, die Nachfrage weit größer als das Angebot, da muß, ob man will oder nicht, zur „Einteilung des Vorhandenen“ und „Zuteilung des zur Verfügung Gestellten“ gegriffen werden, wenn man nicht primär den Bedarf und die Nachfrage abdrosseln will oder kann. Tut man das nicht, so begibt man sich zweifellos einer wichtigen Ordnungsmaßnahme und läuft Gefahr, daß die Willkür der Stärkeren bei den Schwächeren Notlagen schafft.

Nichtsdestoweniger muß man sich darüber klar sein, daß alle Kontingente heute äußerst rohe und primitive Mittel der Wirtschaftsordnung darstellen. Denn sie verteilen — darauf habe ich in dieser Zeitschrift schon wiederholt hingewiesen²⁾ — das, was vorhanden ist oder freigegeben werden soll, auf die Bezieher nach irgendwelchen Schlüsseln, was vom Standpunkte einer gesunden und auf Leistung beruhenden Entwicklung niemals gerecht sein kann. Damit soll nicht bestritten werden, daß man zu diesem Mittel überall da greifen muß, wo Gefahr im Verzuge und rasch zu handeln ist.

Im Zuge der Entwicklung ist nun aber aus der ursprünglich lediglich als Hilfsmittel für den Notfall gedachten Mengenzuteilung längst eine mehr und mehr gebräuchliche Wirtschaftstechnik geworden, die auch dort angewandt wird, wo nicht ein Notstand oder ein wichtiger zu deckender Bedarf es verlangt, sondern wo damit bestimmte wirtschaftliche Veränderungen erreicht werden sollen.

Es gehört nicht zu den Aufgaben dieses Aufsatzes, die in diesen Bestrebungen liegenden Möglichkeiten zu erörtern. Es kommt mir nur darauf an, diese an sich aufzuzeigen, um darzulegen, daß man mit einer derartigen Ordnungsmaßnahme die Entwicklung der Wirtschaft auch in biodynamisch gesundem Sinne beeinflussen kann. Wichtig ist nur, daß die neue Wirtschaftstechnik auch entsprechend angewandt wird.

Man macht heute nicht mit Unrecht der Kontingentierung als Ordnungsmaßnahme den Vorwurf, daß sie starr und unbeweglich ist. Die Verteilung der Kontingente wird bestenfalls nach dem gestern, vielfach jedoch auch nach der Entwicklung der letzten — bis zu zehn — Jahre bemessen. Da die Zuteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate somit nach dem Verbrauch der vergangenen Jahre erfolgt, ist eine Steigerung der Produktion und des Absatzes nur möglich, wenn gleichzeitig der Rohstoffanteil verwässert wird. Das birgt die Gefahr, daß ganze Gruppen von Fertigerzeugnissen aus dem Markte verschwinden und andere dafür in übertriebenem Maße herausgebracht werden. Die Produktion und der Absatz beginnen nunmehr, sich nicht mehr nach dem Kunden, dem Verbraucher zu richten. Die natürliche Dynamik der Wirtschaft wird umgekehrt. Warum? Weil eine starre, nicht etwa eine ungenügende Rohstoffzuteilung zu einseitig verzerrten Wirtschaftstendenzen führt.

Das hat dann wieder begreiflicherweise neue Ordnungsmaßnahmen zur Folge. Bestimmte Fertigerzeugnisse werden der Art und Menge, der Güte und dem Preise nach zur Herstellung und in den Verkehrbringung vorgeschrieben. Läuft dann der Absatz, wie das nicht selten geschieht, eine andere Bahn, so

sammelt sich auch hier wiederum überflüssige Ware an, während — infolge der begrenzten Rohstoffversorgung — in andern Gruppen der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Dann bleibt als letzte Ordnungsmaßnahme nur der Verbrauchseingriff übrig, der manchmal irrtümlicherweise mit der so wichtigen Verbrauchslenkung gleichgesetzt wird.

Das alles mag man getrost als Anfangserschweris bezeichnen, die bei gegenseitigem guten Willen mit der Zeit beseitigt wird und z. T. auch schon beseitigt worden ist. Das alles ist auch nicht für die zukünftige Entwicklung unserer Wirtschaft entscheidend. Viel wichtiger als das ist die aus jeder derartig gehandhabten Kontingentierungsmaßnahme erwachsende Gefahr, daß dem vorwärtstrebenden und leistungsfähigen Betrieb von zwei Seiten aus — sowohl betriebs- als auch volkswirtschaftlich gesehen — seine Erfolgsmöglichkeit unterbunden wird. Denn ein auf Grund der Vergangenheit festgelegtes Rohstoffkontingent muß ihn einerseits, wie bereits erwähnt, in der mengenmäßigen Steigerung seiner Herstellung und seines Absatzes einengen. Sie bringt andererseits bei gesteigerter Nachfrage nach Erzeugnissen auch den nicht leistungsfähigen und rückschrittlichen Betrieb ins Geschäft, da die andern Betriebe von sich aus den Bedarf nicht zu decken vermögen.

Die Folge davon ist, daß der in jedem Wettbewerb liegende natürliche Druck zur Senkung der Preise und zur Steigerung der Qualität gerade an den Stellen zu wirken aufhört, die — wie ich oben ausgeführt habe — für die Gestaltung der Erzeugnisse und die Preissetzung bestimmend sein sollten. Die natürliche und gesunde Dynamik der Wirtschaft auf diesem für den Ersteller und Verwender der Erzeugnisse gleich wichtigen Gebiete erstarrt. An ihre Stelle müssen dann schließlich zur Ordnung Behelfsmaßnahmen treten, die niemals — selbst bei Einsetzung eines noch so großen Überwachungsstabes — die gleiche Wirksamkeit aufweisen können.

Was nützt es dann, wenn ein Betrieb dabei Gewinne, vielleicht sogar große Gewinne erzielt? Wem machen sie Freude? Dem leistungsfähigen und vorwärtstrebenden Unternehmer nicht. Denn sie sind keine im harten Wettkampf erzielten Erfolge. Sie sind nicht aus Steigerungen der Leistungen und Dienste erworben, die der Betrieb für den Verbraucher seiner Erzeugnisse aufgewandt hat, und für die er die Anerkennung im Erlöse erhielt.

Zu solchen und ähnlichen Eindrücken und Gedankengängen kommt ein jeder, der sich heute vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkt aus mit diesen Gebieten befaßt. Das nächste ist dann für jeden Einsichtigen und Verständnisvollen die Frage, ob und inwieweit denn die heute nun einmal aus hier nicht mehr näher zu erörternden Gründen noch erforderliche Kontingentierung wirklich so starr und nicht der Leistung angepaßt sein muß?

Auf diese Frage kann ohne weiteres geantwortet werden, daß es auch in einer kontingentierten Wirtschaft durchaus praktisch gangbare Wege gibt, um aus der Erstarrung heraus in eine der Leistung angepaßte Bewegung zu kommen. Hierzu möge der im Nachstehenden kurz umrissene Weg als Beispiel dienen.

Vorschlag zur elastischen Anpassung von Rohstoffkontingenten an die veränderte Leistung der versorgten Betriebe

a) Voraussetzung

Eine aus den vier Einzelbetrieben A, B, C und D bestehende Gruppe ist in einem wichtigen Rohstoff kontingentiert. Die Quoten sind auf Grund der früheren Bezugsmengen eines be-

²⁾ Vgl. z. B. Techn. u. Wirtsch. 29 (1936) Heft 2 S. 47 ff. und 31 (1938) Heft 3 S. 78 ff.

stimmten Zeitabschnittes errechnet. Auf die Einzelbetriebe sind dabei folgende Quoten gefallen:

A	40 %
B	30 %
C	20 %
D	10 %
Summe	100 %

b) Handhabung

Von der verfügbaren bzw. freizugebenden Rohstoffmenge werden 75 % als Grundkontingent zum Preise von 500 RM/t der Gesamtheit der Betriebe A bis D entsprechend ihrer Quote zugeteilt.

Der Rest von 25 % wird als Zusatzkontingent den Einzelbetrieben nach folgenden Richtlinien zum Bezuge freigegeben.

1. Jeder Einzelbetrieb darf zunächst bis zu 30%, sodann nach Maßgabe der verfügbaren Restmengen weiter bis zu 20 %, insgesamt also bis zu 50 % seines Grundkontingentes (GK) als Zusatzkontingent (ZK) beziehen.

2. Das Zusatzkontingent wird in Zehntel des Grundkontingentes (R Raten) eingeteilt. Für die einzelnen Zehntel bzw. Teile derselben sind folgende Aufschläge auf den Grundpreis von 500 RM/t zu zahlen:

Rate	RM/t	Rate	RM/t
1	100	4	250
2	150	5	300
3	200		

3. Der Aufschlag für die einzelnen Raten des Zusatzkontingentes darf bei der Preisstellung der Einzelbetriebe nicht einkalkuliert werden. Er muß vielmehr kalkulatorisch aus dem Betriebsgewinn (Verbesserung in der Deckung der festen Kosten, Ersparnisse im Betrieb und Vertrieb o. dgl.) gedeckt werden.

4. Übersteigt der Vorrat des kontingentierten Rohstoffes am Jahresende einen bestimmten, für den Einzelbetrieb anzusetzenden Richtsatz, z. B. ein Jahreszwölftel der Rohstoffversorgung, so wird der Überseuß auf das Grundkontingent des nächsten Jahres ohne Rückvergütung

des Aufschlages angerechnet. Diese Maßnahme wird vorgesehen, um ein Hamstern nach Möglichkeit zu verhindern.

5. Die aus den Aufschlägen bei der Gruppe eingehenden Abgabebeträge sind einem bestimmten Verwendungszwecke zuzuführen, so z. B. der Vermehrung, Verbesserung oder Verbilligung der Rohstoffversorgung der Gruppe.

6. Bezieht ein Einzelbetrieb in einem Jahre ein bestimmtes Zusatzkontingent, so wird ihm die zusätzlich bezogene Rohstoffmenge gemeinsam mit der Grundkontingentmenge als Gesamtjahresbezug angerechnet. Auf Grund dieser Gesamtjahresbezüge der Einzelbetriebe bzw. der Gruppe in einem Kontingentabschnitt (Jahr, Dreijahresdurchschnitt o. dgl.) werden für den nächsten Kontingentabschnitt neue Betriebsquoten für das Grundkontingent errechnet.

Die neuen Quoten der Grundkontingente steigen und fallen daher mit den Gesamtbezugsmengen im alten Kontingentabschnitt. Die Bezugsrechte für die Zusatzkontingente stellen sich gemäß den in Ziffer 1 und 2 dargelegten Richtlinien neu auf diese Quoten ein.

7. Um den für die Preisstellung und Mengeneinteilung des kontingentierten Rohstoffes zuständigen Bewirtschaftungsstellen eine Beurteilungsgrundlage für den bei den einzelnen Betrieben bestehenden Abnahmebedarf an Zusatzkontingenten mit Preisaufschlägen zu ermöglichen, kann die Stelle vor Beginn eines bestimmten Kontingentabschnittes von dem Betriebe Anforderungen einholen, die die gewünschte Menge in den vorgesehenen Preisstaffeln enthalten. Die von der Bewirtschaftungsstelle eingeholten „Vorders“ der den Rohstoff verarbeitenden Betriebe ermöglichen es, frühzeitig einen Überblick über die Bedarfslage zu gewinnen und danach gegebenenfalls auch eine Regulierung der Preisansätze vorzunehmen.

c) Zahlenbeispiel

Um dem Leser die Auswirkung der vorstehenden Richtlinien klarzumachen, ist in der Aufstellung 1 und den Bildern 1 und 2 ein bewußt in den Einzelfällen übersteigertes Zahlenbeispiel zur Darstellung gebracht. Die insgesamt zur Verfügung stehende Rohstoffmenge ist mit 2000 t im Jahr an-

Aufstellung 1. Die Entwicklung der Grund- und Zusatzkontingente in t

Betrieb	Insgesamt		A			B			C			D		
	GK	ZK	GK	R	ZK	GK	R	ZK	GK	R	ZK	GK	R	ZK
Ausgang	2000	—	800	—	—	600	—	—	400	—	—	200	—	—
1	2000	600	800	1	80	600	5	300	400	3	120	200	5	100
2	2000	648	680	1	68	690	5	345	400	3	120	230	5	115
3	2000	577	570	1	57	780	4	312	390	2	78	260	5	130
4	2000	530	480	1	48	850	3	255	360	2	72	310	5	155
5	2000	435	420	1	42	870	2	174	340	1	34	370	5	185
6	2000	581	390	1	39	850	3	255	310	2	62	450	5	225

Erläuterung: GK Grundkontingent, ZK Zusatzkontingent, R Anzahl der Zusatzraten. Aus der Veränderung von ZK insgesamt ist die Anpassung an den wechselnden Bedarf erkennbar.

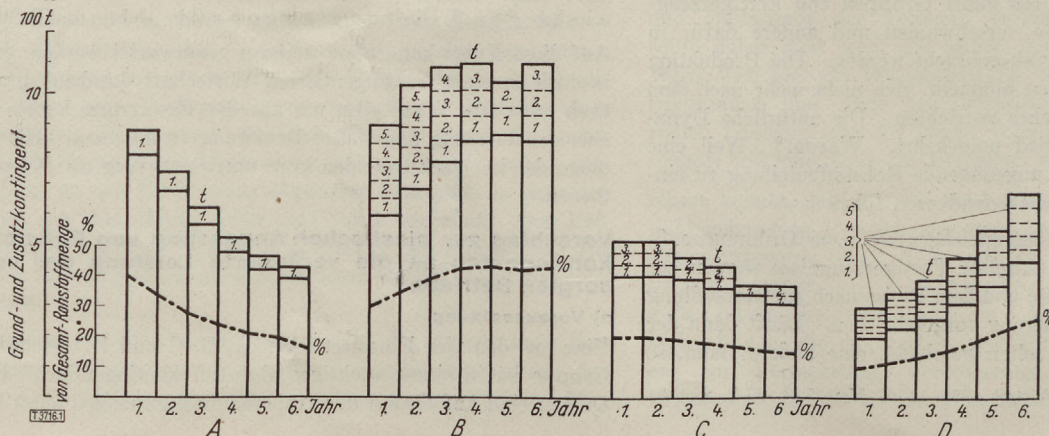
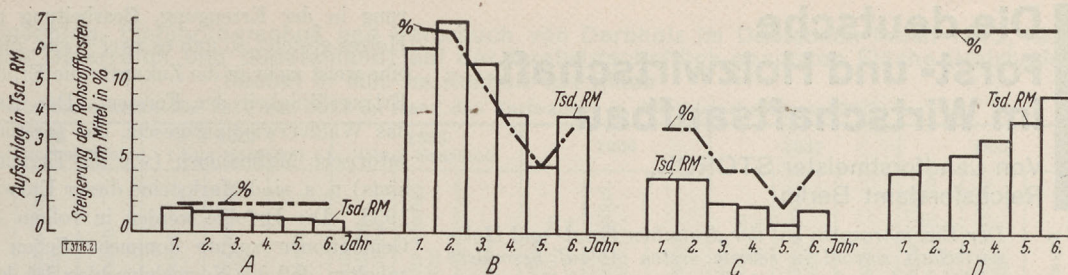


Bild 1. Die Entwicklung der Grund- und Zusatzkontingente in t und der Betriebsanteile am Gesamt-Rohstoffverbrauch in %

Bild 2. Die Entwicklung der zusätzlichen Rohstoffkosten in 1000 RM und in % der Grundkosten



genommen. Das Zahlenbeispiel selbst soll nur die Wirkungsmöglichkeit des vorgeschlagenen Verfahrens zeigen.

Die beteiligten Betriebe lassen sich wie folgt kennzeichnen:

A ist zunächst der größte Betrieb, jedoch rückständig und im Rückgang befindlich.

B ist ein vorwärtsstrebender größerer Betrieb, der jedoch nach einiger Zeit in der zunächst raschen Entwicklung eine gewisse Verlangsamung erfährt.

C ist ein Mittelbetrieb, dessen Fortschritt zunächst mittelmäßig ist und dann einen gewissen Abfall zeigt.

D ist ein sich rasch und kräftig entwickelnder Kleinbetrieb.

Die Reihenfolge in der Quotengröße, die zunächst A-B-C-D gewesen ist, ändert sich im Laufe der dargestellten Jahre erheblich. Am Ende des sechsten Jahres ist sie infolge der Leistungsverlagerung B-D-A-C.

d) Beurteilung

Bei allen irgendwie veränderlichen Kontingentierungen ist es notwendig, zunächst einmal für eine Grundversorgungsmenge aller Betriebe zu normalen Preisen zu sorgen. Infolgedessen ist in dem Vorschlag ein Grundkontingent vorgesehen.

Sodann ist es erforderlich, das übermäßige Hamstern kapitalkräftiger Betriebe in erhaltbaren Zusatzkontingenten nach Möglichkeit auszuschließen. Infolgedessen ist die Vorratsbeschränkung in Ziffer b 4 vorgesehen.

Irans neue Überlandbahn

Noch 1927 hatte das große Reich Iran (damals noch Persien genannt) nicht einen Kilometer Eisenbahn. In diesem Jahre wurde der ehemalige Kriegsminister und Ministerpräsident *Resa Khan*, der Führer der nationalen Erneuerungspartei, als *Schah Pelehw* Herrscher im „Reiche des Silbernen Löwen“. Damit begann für dieses längst als verrottet und abgestorben verrufene Reich eine Zeit neuen Lebens. Nach außen drückte sich das darin aus, daß Persien — seit 1935 in Erinnerung an die große Vergangenheit Iran genannt — den entehrenden Vertrag mit Rußland und England von 1907 zerriß, der den Norden zur russischen und den Süden zur englischen Einflußzone gemacht hatte, während den Persern nur die ziemlich wertlose Mitte des Landes blieb und mit ihr die Abhängigkeit vom Willen ihrer mächtigen Nachbarn.

Schon 1927 wurde mit dem Bau eines gewaltigen Verkehrswerkes begonnen. Es handelte sich um die transiranische Bahn, die in einer Länge von 1430 km Benderschapur am Persischen Golf mit Benderschap am Kaspischen Meer verbinden sollte. Ursprünglich war die Vollendung dieses gewaltigen Kulturwerks für 1939 vorgesehen. Bereits am 26. August 1938 konnte jedoch die Strecke eröffnet werden, ein schönes Zeichen für den zähen Aufstiegswillen des iranischen Reiches.

Es ist bewundernswert, daß Iran diese Bahn ohne geldliche Hilfe der Großmächte gebaut hat; man wollte sich nicht wieder politische Bedingungen als Zinsen für die geliehenen Beträge auferlegen lassen — zu bitter waren die Lehren der Vergangenheit! Rund eine halbe Milliarde RM dürfte die Strecke gekostet haben. Die Gelder werden durch Besteuerung von Tee und Zucker aufgebracht. Sie werden sich jedenfalls gut lohnen; denn erst jetzt ist eine wirtschaftliche Erschließung des Landes in seinem Innern möglich.

Die Strecke geht vom Persischen Golf zunächst geradeaus nach Norden bis Hamadan. Von dort wendet sie sich in

Des weiteren soll ein Betrieb, der zur Ermöglichung seiner Leistungssteigerung eine zusätzliche Menge an sich kontingentierter Rohstoffe in Anspruch nimmt, für diese Vergünstigung einen Aufschlag bezahlen (vgl. Ziffer b 2), der jedoch auf das herauszubringende Fertigerzeugnis nicht preissteigernd sich auswirken darf (vgl. Ziffer b 3).

Und schließlich muß sich ein Betrieb durch die auf diese Weise tatsächlich erzielten Leistungssteigerungen auch in seinen Grundkontingentsrechten heraufarbeiten können, wobei man getrost diese Steigerung auf den jeweiligen Durchschnitt der letzten drei Jahre (anstatt wie im Beispiel des letzten Jahres) beziehen kann.

Wendet man derartige Gedankengänge auf die Mengeneinteilung von kontingentierten Rohstoffen an, so schafft man damit sich im Rahmen der Bewirtschaftungsstellen ein Regulierungsinstrument, das — wenn nur für die jeweiligen praktischen Zwecke ausgebaut und erprobt — sehr wohl in der Lage sein kann, die großen Gesichtspunkte der staatlichen Wirtschaftsführung mit den Erfordernissen des Fortschritts auf Grund von gesteigerter Leistung zu einem harmonischen Ganzen zu verbinden. Damit würde auf einfache Weise gleichzeitig die heute nicht zu beantwortende Frage geklärt, wo wirklich ein Mangel an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten vorhanden ist, oder wo er nur scheinbar aus den durch die Kontingentierungsmaßnahmen von heute psychologisch bedingten Auswirkungen auf die Betriebe und Haushalte besteht. [3716]

langgeschwungenen Bogen nordwestwärts über Teheran nach Benderschap. Die Überwindung der Hochlandränder machte umfangreiche Kunstbauten erforderlich; Höhen bis zu 2300 m waren zu überwinden. In der Hauptsache wurden die Arbeiten von dänischen und schwedischen Fachleuten durchgeführt. Das Material kam aus Europa und Amerika; auch Deutschland war an Lieferungen gut beteiligt.

Die Bahn ist für die persische Wirtschaft außerordentlich wertvoll. Nicht bloß für die innere Kolonisation jahrhundertlang zurückgebliebener Landschaften ist sie wichtig; sie hat auch für den auswärtigen Handel Irans größte Bedeutung. Die Bahn wird es erlauben, je nach der weltpolitischen Lage Persiens Handel unabhängig von den großmächtigen Nachbarn durchzuführen. Um diese Unabhängigkeit noch weiter auszugestalten, denkt man bereits an eine weitere Bahnlinie, die über Täbris eine Verbindung mit dem türkischen Netz schaffen soll. Die bestehende russische Bahnstrecke nach Täbris gilt in Iran als nicht ausreichend.

Große Bedeutung wohnt der neuen Transiranbahn auch in militärischer Hinsicht inne. Für den Fall eines Angriffs von außen her wird die Bahnstrecke als Lebensader im Rücken der Front dienen und die militärische Widerstandskraft des neuen Iran ganz wesentlich kräftigen. Iran ist heute keine willenlose Schachfigur mehr auf dem Weltspieltisch der Großmächte. Es erstarkt innerlich zu eigenem Leben; außenpolitisch gehört das Reich zu der nordislamischen Staaten-Gruppe Türkei, Irak, Iran und Afghanistan, durch die die Lage in Vorderasien maßgeblich bestimmt wird, die außerdem enge Beziehungen über Irak zur arabischen Staaten-Gruppe Arabiens unter Führung *Ibn Sauds* unterhält. Deutschland ist auch mit diesem aufstrebenden Lande durch erfreuliche Handelsbeziehungen verknüpft; es genießt in Iran Ansehen und Vertrauen, weil man bei ihm vor dunklen politischen Absichten sicher ist. *Heinz Manthe*, Düren [3665]

Die deutsche Forst- und Holzwirtschaft im Wirtschaftsaufbau

Von Landforstmeister STORCK,
Reichsforstamt Berlin

Der Vierjahresplan hat der deutschen Forst- und Holzwirtschaft sowohl in seinem ersten Ablauf besonders wichtige Aufgaben gestellt, wie er auch in seinem zweiten Abschnitt ihr große Erfolge verdanken wird. Einem Gesamtbedarf der großdeutschen Wirtschaft von 80 Mill. fm Derbholz steht eine normale Ertragsfähigkeit des deutschen Waldes einschließlich der nicht forstwirtschaftlich genutzten Flächen von rd. 55 Mill. fm gegenüber. Um die Bedarfsücke zu schließen, werden angestrebt: eine weitere Verbesserung der technischen und wirtschaftlichen Leistungen in den forst- und holzwirtschaftlichen Betrieben, eine größere Heranziehung der industriellen Holzabfälle, weitere Mehrverwertung von Brenn-Derbholz auf Nutzholz usw.

1. Waldverteilung und Holzarten im Altreich

Großdeutschlands Waldfläche ist im Jahre 1938 auf fast 30 % der gesamtdeutschen Fläche gewachsen! Durch den Vierjahresplan ist der Forst- und Holzwirtschaft die Pflicht äußerster Annutzung der heimischen Holzvorräte zugewiesen worden. Die Holzernte einer Fläche von rd. 12,7 Mill. ha stand im Altreich hierfür zur Verfügung.

Wichtige Einblicke in die Leistungsfähigkeit dieser Holzbodenflächen bekommen wir bei Betrachtung der Verteilung der Holzarten. Die Kiefer ist im Altreich mit rd. 44 %, die Fichte mit rd. 25 %, die Tanne mit rd. 3 % und die Lärche mit 0,2 % vertreten. Über 70 % der Waldfläche des Altreichs sind also mit Nadelholz bestanden, die Restfläche gehört neben der nur noch in geringem Umfange vorkommenden Betriebsform des Nieder- und Mittelwaldes der Buche (13,2 %), der Eiche (5,2 %) und dem weichen Laubholz (2,5 %) an. Einen interessanten Einblick in die Waldverteilung des Altreichs wie auch Großdeutschlands gewährt Bild 1, auf dem

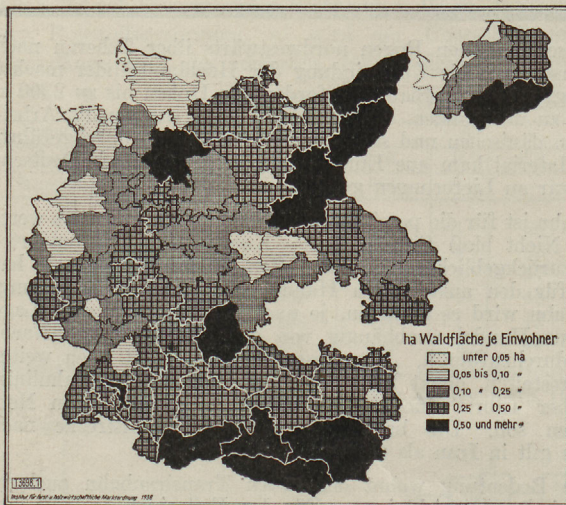


Bild 1. Die Bewaldung Deutschlands im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte in den größeren Verwaltungsbezirken

die Bewaldung Deutschlands im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte dargestellt ist. Als Beispiel sei Ostpreußen herausgegriffen, das als zweitwaldärmste Provinz Preußens (18 % Wald) infolge seiner verhältnismäßig geringen Einwohnerzahl, insbesondere im Süden und Osten, je Einwohner Waldflächen aufweist, die über 0,25 ha hinausgehen.

2. Das Ziel des Vierjahresplanes

War als klares Ziel des Vierjahresplans der Forst- und Holzwirtschaft die Erreichung der größtmöglichen Leistungssteige-

rung in der Erzeugung, Bearbeitung und Verarbeitung des Holzes gestellt, so gab es zwei Wege, dieses zu erreichen. Der eine weist mehr in die Zukunft: die Erhöhung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit der Forsten. Das Aufforstungsprogramm, das Waldverwüstungsgesetz, das forstliche Artgesetz, organisatorische Maßnahmen (wie die Errichtung des Reichsforstamts) u. a. sind Marksteine dieser Entwicklung seit dem Jahre 1933. Die Erfolge werden in vollem Ausmaß erst späteren Generationen zugute kommen. Schon heute ist aber festzuhalten, daß der Normaleinschlag des deutschen Waldes höher — wenn auch nur um ein Geringes — angesetzt werden kann als vor 1933.

Der zweite Weg erbrachte die sofortigen Erfolge durch die Nutzung vorhandener Reserven und die Verbesserung der Holzbilanz — verschärfte Nutzholzhaltung, Überführung großer Teile des Brennholzes ins Nutzholz, Nutzbarmachung von Holzabfällen usw. — Meilensteine seines Verlaufes sind die forstliche Marktordnung, insbesondere auch die Heranziehung der Waldungen aller Besitzarten und Größen zur Befriedigung des Bedarfs der deutschen Wirtschaft an Holz durch gesetzliche Maßnahmen, nicht zuletzt eine umfassende arbeits-technische Schulung von Forstbeamten und Waldarbeitern, aufbauend auf der weltanschaulichen Ausrichtung zum nationalsozialistischen Leistungswillen. Wichtig ist hier in erster Linie das Gesetz über die Marktordnung auf dem Gebiete der Forst- und Holzwirtschaft vom 16. Oktober 1935, durch das der Reichsforstmeister ermächtigt wurde, die Erzeugung, den Absatz sowie die Preise und Preisspannen von Erzeugnissen der Forst- und Holzwirtschaft zu regeln und zu diesem Zwecke Betriebe zusammenzuschließen, die Holz erzeugen, bearbeiten oder verteilen. In seinem Verfolg wurde die Marktvereinigung der deutschen Forst- und Holzwirtschaft geschaffen. Ohne sie wäre es weder gelungen, die Forst- und Holzwirtschaft dem Auf und Nieder einer liberalistischen Zeit zu entreißen, noch die Versorgung der deutschen Wirtschaft in einem Umfange sicherzustellen, der über das gewöhnliche Maß weit hinausgeht.

3. Die Leistungen

Zur Beurteilung der Höhe der Holzeinschläge in den Waldungen des Altreichs seit Inkrafttreten des Vierjahresplanes müssen zunächst Untersuchungen über die nachhaltige Ertragsfähigkeit der deutschen Forsten angestellt werden. Dabei ist es notwendig, die Zahlen nur auf Festmetermengen an Derbholz mit Rinde abzustellen, da zur Zeit noch mangels Kenntnis der Größenordnungen abzulehnen ist, Holzbilanzen unter Einbeziehung des Reissigs aufzumachen. Während bisher Erhebungen über die nachhaltigen Hiabsätze in den deutschen Waldungen nicht vorlagen, haben erstmalig die von dem gesamten Nichtstaatswald über 50 ha Größe im Jahre 1937 aufgestellten Holzeinschlagserklärungen in Verbindung mit den Hauungsplänen der Staatswaldungen Unterlagen über die Höhe der betriebsplanmäßigen bzw. durchschnittlichen jährlichen Abnutzungssätze ergeben. Der volle Einschlag (100 %) der deutschen Waldungen über 50 ha beträgt danach rd. 33 Mill. fm Derbholz m. R. Der Kleinwald unter 50 ha Größe umfaßt rd. 3,6 Mill. ha Fläche. Seine nachhaltige jährliche Erzeugung kann, zumal es sich meist um aussetzende Betriebe in diesen Wäldern handelt, mit nicht mehr als 4 Mill. fm Derbholz m. R. angesetzt werden. Statistisches Material wird erst die vor der Aufarbeitung stehende Forsterhebung 1937 bringen. Dieser Gesamtmenge von 37 Mill. fm Derbholz m. R. aus forstwirtschaftlicher Nutzung ist aus nichtforstwirtschaftlicher Erzeugung (Holzanfall aus Parks, Allees, von Obstbäumen an Wegen usw.) die Summe von etwa 4 Mill. fm Derbholz m. R. zuzusetzen, wobei es sich aber fast ausschließlich um Brennholz handelt, das selbst chemisch-technisch nicht mehr verwendbar ist. Deutschlands Derbholz-

Zahlentafel 1. Einschlag, Einfuhrüberschuß und Verbrauch von Derbholz im Deutschen Reich 1912, 1927, 1935 bis 1938 (ohne Österreich und Sudetenland) auf der forstwirtschaftlich genutzten Fläche (Holzbodenfläche) in Mill. fm Rohholz mit Rinde

(Nutzholzsortenanteile 1912 und 1927 an Hand des Verbrauchs in der Wirtschaft geschätzt)

	1912			1927			1935			1936			1937			1938		
	Altes Reichsgebiet			Ohne Saarland			Ohne Saarland											
	Einschlag	Einfuhr abzügl. Ausfuhr	Verbrauch	Einschlag	Einfuhr abzügl. Ausfuhr	Verbrauch	Einschlag + 3 Mill. fm für < 50 ha	Einfuhr abzügl. Ausfuhr	Verbrauch	Einschlag + 3 Mill. fm für < 50 ha	Einfuhr abzügl. Ausfuhr	Verbrauch	Einschlag + 3 Mill. fm für < 50 ha	Einfuhr abzügl. Ausfuhr	Verbrauch	Einschlag ²⁾ (Umlage) + 4 Mill. fm für < 50 ha	Einfuhr abzügl. Ausfuhr	Verbrauch
Nutzholz																		
Nadelholz:																		
Stammholz	14,67			11,66			21,68			20,00			21,62					
Schwellen usw. zusammen	2,00			2,00			1,76			2,12			2,12					
Grubenhholz	16,67	10,86	27,53	13,66	10,68	24,34	23,44	4,82	28,26	22,12	4,67	26,79	23,74	4,71	28,45	25,00	4,70	29,70
Faser-(Zellstoff)holz	4,50	0,42	4,92	4,25	0,31	4,56	3,70	0,14	3,84	3,92	—	3,92	3,53	0,04	3,57	6,00	0,20	6,20
Insgesamt	3,19	2,14	5,33	3,66	3,79	7,45	2,06	5,62	7,68	3,16	4,48	7,64	4,70	3,32	8,02	7,05	2,00	9,05
Nadelholz	24,36	13,42	37,78	21,57	14,78	36,35	29,20	10,58	39,78	29,20	9,15	38,35	31,97	8,07	40,04	38,05	6,90	44,95
Laubholz:	4,30	1,50	5,80	3,36	1,22	4,58	4,90	0,78	5,68	4,30	0,79	5,09	5,72	0,95	6,67	7,00	1,00	8,00
Insgesamt Nutzholz	28,66 ¹⁾	14,92	43,58	24,93	16,00	40,93	34,10	11,36	45,46	33,50	9,94	43,44	37,69	9,02	46,71	45,05	7,90	52,95
Brennholz	19,21	—	19,21	17,25	—	17,25	18,20	—	18,20	17,80	—	17,80	18,38	—	18,38	14,50	—	14,50
Derbholz (Nutzholz + Brennholz) insgesamt	47,87	14,92	62,79	42,18	16,00	58,18	52,30	11,36	63,66	51,30	9,94	61,24	56,07	9,02	65,09	59,55	7,90	67,45

¹⁾ Rd. 20 Mill. fm im Jahre 1900. ²⁾ Die Einschlagzahlen von Nadelstammholz, -stangen, -schwelen usw. sowie von Nadelgrubenhholz und Faserholz sind aus der Umlage 1938 abgeleitet. Der Anfall an Laubnutzholz (einschl. Buchenzellstoffholz) und an Brennholz ist geschätzt.

erzeugung im Altreich erbringt also jährlich nachhaltig 41 Mill. fm.

Bereits frühzeitig hat die Forstwirtschaft an der Schaffung der Voraussetzungen für den starken Wirtschaftsaufbau mitgearbeitet. Die ersten Auswirkungen zeigten sich schon im Forstwirtschaftsjahr 1934. Der Nutzholzeinschlag im deutschen Walde erhöhte sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 um 5 Mill. fm. Demgegenüber ging die Einfuhr aus Gründen der Devisenverknappung um 1,5 Mill. fm zurück. Für das Forstwirtschaftsjahr 1935 wurde ein Einschlag von 150 % in den Staatsforsten angeordnet. Auch der Nichtstaatswald schloß sich dieser Forderung nach Einschlagserhöhung schon in gewissem Umfange an. Im Jahre 1936 schlägt der Staatswald wiederum 150 % des Normaleinschlags ein.

Die Jahre 1937 und 1938 bringen dann die verordnungsmäßige Verankerung des Einschlags von 150 % des betriebsplanmäßigen Abnutzungssatzes bzw. des jährlichen Durchschnitts der in den letzten zehn Jahren gehauenen Holzmenge für sämtlich Waldungen. Die starke Steigerung im Ausbau der Wirtschaft ließ im Verlauf dieser Jahre das Problem der Holzbeschaffung nicht so sehr zu einem Mengen- als zu einem Sortenproblem werden. Das Forstwirtschaftsjahr 1938 führt daher für den deutschen Wald über 50 ha zu der Sortenumlage für die hauptsächlich von der Wirtschaft benötigten Holzsortimente, wie Nadelstammholz, Grubenhholz, Zellstoffholz und Schwellenholz. In diesem Jahre wurden den auf dem Rohstoff Holz aufgebauten Industriezweigen rd. 33 1/3 % mehr Nutzholz zugeführt als in den Jahren 1928/1929. Auch im Vergleich zu den Jahren 1935 und 1936 ist die Erhöhung der Nutzholzversorgung 1938 mit rd. einem Viertel noch besonders beachtlich.

Zahlentafel 1 weist die Holzeinschlags- und -verbrauchszahlen der Hiebssjahre vom 1. Oktober 1934 an in Gegenüberstellung zu denen der Jahre 1912 und 1927 (letzte Reichsstatistik) aus.

Gegenüber der Normalerzeugung sind genutzt:

1935	=	141 %
1936	=	139 %
1937	=	151 %
1938	werden rd.	159 %

zur Nutzung gekommen sein.

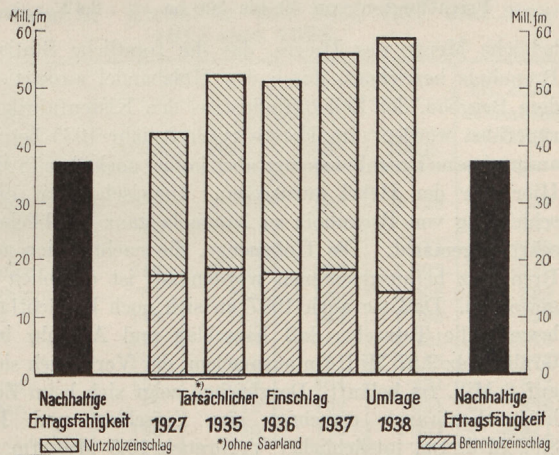


Bild 2. Derbholzeinschlag der Forsten des Altreiches in Mill. fm mit Rinde

Bild 2 stellt den Derbholzeinschlag der Forsten des Altreiches in Mill. fm m. R. in den Forstwirtschaftsjahren 1935 bis 1938 in Gegenüberstellung gegen die ebenfalls dargestellte nachhaltige Ertragsfähigkeit dar. Ein Vergleich der Leistungsfähigkeit der einzelnen Besitzarten des Waldes im Altreich führt zu dem in Zahlentafel 2 niedergelegten Ergebnis.

Zahlentafel 2. Derbholzeinschlag der deutschen Forsten 1926/1927 je ha

in den Forsten insgesamt	3,33 fm
in den Staatsforsten der Länder	4,52 „
in den Gemeindeforsten	3,49 „
in den Stiftungsforsten	3,99 „
in den Privatforsten	
gebundener Besitz	4,01 „
freier Besitz der Betriebe über 100 ha	3,25 „
freier Besitz der Betriebe unter 100 ha	1,51 „

Aus den vorerwähnten im Jahre 1937 ermittelten nachhaltigen Hiebssätzen erweist sich die nachhaltige Ertragsfähigkeit gemäß Zahlentafel 3 und Bild 3.

Die Zahlentafeln 2 und 3 weisen eindeutig auf die Aufgabe hin, die der gesamtdeutschen Forstwirtschaft hinsichtlich der Intensivierung der Erzeugung, insbesondere in dem kleinen Privatwald, gestellt sind. Zweifellos ist schon früher eine er-

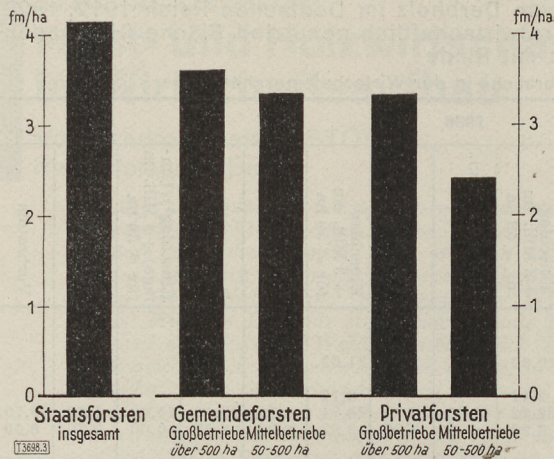


Bild 3. Nachhaltige Ertragsfähigkeit der deutschen Forsten Abnutzungssätze nach dem Stand vom 30. 9. 1937

Zahlentafel 3

Nachhaltige Ertragsfähigkeit der deutschen Forsten

Staatsforsten	4,15 fm/ha
Gemeindeforsten über 500 ha	3,62 „ „
Gemeindeforsten von 50 bis 500 ha	3,35 „ „
Privatforsten über 500 ha	3,33 „ „
Privatforsten von 50 bis 500 ha	2,42 „ „

hebliche Menge des Holzes, das die forstliche Statistik als Brennholz bezeichnet, durch den Holzhandel aussortiert und dem Bergbau, der Zellstoffindustrie, den Kistenfabriken usw. zugeführt worden. Im Forstwirtschaftsjahr 1935 beträgt die ausgewiesene Brennholzmenge aber immer noch über 18 Mill. fm. Hier war der Hebel anzusetzen. Inzwischen hat die Umschichtung von Brennholz zu Nutzholz ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Die Holzmenge, die nachträglich aus dem Brennholz herausgenommen worden ist, ist erheblich kleiner geworden. Daß sie auch 1937 an sich noch beträchtlich war, beweist die Tatsache, daß Einschlag und Ausfuhr bei dem Grubenholz 3,57 Mill. fm ausmachen, der Verbrauch sich aber auf 6 Mill. fm beläuft. Desgleichen zeigt sich beim Zellstoffholz: Verbrauch errechnet aus Einschlag und Einfuhr 8,02 Mill. fm, tatsächlicher Verbrauch 10,5 Mill. fm. Wenn sich auch die Mehrzahlen zum Teil aus Rückgriffen auf Vorräte und Heranziehung von Stammholz und Stangen erklären, so muß doch ein wesentlicher Teil immer noch aus dem Brennholz gekommen sein. Im Jahre 1938 wird dagegen nun die statistisch nachgewiesene Brennholzmenge auf höchstens rd. 14 Mill. fm sinken.

Im Zeichen des Vierjahresplanes hat Deutschland immer wieder seine Außenhandelsbereitschaft erklärt. Solange jedoch diese vom Ausland nicht angenommen wurde, mußte alle Kraft auf die Verstärkung der Eigenerzeugung konzentriert werden. Der Einfuhrüberschuß ist daher seit dem Jahre 1935 stets gesunken. Die Einfuhr an Nutzholz betrug in Anteilen am Nutzholzverbrauch in den Jahren 1925/1929: 33 %; sie beträgt 1938 etwa 15 %. Im übrigen wird auf Bild 4 verwiesen.

Der deutsche Wald des Altreichs hat also seit dem Jahre 1933 in Anspannung aller Kräfte der ihn betreuenden Menschen erhebliche Leistungen vollbracht. Deutschland ist aber, im ganzen gesehen, schon seit langer Zeit kein Land des Holzüberschusses. Die Nichtannahme unserer Außenhandelsbereitschaft hat die Maßnahmen des Vierjahresplanes zur Folge gehabt mit dem Ziele, die heimischen Rohstoffe intensiv auszunutzen, um dadurch den Wirtschaftsbedarf für die handwerksmäßige und industrielle Erzeugung sicherzustellen. War also die Nachfrage nach Holz in den letzten

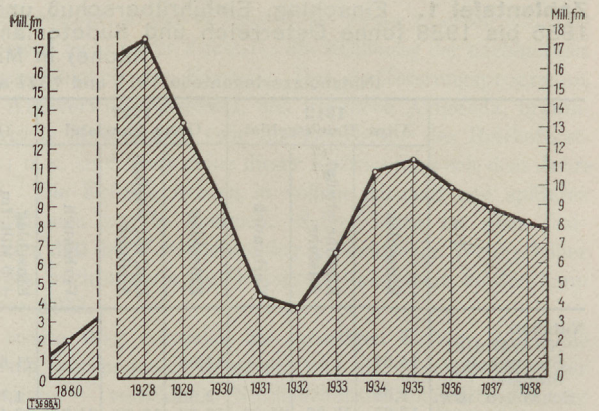


Bild 4. Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr in fm Rohholz (für 1938 geschätzt)

Jahren erheblich gestiegen, so ist demgegenüber doch Aufgabe einer verantwortungsbewußten Forst- und Holzwirtschaftspolitik, Holzerzeugung und -verbrauch in einem angemessenen Verhältnis zueinander zu halten. Der deutschen Forstwirtschaft ist das Wirtschaftsziel gesetzt, die möglichst weitgehende nachhaltige Versorgung der nationalen Wirtschaft mit dem Rohstoff Holz in der für den Bedarf am besten geeigneten Form unter voller Wahrung der standortlichen Nachhaltigkeit zu erreichen.

Die weiterhin gestiegene starke Ausweitung des Holzbedarfs in Voraussicht auf das Jahr 1939 hat den Reichsforstmeister Generalfeldmarschall Göring veranlaßt, den Holzeinschlag an Nutzholz für das Forstwirtschaftsjahr 1939 auf den Holzverbrauch des Jahres 1937, soweit er innerdeutschem Holzeinschlag entstammte, herabzusetzen.

4. Die großdeutsche Holzbilanz

Deutschlands Waldfläche ist im Jahre 1938 auf rd. 16,8 Mill. ha gewachsen. Die Ostmark hat uns über 3 Mill. ha Wald, die sudetendeutschen Gebiete fast 1 Mill. ha Zuwachs gebracht. In beiden Ländern überwiegt die Fichte gegenüber den andern Holzarten, so daß nunmehr im Großdeutschen Reich die Holzartenverteilung ein ganz neues Bild aufweist. Der Anteil der Kiefer ist von rd. 44 % auf rd. 36 % gefallen, die Fichte dagegen nimmt nunmehr rd. 33 % der ganzen Fläche des großdeutschen Waldes ein, die Tanne rd. 4 %, die Lärche rd. 2 %, die Buche rd. 13 %, die Eiche rd. 8 % und das Weichlaubholz rd. 4 %. Auf 75 % der Fläche stocken demnach Nadelhölzer. Die Holzbilanz des Großdeutschen Reichs zeigt folgendes Bild: Der Holzbedarf je Kopf der großdeutschen Bevölkerung beträgt rd. 1 fm oder für Großdeutschland rd. 80 Mill. fm Derbholz. Diesem Bedarf steht die nachhaltige Ertragsfähigkeit der großdeutschen Forsten gegenüber mit rd. 55 Mill. fm Derbholz einschließlich der Erzeugung aus nichtforstwirtschaftlicher Nutzung. Die hiernach verbleibende Lücke gilt es zu schließen. Die weitere Verbesserung der technischen und wirtschaftlichen Leistungen in den forst- und holzwirtschaftlichen Betrieben wird zur Senkung der absoluten Bedarfsmenge je Kopf der Bevölkerung führen. Heranziehung der industriellen Holzabfälle, weitere Mehrverwertung von Brennholz auf Nutzholz, Mehrverwertung von Reisig und Stockholz, Einsparungsmaßnahmen im Hoch- und Tiefbau, Verwendung von Holzplatten usw. sind Mittel zu diesem Zweck. Daneben ist Großdeutschland, wie bereits gesagt, stets bereit, im Wege des Austausches Holzeinfuhren hereinzunehmen. Sind sie entgegen unserem Willen nicht in dem gewünschten Umfange durchführbar, so werden in selbstgewählter Disziplin die notwendigen Einsparmaßnahmen bei der Verwendung des Holzes Platz greifen.

[3698]

Die Seeschifffahrt von heute

Von Dr. HERMANN PANTLEN, Stuttgart

Die Lage der Weltwirtschaft — Vergleich mit 1914 — Wehrwirtschaftlicher Ausbau bei einer Reihe von Staaten — Ersatz überalteten Materials — Die deutsche Handelsschifffahrt im besondern.

1. Weltschiffsraum und Wehrwirtschaft

Der im Jahre 1937 in der Weltschifffahrt sich abzeichnende Aufschwung wurde bereits Ende 1938 durch ein merkliches Nachlassen der Frachtraten abgelöst, so daß die Welthandelsflotte heute nicht mehr voll beschäftigt ist. Als Ursachen für die Aufwärtsbewegung waren einmal politische zu nennen, die, wie die Auseinandersetzung zwischen Japan und China, den fast vollständigen Ausfall der japanischen Handelsflotte bedeuteten; dann wirkten die Aufrüstungsbestrebungen der Großmächte und zuletzt der ungünstige Ausfall der Getreidernte in den großen Verbraucherländern anregend auf den Transportbedarf. Immerhin hat das Jahr 1938 für das Reedereigeschäft keinen ungünstigen Verlauf genommen, wenn es auch nicht ganz an das Ergebnis des guten Jahres 1937 heranreichen wird.

Zahlentafel 1 zeigt ein Anwachsen der Welthandelsflotte von 47,3 % gegenüber 1914. Dabei ist bemerkenswert, daß, abgesehen von den Vereinigten Staaten von Amerika, die mit ihrer erst im Weltkrieg neugeschaffenen Überseehandelsflotte einen Zuwachs von 340 % aufweisen, noch vier Länder mit einem größeren Zuwachs als 100 % vorhanden sind; es sind dies Italien mit 127,8 %, Griechenland mit 130,2 %, Norwegen mit 135,7 % und Japan mit 193,1 %. Für die Steigerung des Frachtraumes waren bei diesen Staaten sicherlich nicht allein handelspolitische als vielmehr wehrwirtschaftliche Umstände mitbestimmend. Der Weltkrieg hat gezeigt, welche bedeutende Rolle der Frachtraum zu spielen in der Lage ist, oder mit andern Worten: die genannten Staaten suchen bereits im Frieden ihre Handelsflotte auf die Bedürfnisse des Krieges einzustellen. Für wehrwirtschaftliche Zwecke sind im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Einheiten der Kriegsmarine die Einheiten von 3000 BRT und mehr, die sogenannte „qualifizierte Tonnage“, besonders geeignet (s. Zahlentafel 2).

Was England betrifft, so ist das fast vollständige Stehenbleiben auf dem Stande von 1914 eine Parallele zu dem bis vor kurzem fast vollständigen Stillstand in der Rüstung, wobei zu

beachten ist, daß England als Erfahrung aus dem Weltkrieg die widerstandslose Beschlagnahme des neutralen Schiffsraumes für sich buchen kann. Andererseits wird im Hinblick auf die verstärkte Verletzbarkeit des Convoysystems durch die Luftwaffe der Bau einer sogenannten Schattenflotte erwogen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben im Herbst 1937 einen Erneuerungsfonds von 200 Mill. \$ geschaffen, um die in den nächsten 5 Jahren die Altersgrenze von 20 Jahren überschreitenden Schiffe, die zur Ergänzung der Kriegsmarine benötigt werden, zu ersetzen; das in diesem Zusammenhang stehende Neubauprogramm umfaßte einen großen Fahrgastdampfer, 10 bis 12 Tankschiffe und 8 bis 10 Frachtdampfer. Das italienische Schiffbauprogramm umfaßt 44 Schiffe mit einem Gesamtschiffsraum von 250 000 BRT. Ein stärkeres Zurückbleiben ist immer noch allein beim Deutschen Reich mit 17,6 % Abnahme gegen 1914 zu verzeichnen. Auf die Gründe wird später noch näher einzugehen sein.

Wenn man die Welthandelsflotte unter wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, so pflegt man zuerst auf die Verteilung der Antriebsarten einen Blick zu werfen. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt das langsame aber sichere Fortschreiten des Motors¹⁾ als Schiffsantriebsart auf Kosten der Dampfmaschine; der Vergleich mit 1914 zeigt das Ver-

Zahlentafel 2. Einheiten von 3000 BRT und mehr 1914 und 1938

Land	1914		1938		Zu- oder Abnahme in BRT
	in 1000				
	Zahl	BRT	Zahl	BRT	
Deutschland	581	3 367	398	2 728	— 639
Österreich	170	747	—	—	— 747
Dänemark	34	158	76	411	+ 253
Frankreich	219	1 182	282	1 892	+ 710
Griechenland	67	241	346	1 566	+ 1 325
Holland	148	787	243	1 683	+ 896
Italien	177	803	359	2 321	+ 1 518
Japan	174	811	581	3 185	+ 2 374
Norwegen	151	629	301	1 471	+ 842
Schweden	53	212	102	551	+ 339
USA	188	986	742	4 357	+ 3 371
Summe	1 962	9 923	3 430	20 165	+ 10 242
Großbritannien	2 813	13 920	1 766	11 835	— 2 085
Gesamt	4 775	23 843	5 196	32 000	+ 8 157

Quelle: *Minden*, Dr. Gerold von: „Die Sicherung der Heimatfront“, Wissen und Wehr 1938, S. 744 (nach Nineteenth Century and After).

1) Vgl. auch Zahlentafel 3.

Zahlentafel 1. Statistik der Welthandelsflotte

Länder	1914		1938		Unterschied zwischen 1914 und 1938		
	Anzahl	1000 BRT	Anzahl	1000 BRT	Anzahl	1000 BRT	in %
Großbritannien und Irland	8 587	18 892	6 843	17 675	— 1744	— 1 217	— 6,4
Britische Dominions	1 536	1 632	2 218	3 044	+ 682	+ 1 412	+ 86,5
Dänemark	576	770	694	1 130	+ 118	+ 360	+ 46,6
Frankreich	1 025	1 922	1 246	2 881	+ 221	+ 959	+ 49,9
Deutsches Reich	2 090	5 135	2 321	4 232	+ 231	— 903	— 17,6
Griechenland	407	821	638	1 889	+ 231	+ 1 068	+ 130,2
Niederlande	709	1 472	1 473	2 852	+ 764	+ 1 380	+ 93,8
Italien	637	1 430	1 156	3 259	+ 519	+ 1 829	+ 127,8
Japan	1 103	1 708	2 187	5 007	+ 1084	+ 3 299	+ 193,1
Norwegen	1 656	1 957	1 963	4 613	+ 307	+ 2 656	+ 135,7
Spanien	589	884	793	948	+ 204	+ 64	+ 7,2
Schweden	1 088	1 015	1 239	1 571	+ 151	+ 556	+ 54,7
Vereinigte Staaten von Amerika (Übersee)	1 113	2 027	2 338	8 936	+ 1225	+ 6 909	+ 340,9
Vereinigte Staaten von Amerika (Gr. Seen)	579	2 260	519	2 467	— 60	+ 207	+ 9,2
Andere Länder	2 749	3 477	3 781	6 366	+ 1032	+ 2 889	+ 83,1
Summe	24 444	45 403	29 409	66 870	+ 4965	+ 21 466	+ 47,3

Quelle: Statistical Notes on the 1938/39 Edition of Lloyd's Register Book.

schwinden des Segelschiffes (mit Ausnahme der für die Schu- lung als unentbehrlich empfundenen Reste) und den Sieges- zug von Ölfeuerung und Motorantrieb gegenüber der damals vorherrschenden Kohlenfeuerung.

Zahlentafel 3. Verteilung der Antriebsarten in der Welthandelsflotte (in %)

Antriebsart	1914	1937	1938
Kohlenfeuerung	88,84	47,89	46,54
Ölfeuerung für Kessel	2,65	29,84	29,57
Ölfeuerung für Motore	0,45	20,74	22,45
Segelantrieb	8,06	1,53	1,44
Insgesamt	100,00	100,00	100,00

Gute Schiffahrtsjahre pflegen das Bedürfnis zur Erneuerung des Schiffsraumes anzuregen. So ist nach dem Tiefstand von

samtschiffsraum an Motorschiffen am 1. Juli 1938: 64 % gegenüber 55 % vor einem Jahre. Dem Schiffsraum nach ent- fällt fast ein Drittel aller im Bau befindlicher Schiffe (nä- mlich 926 510 BRT) auf Tankschiffe. An Riesenschiffen be- finden sich zur Zeit 8 auf den Hellingen, davon 4 in Eng- land (darunter das Schwesterschiff der „Queen Mary“ mit rd. 80 000 BRT) und je eines in Frankreich, Italien, den Ver- einigten Staaten von Amerika und in Deutschland (letzteres das KdF.-Schiff „Robert Ley“).

3. Die Lage im Schiffahrtsgeschäft

Die Unsicherheit der Lage im Schiffahrtsgeschäft kommt in der Statistik über den Schiffs- und Güterverkehr im Panama- kanal noch nicht zum Ausdruck (s. Zahlentafel 6).

Wie die Statistik zeigt, wurde der Verkehrsumfang des sehr guten Jahres 1936/37 annähernd erreicht und die vorher-

Zahlentafel 4. Stapelläufe in den wichtigsten Schiffbauländern (in 1000 BRT)

Land	1906	1909	1913	1919	1929	1933	1934	1935	1936	1937
Welt insgesamt	2920	1602	3333	7145	2893	489	967	1302	2118	2691
Großbritannien und Irland	1828	991	1932	1620	1523	133	460	499	856	921
Dänemark	25	8	41	38	111	34	62	122	98	131
Deutsches Reich	318	129	465	—	249	42	74	226	380	436
Frankreich	35	42	176	33	82	34	16	43	39	27
Holland	67	59	104	137	187	36	47	57	96	184
Japan	42	52	65	612	164	74	152	166	295	451
Schweden	12	6	19	51	107	61	50	106	157	161
Vereinigte Staaten von Amerika	169	80	228	3580	100	11	25	33	101	196

1933 die Neubautätigkeit wieder in Gang gekommen und hat das als gutes Baujahr bekannte Jahr 1906 fast erreicht, steht dagegen gegenüber 1913 weit zurück (s. Zahlentafel 4).

2. Änderungen im Weltschiffbau

Die überwiegende Stellung, die der britische Schiffbau noch bis zum Weltkrieg innehatte, ist seither fast vollständig ver- loren gegangen. Die Nachkriegszeit brachte den kleineren Schiffbauländern ihren großen Aufstieg, so Schweden, Däne- mark und Holland; sie sah — besonders in den letzten fünf Jahren — die Rückkehr Deutschlands in seine alte Stellung und den Aufstieg Japans, das auf Grund seiner eigenen Handelsflotte heute an zweiter Stelle im Weltschiffbau steht. Im ganzen genommen zeigt die Statistik, daß der Beschäfti- gungszuwachs in der Werftindustrie sich im abgelaufenen Jahr etwas verlangsamt hat. Das Bild wird noch deutlicher, wenn man an Stelle des vom Stapel gelaufenen Schiffsraumes den im Bau befindlichen Schiffsraum betrachtet.

Zahlentafel 5. Im Bau befindlicher Schiffsraum (BRT)

Land	1. 7. 1937	1. 7. 1938
Großbritannien und Irland	1 199 973	1 037 073
Deutsches Reich	416 881	396 953
Japan	318 277	290 332
Holland	188 464	280 816
Vereinigte Staaten von Amerika	168 654	166 870
Italien	77 550	136 785
Schweden	138 720	114 675
Dänemark	95 615	107 075
Frankreich	67 224	88 705
Übrige Länder	181 502	207 618
Insgesamt	2 882 860	2 826 902

Im Weltschiffbau ist ein leichter Rückgang um rd. 56 000 BRT gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Dagegen betrug der Ge-

gehenden Jahre nicht unwesentlich übertroffen. Angesichts des umfangreichen Linienverkehrs durch den Panamakanal pflügt der reine Schiffsverkehr immer nur sehr wenig reagibel

Zahlentafel 6. Verkehr durch den Panama-Kanal

Fiskaljahr	Zahl der Schiffe	Raum- gehalt in 1000 NRT	Ladung (1000 t)	Gebühren (1000 S)
1934/35	5 180	27 806	25 310	23 307
1935/36	5 382	28 024	26 506	23 479
1936/37	5 387	27 491	28 108	23 102
1937/38	5 524	28 058	27 386	23 170

zu sein, da die Linien auch dann aufrechterhalten werden, wenn das Ladungsangebot hinter den Erwartungen zurück- bleibt. Zieht man den reinen Ladungsverkehr in Betracht, so ist bereits ein geringes Zurückbleiben gegenüber dem Vor-

Zahlentafel 7. Die Flaggen im Panamakanal (Raumgehalt und Ladungsmenge)

Flagge	1935/36		1936/37		1937/38	
	1000 NRT	1000 t	1000 NRT	1000 t	1000 NRT	1000 t
Britisch	5193	6182	5476	7179	5177	6417
Dänisch	477	627	548	757	592	865
Französisch	390	544	384	542	401	567
Deutsch	868	1305	937	1496	1005	1519
Griechisch	157	238	229	430	298	525
Italienisch	242	160	232	132	257	153
Japanisch	1191	1698	1202	1789	1329	1878
Holländisch	416	511	552	701	543	750
Norwegisch	1766	2718	2219	3506	2180	3434
Schwedisch	521	855	431	776	468	763
Amerikanisch	7709	10700	6404	9844	6898	9893

Quelle: Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 1267.

jahr, aber immer noch ein Vorsprung vor den vorhergehenden Jahren zu verzeichnen.

Die Reihenfolge der großen Schifffahrtsländer im Verkehr durch den Panamakanal ist unverändert geblieben; an erster Stelle stehen die Vereinigten Staaten von Amerika selbst, gefolgt von England, Norwegen, Japan und dem Deutschen Reich²⁾ (s. Zahlentafel 7).

Die Abschlüsse der britischen Reedereien ließen schon 1937 eine starke Besserung der Erträge erkennen. 1938 brachte einen weiteren Aufschwung, so daß fast überall die Dividendenzahlung wieder aufgenommen worden ist³⁾. 1935 stellte sich die durchschnittliche Dividendenzahlung schon auf das verhältnismäßig hohe Eigenkapital auf fast 2%. 1936 stieg sie auf 2,5%, im vergangenen Jahr machte sie 3,2% aus. Demgegenüber erbrachte das viel zu geringe Eigenkapital der deutschen Reedereien nur einen Durchschnittssatz von 1,5%⁴⁾.

4. Die deutsche Handelsschifffahrt

Die deutsche Handelsschifffahrt hat die Unterbrechung der Kontinuität, die die deutsche Handelsflotte durch das Versailler Diktat erlitten hat, noch immer nicht ganz überwunden; diese hatte zur Folge, daß der Rückgang im Beschäftigungsgrad 1929, die Abwertung des englischen Pfundes 1931 besonders schwer empfunden wurden. Zuletzt kam noch die unglückliche Zusammenballung in Mammutunternehmungen, die die Übersicht erschwerte und eine katastrophale Überschuldung erbrachte.

Auf der letzten Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie unterstrich der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Staatsrat *Dr. Helfferich*, die Notwendigkeit von produktiven Auslandsanlagen zur Schließung der Lücke zwischen Zahlungs- und Devisenbilanz. Zu diesen Anlagen sei als wesentlicher Bestandteil die deutsche Seeschifffahrt zu rechnen, so daß ihr Ausbau nicht nur als eine Angelegenheit der einzelnen Gesellschaften vorgesehen werden dürfte, sondern seine Bewertung vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus finden müßte. Als wesentliches Mittel zu einer gesicherten Rentabilität, d. h. einer solchen auch in Durchschnittsjahren, hielt *Dr. Helfferich* eine Steuerreform für notwendig, die entsprechend dem sich außerhalb der deutschen Wirtschaft abspielenden Konkurrenzkampf der von den andern Flaggen getragenen Steuerhöhe anpassen müßte. Wenn dann später die deutsche Handelsflotte von sich aus voll leistungsfähig wäre, dann werde sie sich auch den Platz in den deutschen Häfen zurückerobern und

ihren Einfluß in den internationalen Konferenzen nicht unwesentlich verstärken können⁵⁾.

Die Frage der Flottenerneuerung steht für Deutschland immer noch stark im Vordergrund: Die deutsche Handelsflotte hatte am 30. Juni 1938 (Zahlentafel 1) erst wieder 4,2 Mill. BRT; sie müßte nach Urteilen von Schifffahrtskreisen 50% höher sein. Der deutsche Anteil am Weltschiffsraum beträgt jetzt wieder 6,3% gegenüber 11,3% am 30. Juni 1914. Dieser anteilmäßige Rückgang bedeutet, daß das Deutsche Reich vom zweiten auf den fünften Platz unter den Handelsflotten der Welt gesunken ist. Es wurde von den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Norwegen überflügelt. Die deutsche Handelsflotte gilt als überaltert: das Durchschnittsalter beträgt heute 10 bis 15 Jahre gegen 5 bis 8 Jahre in der Vorkriegszeit. Eine umfangreiche Erneuerung ist also nicht zu umgehen⁶⁾. Der schnellen Durchführung einer solchen stehen die gegenüber 1936 um 50% gestiegenen Neubaukosten und um 20% gestiegenen Reparaturkosten entgegen. Weiterhin muß der vom Standpunkt der Devisenbeschaffung erfreulichen Tatsache Rechnung getragen werden, daß die deutschen Werften heute etwa zu 53% mit Aufträgen für das Ausland versehen sind. In einem wichtigen Spezialgebiet, dem Bau von Tankschiffen, steht Deutschland sogar an erster Stelle. Auf der ganzen Welt sind 225 Tanker mit zusammen 2,8 Mill. t Tragfähigkeit im Bau. Davon steht Deutschland mit 471 230 t vor Großbritannien mit 393 300 t an der Spitze⁷⁾. Der deutsche Anteil an in Fahrt befindlichen Tankschiffen ist von 160 000 BRT im Jahre 1937 auf 202 000 BRT im Jahre 1938 gestiegen und beträgt damit nur knapp 2% des Weltschiffsraumes an Tankschiffen. Die Einfuhr an Mineralöl, die 1937: 3 Mill. t betrug und trotz der synthetischen Ölproduktion im Steigen begriffen ist, wurde noch zum großen Teil mit ausländischen Tankschiffen bewältigt. Schließlich wurde im vergangenen Jahr zur Steigerung der Heringsfänge die deutsche Loggerflotte vergrößert und mit neuzeitlichen Fahrzeugen versehen.

Die Schaffung von Großdeutschland hat das Hinterland auch für die deutsche Handelsschifffahrt vergrößert. Der zu erhoffende zunehmende Handelsverkehr mit den Balkanländern wird nicht nur die Donauschifffahrt, sondern auch den durch das Mittelmeer gehenden Verkehr der deutschen Seeschifffahrt beleben. Schließlich ist zu hoffen, daß die deutsche Handelsschifffahrt wieder in die Lage kommt, als Verbindungsglied zwischen Heimat und Kolonien der damit möglichen Erweiterung der deutschen Rohstoffwirtschaft zu dienen. [3695]

2) Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 1266.

3) Vgl. *Lindner, Oskar*: „Neue Rentabilität der englischen Seeschifffahrt“. Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 712.

4) *Dreus, Max*: „Deutsche Seeschifffahrt baut auf“. Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 1050.

5) Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 911.

6) Schwäbischer Merkur Nr. 262 vom 6. 11. 1938.

7) Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 951.

Die chemische Auswertung der Steinkohle im Deutschen Reich

Nach Angaben der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (1938, Nr. 392) hat die chemische Verwertung der deutschen Steinkohle einen außerordentlichen Umfang angenommen:

Zahlentafel 1.

Steinkohlenförderung und -auswertung (Mill. t)

	1932	1937	Zunahme %
Steinkohlenförderung	104,7	184,5	76,1
Kokserzeugung	19,4	40,9	109,2
Briketterzeugung	4,7	6,9	45,1

Die Verkokung der Kohle als Ausgangsvorgang für ihre chemische Verwertung hat sich also wesentlich mehr gesteigert

als die Förderung. Dabei ist das Programm für die Erweiterung der Kokereien und der Anlagen für Gewinnung der Nebenerzeugnisse noch mitten in der Durchführung. Um mehr als 100% ist die Gewinnung von Nebenerzeugnissen bei der Verkokung gestiegen. 1933 wurden 10 651 Mill. m³ Gas gewonnen, 1937: 20 450 Mill. m³, davon in Kokereien 8181 bzw. 17 350 Mill. m³.

Zunehmend werden große Schwefelmengen bei der Gasreinigung gewonnen, die unsern Devisenmarkt entlasten. Die Gewinnung von Ammoniak dürfte heute rd. 500 000 t jährlich betragen, was fast 50 Mill. RM ausmacht. Fast gleich hoch ist die Menge des anfallenden Benzols. An Rohleer werden jährlich fast 2 Mill. t gewonnen, die wieder die Grundlage für eine gewaltige chemische Weiterverarbeitung sind, die 1937 allein 13 Mill. RM Ausfuhrdevisen erbrachte. Allein die ebenfalls zur Kohlenchemie rechnende Kunstharzgewinnung hat 1937 mit einer Ausfuhr von 8878 t fast 10 Mill. RM an Devisen erbracht. h.m-d. [3612]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Neue Erkenntnisse im Rechnungswesen

bei Anwendung der fünffachen
Kostenordnung

Von ROBERT KOSCHEK VDI,
Gumpoldskirchen bei Wien

Die einwandfreie Erfassung der Kosten stößt in der Praxis vielfach aus dem Grunde auf Schwierigkeiten, weil in der Kostengliederung nicht von vornherein die leitenden Gesichtspunkte der Erfassung selbst berücksichtigt worden sind. Zu diesem auch für die Überwachung des Kostenanfalles und die Planung des Kostenansatzes wichtigen Probleme nimmt der Verfasser in dem nachstehenden Aufsatz Stellung. Gleichzeitig macht er Vorschläge, wie die gestellte Aufgabe gelöst werden kann.

Koschek baut — darauf machen wir der Klärung halber unsere Leser ausdrücklich aufmerksam — auf der bekannten Art der Stücknach- bzw. Auftragsrechnung auf, wobei er zwischen produktiven und Gemeinkosten unterscheidet. Die von Koschek vorgeschlagenen neuen Wege und Formen der Kostenrechnung stellen daher im Grunde genommen Weiterentwicklungen der heute vorherrschenden Rechnungsart dar. Sie erscheinen uns um so bemerkenswerter, als sie die in der Praxis bekannten Vermengungen der Gliederungsbegriffe aus praktischen Erfahrungen und gedanklichen Überlegungen heraus überwinden wollen.

Auf den grundlegenden Unterschied zwischen der auf dem Auftrag einerseits und der Abteilung andererseits aufbauenden Rechnung haben wir bereits früher hingewiesen.
Die Herausgeber

Bei Betrachtung einzelner Untergliederungen von Kontenklassen und Kontengruppen im Kontenrahmen, wie sie immer wieder als Beispiel angeführt werden, kommt man zur Feststellung, daß diese nur bei einem Teil von Betrieben vorteilhaft angewendet werden können. Größere Betriebe oder solche mit vielseitigen Anforderungen werden damit wenig anzufangen wissen. Es ist daher begreiflich, daß man mit einer einheitlichen Untergliederung in der bisher gebrachten Form nicht überall einverstanden ist, solange nicht eine Untergliederung geschaffen wird, die sich bei kleinen und großen Betrieben gleich gut anwenden läßt. Eine solche Gliederung müßte vor allem nach technologischen Grundsätzen aufgebaut sein, so daß sich kleine wie große Betriebe nach ein und derselben Untergliederung richten können, nur mit dem Unterschiede, daß für den Großbetrieb eine größere Feinteilung vorgesehen wird.

Dieser Forderung wird in vieler Hinsicht die fünffache Kostenordnung gerecht, denn sie ermöglicht, nach vollkommen gleichen Grundsätzen Kontenpläne für Klein- und Großbetriebe aufzustellen, wobei die Untergliederungen der Kontenpläne für Großbetriebe verständlicherweise einen wesentlich größeren Umfang annehmen als bei kleinen Betrieben. An sich aber ist der Aufbau der Kontengliederung für alle gewerblichen Betriebe gleich. Außerdem ermöglicht die fünffache Kostenordnung, gewisse immer wieder geforderte Unterlagen in aller kürzester Zeit nachzuweisen.

Bisherige Untergliederung der Kostenarten

Beim Vergleich der Untergliederungen für die Hilfslöhne und für die Hilfs- und Betriebsstoffe finden wir, daß beide nicht

nach dem gleichen Gesichtspunkte gegliedert wurden. Die Hilfslöhne sind unterteilt nach

- 416 Reparaturlöhne
- 417 Urlaubslöhne
- 418 Transportkosten.

Die Hilfs- und Betriebsstoffe nach

- 442 Heizmaterial
- 443 Treibstoffe
- 444 Reparaturmaterial
- 446 Büromaterial
- 447 Verpackungsmaterial.

In die Untergliederung der Hilfslöhne sind Konten aufgenommen worden, die eine Vermengung verschiedener Kontengruppenbegriffe aufweisen, wie Reparaturlöhne und Transportkosten. Das Konto „Reparaturlöhne“ stellt eine Vermengung zwischen Kostenträger und Kostenart dar, während das Konto „Transportkosten“ eine Vermengung zwischen Kostenstelle und Kostenart mit sich bringt.

Anders ist die Untergliederung der Hilfs- und Betriebsstoffe. Diese ist — von einer Ausnahme abgesehen — nach sachlichen Gesichtspunkten ausgerichtet, wobei die Beziehungen der Untergliederung leider nicht immer mit der übergeordneten Kontengruppe übereinzustimmen brauchen. Denn wenn in der Untergliederung „Verpackungsmaterial“ angeführt wird, dann wird dieses bei vielen Betrieben vielleicht auch wirklich ein Gemeinkostenmaterial sein. Wenn in der Abrechnung die Erfassung der Verpackungskosten je Erzeugnis möglich ist, wie dies zum Beispiel bei der Verpackung von Maschinen eintritt, dann sind die Kosten des Verpackungsmaterials nicht mehr Gemeinkosten, sondern Auftragskosten [1]¹⁾; außerdem trägt doch der Kunde die Kosten der Verpackung. Der Begriff „Verpackungsmaterial“ ist somit nicht in jedem Betrieb „Gemeinkostenmaterial“; daher fehlt dem Konto „Verpackungsmaterial“ die unbedingte Zugehörigkeit zur Kontengruppe „Hilfs- und Betriebsstoffe“.

Daß in der Zuordnung von Kontenarten zu den Kontengruppen in der bisherigen Art keineswegs für alle Betriebe gleich vorgegangen werden kann, möchte ich in diesem Zusammenhang noch etwas näher beschreiben. Ebenso wie Verpackungsmaterial nicht immer Hilfsmaterial ist, können auch andere Materialien mitunter Fertigungswerkstoffe bzw. Auftragskosten sein [2]. Zum Beispiel würden Schmiermittel in der Untergliederung der Kontengruppe 44 (Hilfs- und Betriebsstoffe) zugeordnet werden. Wird nun das sonst als Gemeinkostenmaterial verwendete Öl der gelieferten Maschine eigener Erzeugung beigelegt und dem Kunden auch verrechnet, dann wird das Öl zum „produktiven Material“. Ebenso ergeht es einer Reihe anderer „Hilfsstoffe“, wie Anstrichmitteln, Schweißmaterial, elektrischem Strom zum Schweißen, Härtmaterial usw.

Es ist dem Betrieb wenig geholfen, wenn man festsetzt, daß solche Kosten eben aus der Kostenstatistik herausgenommen werden müssen. Man wird sich in diesem Falle die Frage vorlegen, warum eigentlich die Gliederung nach Kostenarten da ist. Die Beantwortung ist nicht schwer. Die Gliede-

¹⁾ Die eingeklammerten Zahlen weisen auf das Schrifttum am Schluß des Aufsatzes hin.

rung dient dazu, um die Kosten statistisch zu erfassen, und um ein übermäßiges Ansteigen für die Folge zu verhindern. Es wäre fehl am Platze, die kalkulatorisch zwar als „produktives Material“, buchhalterisch jedoch als „Hilfsmaterial“ angesehenen Kostenbestandteile unberücksichtigt zu lassen und nicht im gleichen Zusammenhange mit den „Kosten“ statistisch zu ermitteln und zu prüfen. Man wird auch hier versuchen müssen, die Kosten der Verpackung, auch wenn sie der Kunde trägt, zu verbilligen, d. h. Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die Rohstoffe weitgehend einsparen. Ebenso verhält es sich bei den weiteren „Hilfsstoffen“, die ich früher erwähnt habe.

Während nun die Untergliederung bei den Hilfs- und Betriebsstoffen nach sachlichen Gesichtspunkten vorgesehen ist, trifft dies, wie bereits eingangs angeführt worden ist, bei den Hilfslöhnen nicht zu. Es ist daher in der Untergliederung nicht einheitlich vorgegangen worden. Man fragt sich, ob nicht auch bei den Löhnen eine rein sachliche Untergliederung vorzusehen ist, zum mindesten, wenn man diese für Betriebsvergleiche in einer Reihe von Unternehmungen ermittelt.

Wenn die Materialien nach sachlichen Gesichtspunkten, also nach der Art wie: Treibstoffe, Büromaterial, Verpackungsmaterial usw. gegliedert werden, und wenn diese Gliederung aus statistischen Gründen gefordert wird, dann rechtfertigt sich auch eine sachliche Gliederung der Löhne etwa in Schlosser-, Dreher-, Fräserlöhne usw., um so mehr als heute die Erfahrung solcher Zahlen für Betriebsvergleiche und amtliche Zwecke notwendig geworden ist. Im übrigen braucht man nur die vor Bekanntmachung des Kontenrahmens erschienenen Veröffentlichungen nachzulesen, in denen stets sachlich gegliederte Lohnaufwände, wie Werkzeuglöhne, Formenlöhne usw. als notwendig angesehen wurden.

Aufspaltung der Kostenarten

Die sachliche Untergliederung des Material- und des Personalaufwandes hat mit der Untergliederung der beiden Kontengruppen in bezug auf die nachträgliche Verrechnung als Fertigungs- oder Gemeinkostenaufwand (direkte oder indirekte Kosten) keinen Zusammenhang. Die sachliche Gliederung und die Gliederung nach verrechnungstechnischen Gesichtspunkten sind zwei verschiedene Begriffe, weshalb eine Trennung unbedingt notwendig ist, wenn man eine einheitliche Untergliederung des Kontenrahmens vornehmen will. Außerdem verlangt die Kostenrechnung, daß der Begriff der Gliederung nach verrechnungstechnischen Gesichtspunkten noch weiter nach eben solchen Grundsätzen zum Zwecke der Betriebskontrolle untergliedert wird [3]. So ist nach diesen verrechnungstechnischen Gesichtspunkten das Gemeinkostenmaterial noch weiter zu untergliedern in: Lagerausfälle, Lagerentwertung, Ausschußwerkstoff usw. Die Gemeinkostenlöhne wiederum sind zu untergliedern in: Allgemeine Hilfs-löhne, Überstundenhilfslöhne, Prüflöhne, Stillstands- und Wartelöhne usw., die Fertigungslöhne in Stundenlöhne, Akkordlöhne und Prämienlöhne. Diese weitere Untergliederung nach verrechnungstechnischen Gesichtspunkten hat, wie man sieht, mit der sachlichen Gliederung nichts gemein und hat in jedem Betriebe stets die gleiche Bedeutung.

Es ist daher eine Aufspaltung der Kostenarten vorzunehmen, wie ich diese in der fünffachen Kostenordnung vorgesehen habe, bei der der Werkstoffaufwand einerseits nach sachlichen Gesichtspunkten untergliedert wird, so zum Beispiel nach Metallen, Stählen, Maschinenteilen, Werkzeugen, Büromaterial, Verpackungsmaterial, Schweißmaterial usw., andererseits nach der Art der Verrechnung, wie nach Fertigungswerk-

stoffen, Gemeinkostenmaterial usw. Die sachliche Gliederung des Werkstoffaufwandes kann selbstverständlich noch weiter gegliedert werden, und der daraus entstehende Stoffplan kann auch anderweitig mit Erfolg angewendet werden [4].

Durch eine solche Aufspaltung der Kostenarten wird weiterhin vermieden, daß sowohl die Kontenklasse 3, also die Konten der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, als auch die Kontengruppe 44 nach Warenarten untergliedert werden. Es ist somit nicht notwendig, im Kontenrahmen zwei Untergliederungen nach einem Gesichtspunkte, nämlich nach der Warenart, anzuwenden.

In gleicher Weise wird der Lohnaufwand aufgespaltet nach sachlichen Gesichtspunkten in Dreher-, Fräser-, Hobler-, Schleifer-, Schlosserlöhne usw. und nach dem Gesichtspunkte der Verrechnung wie Fertigungslöhne, Gemeinkostenlöhne usw.

Kontenverschmelzungen verschiedener Begriffe

Sehen wir uns eine Reihe von Kontenbenennungen an und analysieren wir diese nach ihrer Bedeutung, dann gelangen wir zur Feststellung, daß bei einer großen Anzahl von Konten Verschmelzungen verschiedener Begriffe vorgenommen worden sind. Bezeichnend ist, daß solche Verschmelzungen am häufigsten bei den Kostenarten anzutreffen sind, während sie bei den übrigen Kontengruppen wie Kostenstellen und Kostenträger durch die allgemeinen Richtlinien, soweit es möglich ist, vermieden werden.

Um die Verschmelzungen ins rechte Licht stellen zu können, muß ich erst den Begriff der Kostenträger näher umschreiben; die Meinungen über diesen gehen vielfach auseinander. Kostenträger ist eine Kostengruppe, die Kosten nach bestimmten Trägern sammelt. So sind die Erzeugnisse Kostenträger, da diese aus den Kosten Material, Lohn, sonstige Aufwendungen und den Zuschlägen entstehen. Werden die Erzeugnisse auftragsweise hergestellt, dann sind die Fertigungsaufträge Kostenträger. Die mit diesen Aufträgen erfaßten Kosten sind Fertigungskosten. Fertigungsaufträge sind somit Kostenträger der Fertigungskosten.

Wenn wir ein Werkzeug für eine bestimmte Erzeugnisgruppe oder für ein bestimmtes Erzeugnis herstellen oder anschaffen, dann sind die Kosten des Werkzeuges ergebnisbedingt und werden mit dem zutreffenden Kostenträgerkonto der Fertigungsgruppenkosten erfaßt. Das Werkzeug ist ein Gemeinkostenmaterial, und durch die Fertigungsgruppenkosten werden diese Gemeinkosten je Erzeugnis ermittelt und bei der Abrechnung der Fertigungsaufträge durch Zuschlag in Anrechnung gebracht. Wir haben es hier mit Kostenträgern der Gemeinkosten zu tun.

Bei den Gemeinkosten finden wir aber auch Kostenträger vor, die nicht für die eigenen Erzeugnisse bestimmt sind oder nicht unmittelbar mit ihnen im Zusammenhang stehen. Es sind dies die Konten: Versuche, Werbung, Instandsetzungen, Wohltätigkeitsleistungen usw. Die Kosten der Versuche, der Werbung, der Instandsetzungen usw. setzen sich sowohl aus Material, Lohn, Gehältern und sonstigen Aufwendungen zusammen. Wir können daher diese Kostenträger als „besondere Kostenträger“ ansprechen.

Bisher sind diese Konten nicht nach einheitlichen Richtlinien zusammengestellt worden, sondern man verteilte diese Kostenträger aus vermeintlichen Einfachheitsgründen einmal auf die Kostenarten (sodaß Kontenverschmelzungen von diesen Kostenträgern mit Kostenarten entstanden, wie Instandsetzungsmaterial, Instandsetzungslöhne und auswärts ver-

Aufstellung 1. Aufspaltung der Kostenarten in drei Kostengruppen

Die bisherigen Kostenarten sind aufgespalten in

Aufwandarten	Kostenzwecke	Sonderträger
Werkstoffe Metalle Stähle Maschinenteile Werkzeuge Büromaterial Verpackungsmaterial Schweißmaterial usw.	Allgemeiner Gemeinkosten- aufwand (Gemeinkostenaufwand, der sich weder aus Lohn noch aus Material zusammenstellt, wie Miete, Reisekosten usw.) Gemeinkosten-Materialauf- wand Allgemeiner Aufwand Lagerausfälle, Differenzen Lagerentwertung Ausschußmaterial	Sonstige Aufwendungen (die unter nach- stehende Begriffe nicht einzureihen sind) Aufwand für Versuche Aufwand für Werbung Aufwand für Markterforschung Aufwand für Wohltätigkeitsleistungen Aufwand für Instandsetzungen
Löhne Dreherlöhne Fräserlöhne Hoblerlöhne Schleiferlöhne Schlosserlöhne usw.	Gemeinkosten-Lohnaufwand Allgemeine Hilfslöhne Überstunden-Hilfslöhne Prüflöhne Stillstands-, Wartelöhne Löhne für Akkordüberschreitungen Urlaubslöhne	
Gehälter Sonstige Aufwendungen Steuern Versicherungen fremde Leistungen Miete usw.	Allgemeiner Fertigungs- aufwand (wie auswärts vergebene Lohnarbeit für einen Fertigungsauftrag) Fertigungswerkstoffe Fertigungslöhne Stundenlöhne Akkordlöhne Prämienlöhne	

gebene Instandsetzungen), das andere Mal auf die Kostenstellen (so daß Kostenstellen mit Kostenträgern vermengt wurden, wie Kostenstelle „Werbung“, Kostenstelle „Versuche“ usw.).

Es drängt sich nun die Frage auf, warum diesen besondern Kostenträgern noch immer nicht mehr Beachtung geschenkt worden ist, um so mehr als in der heutigen Zeit die Kosten der Werbung, der Versuche usw. bei jedem Betriebe beträchtliche Posten im Gesamtaufwande darstellen und ihre genaue Erfassung zumindest ebenso notwendig ist wie irgendeine Untergliederung der Kostenarten.

Die bisher vorgesehenen Verschmelzungen beeinträchtigen einerseits die Übersicht; andererseits verleitet die herkömmliche Unterbringung dieser Konten zu weiteren Unterteilungen (wie Werbung für Erzeugnis A, B, C usw.), die bereits durch andere Kontengruppen, z. B. Kostenträger „Gruppenkosten“, vorgenommen sind.

Wenn Instandsetzungsmaterial, Instandsetzungslöhne und Fremdinstandsetzungen zu den Kostenarten gezählt werden, könnten ebensogut Versuchslöhne, Versuchsmaterial und auswärts vergebene Arbeiten für Versuche als auch Werbematerial, Werbegehälter und sonstige Werbekosten in die Kostenarten eingegliedert werden, wie es mitunter auch gemacht wird.

Werden Versuchs- und Werbekosten durch Kostenstellen erfaßt, dann ist eine einheitliche Zuordnung solcher Kostenträger nicht mehr gegeben. Durch die Zuordnung solcher Kostenträger zu den Kostenstellen werden diese in ihrer Bedeutung sehr weitläufig. Wenn z. B. die Miete für eine Plakatwand in irgendeinem Stadteil zu bezahlen ist, ist man genötigt, diese Kosten auf die Kostenstelle „Werbung“ zu verbuchen. Der Begriff Kostenstelle verliert durch solche Kontierungskunststücke seinen eigentlichen Charakter, und es ist sehr oft vorgekommen, daß durch diese weitläufigen Begriffe und Verschmelzungen die Übersicht verloren geht.

Kontengliederung in der fünffachen Kostenordnung

In der fünffachen Kostenordnung [5] ist durch die technologische Gliederung eine Aufspaltung der Kostenarten vorgeesehen. Die nach der Aufspaltung entstehenden fünf Kostengruppen sind:

1. Aufwandarten²⁾; sachliche Gliederung der Werkstoffe nach Warenarten und der Löhne nach Berufsarten unbekümmert der späteren Verrechnung.
2. Kostenzwecke²⁾; gliedert den Aufwand nach dem Zweck der Verrechnung, wie Fertigungs- und Gemeinkostenaufwand.
3. Sonderträger²⁾; gliedert den gesamten Aufwand nach Versuchen, Werbung, Markterforschung, Instandsetzungen, Wohltätigkeitsleistungen usw.
4. Kostenstellen.
5. Kostenträger.

Die Untergliederung der durch die Aufspaltung entstandenen neuen Kontengruppen ist aus Aufstellung 1 zu entnehmen.

Begründung zur Schaffung der „Sonderträger“

Das Vorhandensein der besondern Kostenträger, kurz „Sonderträger“ genannt, habe ich bereits im Abschnitt „Kontenverschmelzungen verschiedener Begriffe“ ausführlich dargelegt. Es wäre nun notwendig anzuführen, welche Vorteile die Kontengruppe „Sonderträger“ mit sich bringt.

Bisher sind diese Sonderträger, wie Werbung, Versuche, Instandsetzungen usw. (wie man sagt „in einfachster Weise“) durch Kostenstellen ersetzt worden. Die Verbuchung etwa von Instandsetzungskosten auf „Reparaturwerkstätte“ bringt

2) In meinen bisherigen Veröffentlichungen habe ich die nach der Aufspaltung entstandenen Kontengruppen wie folgt benannt: Reine Kostenarten, Kostenstellen-Unterkonten und Kostenarten-Unterkonten. Diese Bezeichnungen habe ich nur behelfsmäßig in Ermangelung von besser geeigneten Worten verwendet. Da sie aber zu irrtümlichen Auslegungen Anlaß gegeben haben, sah ich mich gezwungen, diese Bezeichnungen zu ändern.

im Stellenbogen eine Umlegung nach einem Schlüssel mit sich. In dieser Verschlüsselung sind aber die tatsächlichen Kosten nicht mehr erkennbar, so daß solche Umlegungen keineswegs mehr den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen. Anders verhält es sich, wenn die Kosten der Instandsetzung unmittelbar auf jene Stelle verbucht werden, bei der oder für die die Instandsetzung vorgenommen worden ist. Ist zum Beispiel bei einer Drehbank in der Dreherei ein Lager instandsetzungsbedürftig und wird diese Maschine der eigenen Instandsetzungswerkstätte zur Ausbesserung übergeben, dann ist es einfacher, das zum Einbau gelangende neue, von aufwärts bestellte und gelieferte Lager wie folgt zu kontieren und zu verbuchen:

Aufwandart: Material, Untergliederung: Maschinenteile,
weitere Unterteilung: Lager
Kostenzweck: Gemeinkostenmaterial
Sonderträger: Instandsetzungen
Kostenstelle: Dreherei
Kostenträger: —

Die in der Reparaturwerkstätte dabei entstehenden Lohnkosten sind für diese Kostenstelle als „produktive Löhne“ zu betrachten und werden in der fünffachen Kostenordnung wie folgt kontiert:

Aufwandart: Lohnaufwand, Untergliederung: Schlosserlöhne
Kostenzweck: Hilfslohn (vom Gesichtspunkte des gesamten Betriebes betrachtet)
Sonderträger: Instandsetzungen
Kostenstelle: Dreherei
Kostenträger: —

Somit werden Material und Lohn nicht auf die Kostenstelle „Reparaturwerkstätte“ verbucht, obwohl diese Kosten dort entstanden sind, sondern sogleich der verbrauchenden Stelle zugeschrieben. Am Monatsende ist keine Umlegung von Kosten mehr erforderlich, da auf die Kostenstelle „Reparaturwerkstätte“ keine Kosten der in ihr vorgenommenen Instandsetzungen verbucht werden (die eigenen Gemeinkosten der Reparaturwerkstätte wie Abschreibungen, Strom usw. werden durch Zeitzuschlag neben den Löhnen der verbrauchenden Stelle angelastet).

Man sieht also, daß durch die unmittelbare Verrechnung von Instandsetzungskosten genauer gearbeitet wird, ohne daß die Kostenstelle „Instandsetzungswerkstätte“ in der Verbuchung berücksichtigt worden ist. Diese unmittelbare Verrechnung ist viel einfacher; man muß aber bei diesen Kostenfällen unbedingt in irgendeiner Weise feststellen, daß es sich um Instandsetzungskosten handelt, da dieser Aufwand nicht mehr durch die Stelle gesammelt wird, sondern unter andern Aufwendungen bei der verbrauchenden Stelle erscheint. Dies wird durch die Kontengruppe „Sonderträger“ erreicht, deren Konten buchungstechnisch als „Konten für durchlaufende Posten“ [6] angesehen werden.

In gleicher Weise ist es unnötig, Kostenstellen für Werbung oder Versuche vorzusehen, zumindest für die Erfassung von Werbe- und Versuchskosten. Auch hier ist es zweckmäßiger, die Werbekosten und die Versuchskosten durch Durchlaufkonten (Sonderträger) zu erfassen und die Belastung direkt auf das betreffende Kostenträgerkonto vorzunehmen, so daß Umlegungen am Monatsende erspart bleiben.

Hat ein Betrieb im Fabrikationsprogramm die Erzeugung von Schreibmaschinen, Rechenmaschinen und Registrierkassen vorgesehen und werden diese Erzeugnisse in den Werkstätten Dreherei, mechanische Werkstätte und Zusammenbau gemeinsam und gleichzeitig hergestellt, dann dürfen erzeugnisbedingte

Kosten nicht der Werkstätte angelastet werden. Setzen wir voraus, daß in der Dreherei auf ein und derselben Drehbank einmal ein Bestandteil für die Schreibmaschine hergestellt wird, darauffolgend wieder ein Bestandteil für die Rechenmaschine usw. In diesem Falle ist der Zuschlag zu den Löhnen, also die Benützungskosten der Drehbank für die Zeiteinheit, gleich bei sämtlichen drei Erzeugnisarten. Werden Versuche zur Vervollkommnung der Schreibmaschinen gemacht, dann können diese Kosten, da sie doch in einer der drei Werkstätten durchgeführt werden, nicht in einer nicht existierenden Kostenstelle (Versuchsanstalt) ermittelt werden; und wenn eine solche Kostenstelle doch geschaffen wird, dann müssen diese Kosten in irgendeiner Weise durch Zuschlag auf das Erzeugnis, also in diesem Beispiel auf die Schreibmaschinen, umgelegt werden.

Was macht nun aber der Betriebsbuchhalter, wenn eine Einspannvorrichtung angeschafft wird, die nur für die Erzeugung der Schreibmaschinen verwendet werden kann, oder wenn eine Anzahl Spiralbohrer angeschafft wird, die nur für das Bohren der Kassengehäuse Verwendung finden? Ist es richtig, diese Kosten den Werkstätten anzulasten? Nein, denn diese Kosten sind nur für bestimmte Erzeugnisse aufgewendet worden. Wir haben aber in der Kostenrechnung eine Kontengruppe, die solche erzeugnisbedingten Kosten aufnimmt, nämlich die „Fertigungsgruppenkosten“ (Kostenträger). Für unser Beispiel würde diese Kontengruppe folgendermaßen zu untergliedern sein:

- 1 Fertigungsgruppenkosten
- 11 Schreibmaschinen
- 12 Rechenmaschinen
- 13 Registrierkassen
- 2 Vertriebsgruppenkosten
- 21 Schreibmaschinen
- 22 Rechenmaschinen
- 23 Registrierkassen

Versuchskosten für Schreibmaschinen, also erzeugnisbedingte Kosten, gehören nicht zur Kostenstelle „Versuchsanstalt“, sondern — wir ersparen uns dabei unnötige Buchungen — zu den Fertigungsgruppenkosten. Damit bei den Fertigungsgruppenkosten die Versuchskosten von den übrigen auf diesen Konten verbuchten Beträgen gesondert ermittelt werden können, ist das Durchlaufkonto der „Sonderträger“ vorgesehen. Bei den Werbekosten tritt der gleiche Fall ein, nur daß die Belastung auf das entsprechende Vertriebsgruppenkonto vorgenommen wird.

Vereinfachung der Kostenrechnung

Die Weiterentwicklung des Rechnungswesens durch die Einführung der fünffachen Kostenordnung wird nicht, wie man glauben möchte, verwickelter; vielmehr tritt eine wesentliche Vereinfachung ein. In der praktischen Anwendung der fünffachen Kostenordnung wird man die Aufspaltung der Kostenarten nicht als unangenehm oder kompliziert empfinden. Hat bisher das Konto 444 Reparaturmaterial bedeutet, dann wird in der fünffachen Kostenordnung die Dreigliederung der Kostenarten wie folgt angeschrieben: 1 — 2 — 5, wobei die Zahl 1 an der ersten Stelle Material, die Zahl 2 an der zweiten Stelle Gemeinkostenmaterial und die Zahl 5 an der dritten Stelle Instandsetzungen angibt. Büromaterial, also das Konto 446, wird in der fünffachen Kostenordnung demnach wie folgt angeschrieben: 15 — 2 — 0, wobei die Zahl 15 an der ersten Stelle Material, Untergliederung Büromaterial, die Zahl 2 an der zweiten Stelle wieder Gemeinkostenmaterial und die Zahl 0 an der dritten Stelle sonstige Aufwendungen bedeuten.



In der Praxis ist auch die Kostenträgerrechnung einfacher, als sie vielfach hingestellt wird. Die Kostenträger bedingen nicht je eine Buchung mehr, denn bei einem Buchungsfall werden nicht Kostenstelle und Kostenträger gemeinsam zur Buchung herangezogen. Ist in dem als Beispiel angeführten Betrieb ein Werkzeug für ein bestimmtes Erzeugnis angeschafft worden, dann würde die Kontierung in der fünffachen Kostenordnung wie folgt lauten:

Aufwandart: Material, Untergliederung: Werkzeuge

Kostenzweck: Gemeinkostenmaterial

Sonderträger: —

Kostenstelle: Zusammenbau

Kostenträger: Fertigungsgruppenkosten: Rechenmaschinen

Da ein Kostenträgerkonto eingesetzt erscheint, wird dieses Gemeinkostenmaterial nicht mehr der Kostenstelle belastet, sondern nur dem Kostenträgerkonto. Die Kostenstelle wird übersprungen; wenn man sie trotzdem noch anführt, dann höchstens, um etwa — bei größeren Betrieben — den gesamten Aufwand einer Werkstätte kennen zu lernen. Denn wenn ein Teil der Aufwendungen von Materialien, die in einer Werkstätte verbraucht werden, auf Kostenträgerkonten verbucht wird, würde man aus dem Kostenstellenaufwand nicht sämtliche Beträge vorfinden. Für die Buchung aber gilt die Regel, lediglich das Kostenträgerkonto zu belasten und die Kostenstelle nur dann, wenn ein Kostenträgerkonto nicht angegeben ist. Beide Konten anzusprechen ist unsinnig und wird auch in der Praxis nicht angewendet.

Schlußfolgerungen

In der fünffachen Kostenordnung ist jede Undeutlichkeit vermieden; die Kostenordnung nach den fünf Gesichtspunkten ist klar vorgezeichnet und gibt dem kleinen wie dem großen Betrieb die Möglichkeit, ihre Kontenpläne nach völlig gleichen Grundsätzen aufzubauen. Es kann daher gleichgültig sein, ob bei einem Betrieb das Verpackungsmaterial Hilfsmaterial ist und bei einem andern Betrieb Fertigungswerkstoff oder in einem Betrieb beides. Die Kosten können in jedem Falle übersichtlich verbucht werden, und die Ermittlung etwa des gesamten Aufwandes an Verpackungs-

material kann durch die Übersichtlichkeit der Kontengliederung in kürzester Zeit erfolgen.

Ebenso wird man den gesamten Aufwand für Instandsetzungen sofort ermitteln können, gleichgültig ob die Einzelkosten etwa unter Hilfsmaterial, Untergliederung „Instandsetzungsmaterial“, „Instandsetzungslöhne“ usw., oder unter „Fertigungsaufwand“ verbucht sind. Auch Instandsetzungsmaterial kann Fertigungswerkstoff sein, wenn es für einen aktivierte Innenauftrag aufgewendet wird, z. B. für eine werterhöhende Großinstandsetzung, so daß die Zuordnung des Instandsetzungsmaterials zur Kontengruppe „Hilfsmaterial“ nicht immer zutrifft.

Die fünffache Kostenordnung verlangt nicht, daß jeder Betrieb die Ordnung der Kosten unbedingt nach allen fünf Gesichtspunkten vorsieht, wenn er für einzelne Kostengruppen keine Verwendung hat. Ein Betrieb, der nur eine Ware herstellt, wird keine Kostenträgerkonten anwenden können; der kleine Betrieb wird die Untergliederung der Löhne nach Berufen ganz auslassen usw. Der Großbetrieb wird in jedem Fall, insbesondere dann, wenn die Kostenfälle durch Lochkartenmaschinen aufgearbeitet werden können, in der fünffachen Kostenordnung ein Rechnungsverfahren finden, das jeder Anforderung gewachsen ist. Voraussetzung ist, daß von der Vielseitigkeit nur so weit Gebrauch gemacht wird, als es wirtschaftlich verantwortbar ist. [3582]

Schrifttum

- [1] *Schulz-Mehrin*, Normalkontenplan und Kostenaufstellung für Fabrikbetriebe. Berlin 1937, Maschinenbau-Verlag.
- [2] *R. Koschek*, Fünffache Ordnung in der Kostenrechnung. Masch.-Bau/Betrieb Bd. 16 (1937) S. 37.
- [3] *R. Koschek*, Aufspaltung der Kostenarten in der fünffachen Kostenordnung. Wirtschaftlichkeit Bd. 12 (1938) Nr. 228, S. 551.
- [4] *R. Koschek*, Ordnungsaufgaben und Fristenüberwachung im Einkauf. Masch.-Bau/Betrieb Bd. 16 (1937) S. 523.
- [5] *R. Koschek*, Fünffache Kostenordnung als Grundlage für ein geordnetes Rechnungswesen. Z. Organis. Bd. 11 (1937) S. 38.
- [6] *R. Koschek*, Fünffache Kostenordnung vom Gesichtspunkte der Buchungen aus betrachtet. Wirtschaftlichkeit Bd. 12 (1938) Nr. 227, S. 465.

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im Dezember 1938

Ein ereignisreiches Jahr deutscher Wirtschaftsgeschichte ist zu Ende gegangen. Die Arbeitskräfte und Bodenschätze der Ostmark und des Sudetenlandes haben die natürlichen Quellen unseres Wirtschaftslebens verstärkt. Bis an die Grenzen der geschlossenen Siedlungen unseres Volkstums heran ist unser Wirtschaftsraum nach Südosten ausgedehnt worden.

Der vor zwei Jahren begonnene Kampf um die Gewinnung der Nahrungs- und Rohstoff-Freiheit ist inzwischen im Innern und nach außen hin mit unverminderter Kraft weitergeführt worden. Dank der unermüdeten Arbeit unserer Betriebswirtschaft wurde auch im vergangenen Jahre so mancher Erfolg auf dem Gebiete der Ernährungs- und gewerblichen Wirtschaft erzielt. Trotzdem sind die Aufgaben, die wir uns im Rahmen der gegebenen Verhältnisse hinsichtlich der ausreichenden Versorgung unseres Volkes gestellt haben, noch nicht als gelöst zu betrachten. Die vorhandene Nahrungs- und Rohstoffdecke reicht auch heute an so mancher Stelle noch keineswegs aus, um den immer weiter gesteigerten Bedarf unserer Betriebe und Haushalte voll befriedigen zu können.

Die Unausgeglichenheit zwischen Bedarf und Deckung in den einzelnen Bereichen unserer Volkswirtschaft hat nicht selten zu einer Verstärkung der inneren Spannungen geführt, die ihrerseits wiederum eine Verstärkung der Ordnungsmaß-

nahmen ausgelöst haben. Im Zuge dieser Maßnahmen sind wir nach und nach in einen Umbau unserer gesamten Wirtschaftsstruktur eingetreten, der — worauf ich in früheren Jahren bereits wiederholt hingewiesen habe — von einem äußerst wichtigen, wahrscheinlich sogar entscheidenden Einfluß auf die Art unseres Wirtschaftens und der in unsern Wirtschaftsbetrieben führenden Menschen sein wird.

Dem Auslande gegenüber ist an der nunmehr seit vier Jahren eingeschlagenen Wirtschaftspolitik der „Verkehrsregulierung im Außenhandel“ nach Menge und Preis festgehalten worden. Unsere Volkswirtschaft ist nach wie vor einem Binnenmeere vergleichbar, das gegenüber den andern Meeren des Weltmarktes in preislicher Beziehung erhebliche Gefälle unterschiede aufweist, und das in den mengenmäßigen Zu- und Abflüssen, so gut es nach Lage der Dinge geht, in unserm Sinne „geregelt“ wird¹⁾.

Der deutsche Außenhandel ist dadurch einer Art von Schleusenverfahren unterworfen worden. Der Damm soll damit überbrückt werden, der im Laufe der Jahre — meist

1) Vgl. u. a. Techn. u. Wirtsch. 31 (1938) Heft 1 S. 20 und 28 (1935) Heft 6 S. 175 ff.

Zahlentafel 1. Handelsbezeichnungen und Großhandelspreise der in Bild 1 dargestellten Rohstoffe und Halbwaren im Ausland und Inland

Lfd. Nr.	Rohstoffe und Halbwaren	Enthalten in Warengruppe Nr. der Zahlentafel 2	A u s l a n d				I n l a n d				Handelsbezeichnung, Berichtsort	
			Menge	Bezugs-jahr (= 100)	RM		Menge	Bezugs-jahr (= 100)	RM		A u s l a n d	I n l a n d
					im Bezugs-jahr	Oktober 1938			im Bezugs-jahr	Oktober 1938		
1	Roggen ¹⁾	6	100 kg	1928	20,50	5,52	1 t	1928	246,10	187,00	No. 2. Canad. New York	I. märkisch, frei Berlin
2	Weizen	5	100 kg	1928	23,05	6,97	1 t	1928	259,40	205,00	North Man. II, London	I. märkisch, frei Berlin
3	Mais	7	100 kg	1928	17,97	6,38	1 t	1928	219,50	65,60	Plata, gelb, London	A. La Plata cif, Hamburg
4	Zucker	9	100 kg	1928	22,78	12,04	50 kg	1928	20,37	20,88	Cuba 96°, unverzollt New York	I. gem. Melis, netto prompt, Magdeburg
5	Rindfleisch	2	100 kg	1928	135,68	73,47	50 kg	1928	93,20	79,60	Kühl-Rindfleisch, argentinisch, London	I. von vollfl. Ochsen, Berlin
6	Schweinefleisch	2	100 kg	1928	159,53	96,01	50 kg	1928	86,00	71,60	Kopenhagen	I. 80 bis 150 kg Lebendgewicht, Berlin
7	Butter	1	100 kg	1928	352,87	122,52	100 kg	1928	359,17	264,39	Molkerei-Butter, Kopenhagen	I. dtsch. feine Molkerei-Butter, Berlin
8	Schmalz ²⁾	3	100 kg	1928	112,96	42,04	100 kg	1928	144,71	190,00	pure Western, New York	I. Braten-Schmalz, Hamburg (pure lard)
9	Eier	4	100Stek.	1928	13,61	6,88	100Stek.	1928	12,79	10,25	Roermond	I. incl. vollfrisch, 55 bis 60 g, Berlin
10	Kaffee	11	100 kg	1928	214,43	37,86	50 kg	1928	108,06	31,00	Santos sup., London	A. Santos sup., Hamburg
11	Tee	12	100 kg	1928	243,21	126,11	1 kg	1928	3,58	2,20	Indian pekoe, good, London	A. Niederl. Indien, Or. Pecco, Hamburg
12	Kakao	8	100 kg	1928	119,45	27,78	100 kg	1928	121,89	52,00	Accra, New York	A. Accra, good ferm., Hamburg
13	Sojaöl ³⁾	10	100 kg	1931	49,17	33,40	100 kg	1931	40,80	53,00	raff., London	A. raff., ohne Faß, Harburg
14	Steinkohlen	17	1 t	1928	12,39	10,69	1 t	1928	23,72	21,75	North, unser., Newcastle	A. Yorkshire Nuß, dp. ges., Hamburg
15	Koks	25	1 t	1928	24,73	13,65	1 t	1928	21,54	19,00	Hochofen-Koks, Frankreich	I. Hochofen-Koks, rh.-westf., Essen
16	Schrott	21	1 t	1928	56,09	39,99	1 t	1928	57,78	42,00	heavy steel, Nordengland	I. Stahl-Schrott, Ia, frei Waggon, Düsseldorf
17	Knüppel-eisen	27	1 t	1929	101,38	108,07	1 t	1929	119,00	96,45	Thomasgüte 2 bis 2 ¹ / ₄ p., Antwerpen	I. Bas. Dortmund, Düsseldorf
18	Stabeisen	27	1 t	1928	156,13	142,96	1 t	1928	139,46	110,00	S. M. 5/8 bis 3 in. Incl. Großbritannien	I. Basis Oberhausen, Düsseldorf
19	Weißblech	28	1 t	1928	379,91	261,25	101 kg	1928	47,61	36,50	Großbritannien	I. 0,28 mm ab Werk, Berlin
20	Kupfer	23	100 kg	1928	139,56	60,54	100 kg	1928	140,54	63,13	electrol., London	A. cif. Hamburg
21	Zinn	24	100 kg	1928	456,00	242,66	100 kg	1928	470,08	268,23	per Kasse London	A. Banka-Zinn, loco prompt, Hamburg
22	Aluminium	22	100 kg	1928	224,45	112,87	100 kg	1928	197,78	133,00	New York	I. Originalhütten-Aluminium, 98 bis 99%, Berlin
23	Wolle	13	100 kg	1928	517,94	142,24	1 kg	1928	10,56	5,21	N. S. W. gr. sup., London	I. Deutsch A, halbsch., Leipzig
24	Baumwolle	14	100 kg	1928	195,54	55,92	100 kg	1928	201,00	56,54	americ. middle, Liverpool	A. amerik. middl., univ. Bremen
25	Baumwollgarn	20	100 kg	1928	303,25	102,65	1 kg	1928	2,93	1,70	32' Manchester	A. Nr. 20, Ia, americ., engl. Trossel, Augsburg
26	Rohseide	18	1 kg	1928	48,62	10,67	1 kg	1928	52,90	16,00	japan., London	A. Mail. Grège Exquis. 13/15, Krefeld
27	Kunstseide	19	1 kg	1928	6,71	2,80	1 kg	1928	11,75	4,25	I gebl. 150, Mailand	I. Ia Qual. 120 den. Schuß, Krefeld
28	Häute	15	100 kg	1928	180,71	54,04	1/2 kg	1928	1,29	0,34	Ochsen-Häute, beste London	A. Buenos Aires, Hamburg
29	Benzin	26	100 l	1928	10,51	3,05	100 l	1928	23,90	30,80	60/62 Beaumé, New Orleans	A. spez. Gew. 0,470, verzollt, Berlin
30	Kautschuk ⁴⁾	16	100 kg	1929	196,39	97,96	100 kg	1929	193,00	265,00	plant. crepe, New York	A. ribb. smoked sheets, Hamburg

Es bedeuten A: Auslandspreise bzw. Auslandsware, I: Inlandspreise bzw. Inlandsware.

¹⁾ A: Bis Mai 1936: Western II, New York; ab Dezember 1936: No. 2 Canadian New York. In der Zwischenzeit keine Notierung. Vergleichsweise sind für den fehlenden Zeitraum die Roggenpreise des Berichtsortes Rotterdam eingefügt.

²⁾ I: Zum Teil wird die gleiche Ware auch als pure lard bezeichnet. Bis 1933: Großhandelspreis bei Abgabe an den Einzelhandel, ab 1934: Großhandelspreis bei Abgabe an den Ladenfleischer. Der Unterschied zwischen den beiden Abnehmergruppen ist nicht näher erläutert.

³⁾ I: Ab August 1938: einschl. 9.— RM je 100 kg Ausgleichsstockabgabe, die bisher erst von der verarbeitenden Industrie bezahlt wurde.

⁴⁾ I: Am 13. Mai 1937 mit Zoll belegt: 125.— RM je 100 kg; ab Januar 1938: 160.— RM, ab Mai 1938: 170.— RM je 100 kg.

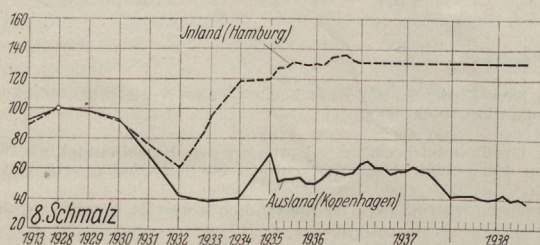
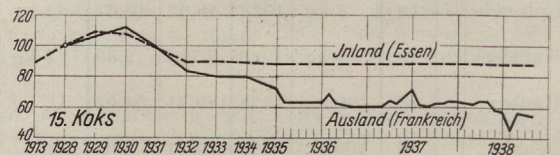
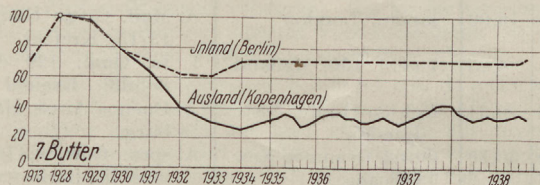
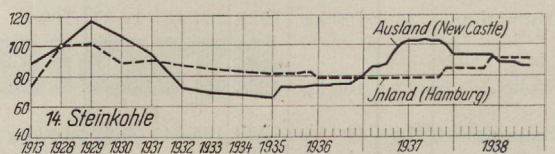
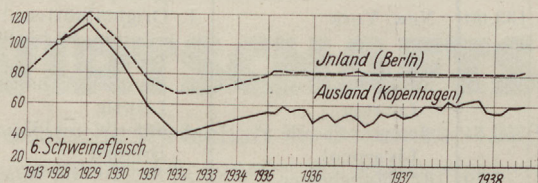
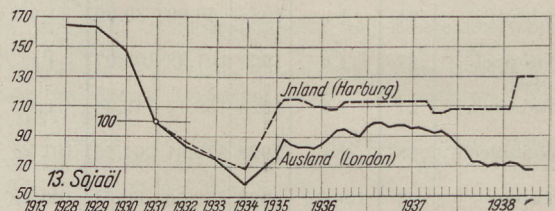
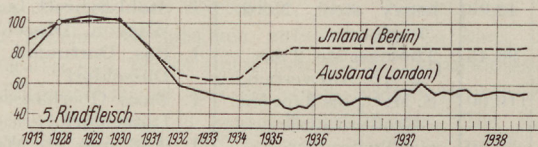
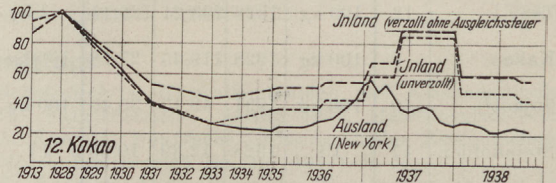
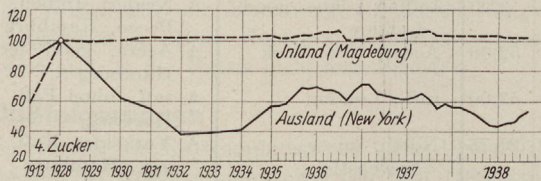
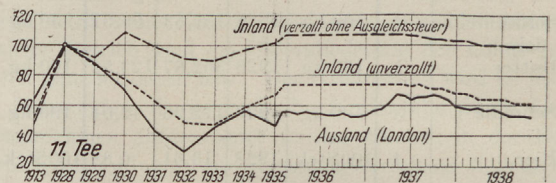
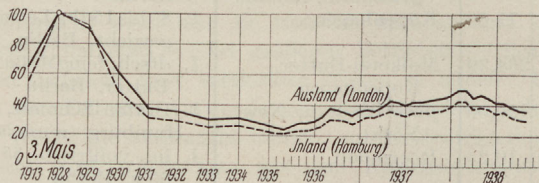
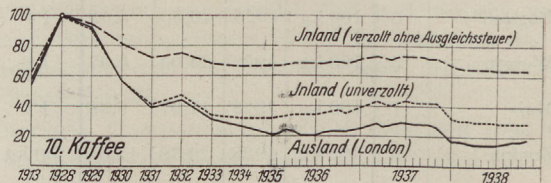
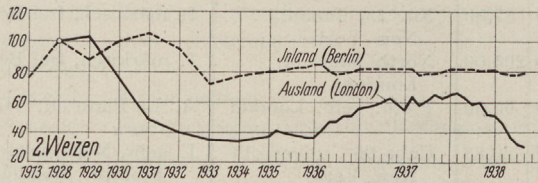
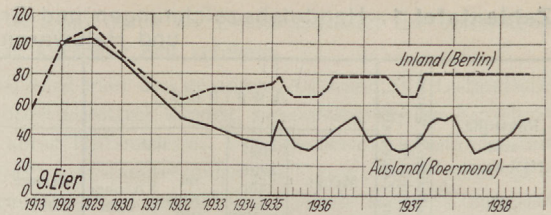
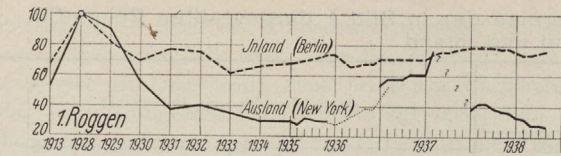
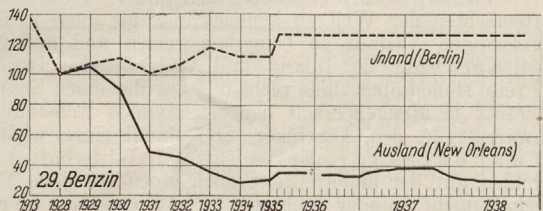
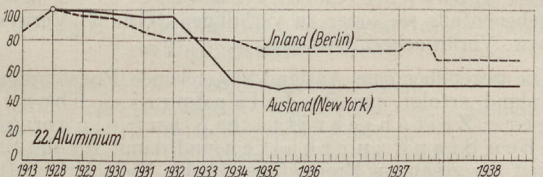
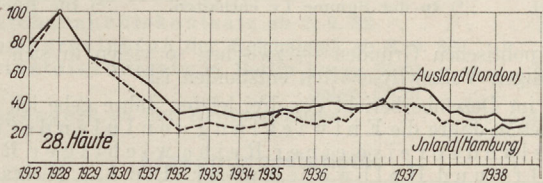
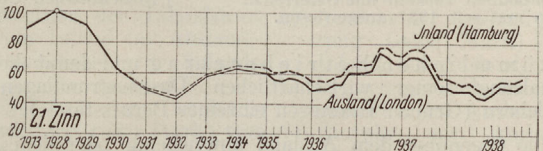
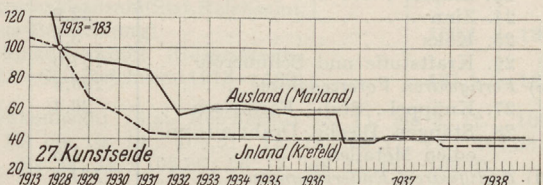
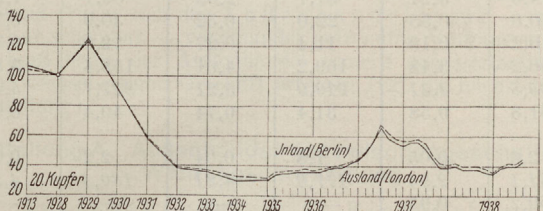
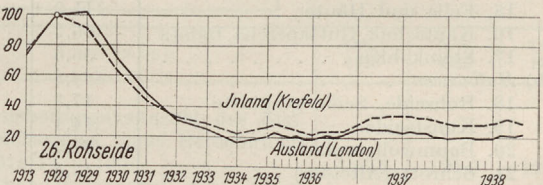
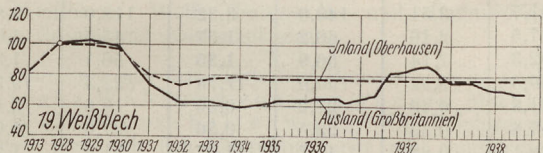
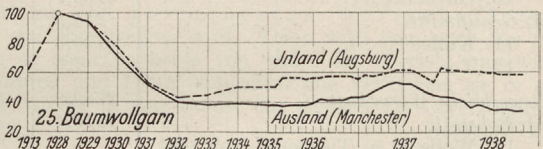
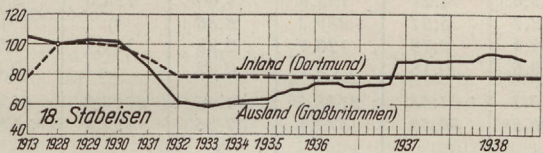
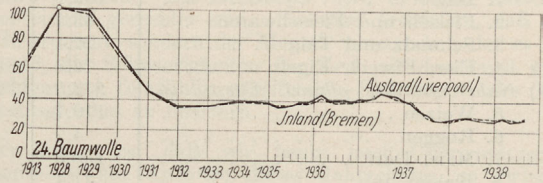
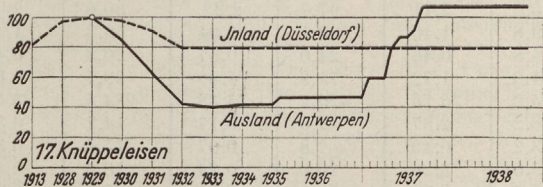
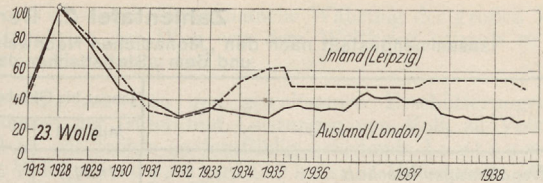
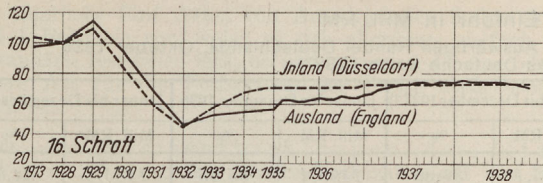


Bild 1. Die Entwicklung der von 30 wichtigen

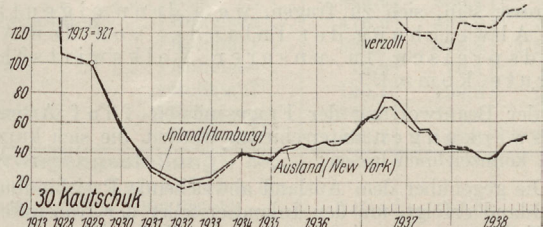
Erläuterung zu Bild 1

In den Kurven stellen die ausgezogenen Linien die Auslands-, die gestrichelten Linien die Inlandspreisentwicklung dar. Eine Unterbrechung der Kurve bedeutet, daß für die betreffenden Monate keine Notierung veröffentlicht wurde. Ausgangspunkt ist im allgemeinen das Jahr 1928, das gleich 100 gesetzt wurde. Für Sojaöl, Knüppelisen und Kautschuk sind Angaben entweder im In- oder im Auslande erst seit 1929 bzw. 1931 erhältlich, so daß hier spätere Jahre als Ausgangspunkt gewählt werden mußten.



Inlands- und Auslandspreise Rohstoffen und Halbwaren

Die Unterlagen sind den in 14tägiger Folge abwechselnd erscheinenden Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes über die Großhandelspreise des Inlandes und des Auslandes in „Wirtschaft und Statistik“ entnommen. Ergänzungen stammen aus verschiedenen Ausgaben des „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ und den „Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches“. Die Umrechnung der Auslandspreise entstammt gleichfalls dem amtlichen Material.



Zahlentafel 2. Der Wert der Einfuhr in Mill. RM

(zusammengestellt nach den „Monatlichen Nachweisen über den Auswärtigen Handel Deutschlands, Oktober 1938“
und dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937“)

	Januar bis Oktober 1938 ¹⁾		Januar bis Dezember 1937 ²⁾		Januar bis Dezember 1936		Januar bis Dezember 1935	
	Mill. RM	%	Mill. RM	%	Mill. RM	%	Mill. RM	%
I. Ernährungswirtschaft	1694,7	37,69	2045,1	37,39	1499,4	35,55	1435,8	34,53
a) Lebende Tiere	95,5	2,12	107,5	1,96	96,3	2,28	45,2	1,09
b) Nahrungsmittel tierisch. Ursprungs	379,7	8,45	479,7	8,76	443,7	10,52	406,1	9,77
1. Butter	102,1	2,17	115,0	2,11	97,7	2,32	86,6	2,08
2. Fleisch und Fleischwaren	63,4	1,41	79,8	1,46	86,1	2,04	56,3	1,35
3. Schmalz und Talg	22,4	0,50	24,8	0,46	24,0	0,57	20,3	0,49
4. Eier, Eiweiß, Eigelb	72,8	1,62	94,0	1,72	75,8	1,80	69,5	1,67
c) Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs	931,0	20,70	1135,2	20,76	670,2	15,89	984,5	23,67 ³⁾
5. Weizen	119,7	2,66	156,2	2,87	7,0	0,17	14,7	0,35
6. Roggen	4,7	0,11	23,2	0,42	2,8	0,07	15,4	0,37
7. Mais, Dari	138,3	3,08	178,0	3,26	10,0	0,24	18,6	0,45
8. Kakao, roh	31,4	0,81	47,4	0,87	30,5	0,72	27,6	0,66
9. Zucker	2,1	0,05	2,0	0,04	1,4	0,03	6,6	0,16
10. Ölfrüchte	160,1	3,56	229,6	4,21	193,9	4,60	123,6	2,97
d) Genußmittel	288,5	6,42	322,7	5,91	289,3	6,86	4)	4)
11. Kaffee	123,3	2,74	151,4	2,78	125,7	2,98	121,1	2,91
12. Tee	7,8	0,17	9,6	0,18	9,1	0,22	7,4	0,18
II. Gewerbliche Wirtschaft	2759,9	61,67	3373,1	61,68	2718,5	64,45	2722,9	65,47
a) Rohstoffe	1573,1	35,24	1996,2	36,50	1571,1	37,25	1492,4	35,89
13. Wolle u. a. Tierhaare, roh und bearbeitet	238,7	5,32	285,2	5,23	229,4	5,44	194,1	4,67
14. Baumwolle, roh und bearbeitet	190,5	4,24	275,1	5,04	257,7	6,11	329,7	7,93
15. Felle und Häute	111,0	2,47	191,7	3,51	140,0	3,32	118,0	2,84
16. Kautschuk, Guttapercha, Balata	66,2	1,47	117,5	2,16	66,2	1,57	45,5	1,09
17. Steinkohlen	56,6	1,26	62,3	1,14	56,9	1,35	56,1	1,35
b) Halbwaren	864,2	19,25	980,3	17,92	750,0	17,78	822,5	19,78
18. Rohseide, Seidengespinste	17,3	0,39	21,8	0,40	21,2	0,50	19,6	0,47
19. Kunstseide	14,4	0,32	17,8	0,33	23,5	0,56	27,6	0,66
20. Baumwollgespinste	37,9	0,84	48,1	0,88	45,2	1,07	51,7	1,24
21. Schrott (Alteisen)	42,5	0,95	32,3	0,59	11,0	0,26	9,1	0,22
22. Aluminium	11,4	0,25	6,5	0,12	6,1	0,14	19,0	0,46
23. Kupfer	151,1	3,36	174,6	3,21	87,7	2,08	80,7	1,94
24. Zinn	22,8	0,51	30,0	0,55	22,0	0,52	30,9	0,74
25. Koks	8,9	0,20	10,2	0,19	11,4	0,27	12,6	0,30
26. Kraftstoffe und Schmieröle	187,0	4,17	190,2	3,48	169,2	4,01	158,4	3,81
c) Fertigwaren Vorerzeugnisse	190,8	4,25	235,5	4,31	219,9	5,21	227,7	5,48
27. Knüppel-, Stab-, Formeisen	26,4	0,59	31,8	0,58	31,4	0,74	40,4	0,97
28. Stangen, Bleche, Draht aus unedlen Metallen	1,8	0,04	2,6	0,05	1,8	0,04	2,2	0,05
d) Fertigwaren Enderzeugnisse	131,8	2,93	161,1	2,95	177,6	4,21	180,3	4,34
29. Rückwaren ⁵⁾	42,1	0,94	50,2	0,93	—	—	—	—
III. Reiner Warenverkehr insgesamt	4496,7	100,00	5468,4	100,00	4217,9	100,00	4158,7	100,00

¹⁾ Außenhandel des Altreichs ohne den Verkehr mit Österreich.

²⁾ Einschließlich Verkehr mit Österreich.

³⁾ Einschließlich Genußmittel.

⁴⁾ In der Summe I c enthalten.

⁵⁾ Die Rückwaren werden erst seit 1937 ausgewiesen.

aus politischen Gründen — zwischen so vielen in sich selbständigen Volkswirtschaften entstanden ist.

Wie im Dezemberbericht der drei letzten Jahre gebe ich auch in diesem Jahre die Entwicklung der Inlands- und Auslandspreise einer Reihe wichtiger Rohstoffe und Halbwaren wieder (Bild 1). Nichts vermag deutlicher den Gefällunterschied und die Abdämmung unserer Volkswirtschaft gegenüber den andern großen Wirtschaftsmächten der Welt zu kennzeichnen als diese in ihrem wechselseitigen Verlauf so bemerkenswerten und aufschlußreichen Kurvenzüge der Inland- und Auslandspreise. Denn wie alle Preise stellen auch diese nicht nur auf der einen Seite den Kostensatz je Mengeneinheit der betreffenden Rohstoffe und Halbwaren für den Abnehmer und damit einen wichtigen Aufwandsfaktor der beziehenden Wirtschaften dar. Sie bilden auf der andern Seite auch einen für jede Volkswirtschaft nicht minder wichtigen Ertragsfaktor, da sich im Preis gleichzeitig der Erlössatz je Mengeneinheit für den Abgeber widerspiegelt. Es dürfte daher von allgemeinem Interesse sein, sich zu fragen, wem denn eigentlich die Abweichung der Inlands- von den Auslandspreisen in unserer Volkswirtschaft zugute kommt.

Bei der Beantwortung der Frage müssen fünf Arten von Auswirkungen unterschieden werden, die sich kurz wie folgt kennzeichnen lassen:

a) Die gegenüber dem Ausland abweichende Preisbindung im Inland erfolgt, um den Inlandersteller der Rohstoffe und Halbwaren einen im Rahmen der Volkswirtschaft aus-

kömmlichen Betriebsertrag und damit die Erhaltung seiner wirtschaftlichen Daseinsgrundlagen zu sichern (Grund: Interessen einzelner Berufsstände).

b) Die gegenüber dem Ausland abweichende oder dem Ausland angepaßte Preisbindung im Inland erfolgt, um die aus den eingeführten Auslandsrohstoffen und Halbwaren hergestellten Fertigerzeugnisse im Interesse der Abnehmer nicht zu verteuern bzw. gegebenenfalls sie sogar zu verbilligen (Grund: Verwender- bzw. Verbraucherinteressen).

c) Die gegenüber dem Ausland abweichende Preisbindung im Inland erfolgt, um die Inlandpreise über längere Zeitabschnitte hin auf einem gleichen Stand zu erhalten und damit für die Stetigkeit des gesamten Preisgefüges in der Volkswirtschaft von dieser Seite her Sorge zu tragen (Grund: Stabilisierungsinteressen).

d) Die gegenüber dem Ausland abweichende Preisbindung im Inland erfolgt aus kompensatorischen Gründen, um das Preis- bzw. Kostengefälle zu überwinden, das zwischen dem Inlands- und Auslandsmarkt im Zuge der Aus- und Einfuhr besteht (Grund: Ausgleichsinteressen).

e) Die gegenüber dem Ausland abweichende Preisbindung im Inland erfolgt aus fiskalischen Gründen oder dgl., um der öffentlichen Hand oder andern Einrichtungen mit öffentlichem Charakter Einnahmen aus Zöllen und Abgaben zu ermöglichen (Grund: öffentliche Interessen).

Für sämtliche fünf Arten von Auswirkungen finden sich im Bild 1 Beispiele vor, wobei es sich allerdings vielfach nicht einwandfrei feststellen läßt, ob und inwieweit die eine oder die andere Art für die Festsetzung der Preise maßgebend gewesen ist.

Unter den Preisentwicklungen des letzten Jahres sind einige für unsere Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung:

Die weitgehende Stabilisierung der Inlandpreise für die Körnerfrüchte Roggen und Weizen auf ausreichendem Preisstande haben von dem deutschen Bauern nicht nur die Preiseinbrüche des Weltmarktes ferngehalten, sondern ihm auch die für seine Betriebs- und Lebenshaltung erforderliche Ertragssicherung gebracht. In gleicher Weise konnten die Preisschwankungen des Weltmarktes für Zucker und Eier, Kaffee und Tee abgefangen werden. Der Inlandspreis für Kakao ist nach den heftigen Schwankungen des Vorjahres endlich zur Ruhe gekommen, was für die hiervon betroffenen Wirtschaftsgruppen von Wichtigkeit ist.

Die Preise der industriellen Rohstoffe zeigen ebenfalls im Inland zumeist eine bemerkenswerte Stetigkeit. Eine Ausnahme bilden nur die Metalle Kupfer und Zinn, in denen wir weitgehend vom Ausland abhängig sind, sowie Kautschuk und Sojaöl, die im Inland mit zusätzlichen Abgaben belastet wurden. Unter den Auslandspreisen weisen hier besonders starke Schwankungen die Preise für Stabeisen und Weißblech, Wolle, Baumwolle und Baumwollgarne, Häute, Sojaöl und Kautschuk auf.

In Verbindung mit dem deutschen Binnenmarkt ist auch die deutsche Währung von den andern Märkten der Welt abgeschaltet worden. Die Reichsmark hat dadurch praktisch den Charakter einer rein innerdeutschen Währung erhalten, deren Auslandskaufkraft im Vergleich zu andern Währungen sich nur über die wechselseitige Beziehung der Aus- und Einfuhr im Warengeschäfte errechnen läßt. Während früher sich der Außenhandel in zwei — wenn auch nur scheinbar — voneinander getrennten Vorgängen vollzog, muß heute der Außenhandel zumeist gewissermaßen in einem wechselseitigen Geschäft erfolgen (vgl. die nachstehende Aufstellung).

Aufstellung A. Außenhandel mit zwischengeschalteter Währungsumwandlung

I. Ausfuhrhandel	II. Einfuhrhandel
a) Markaufwand für Inlandsware im Inland,	f) Markaufwand für Auslandsware im Inland,
b) Ausfuhr der Inlandsware vom Inland ins Ausland,	g) Ausfuhr der Auslandsware (oder Mark) vom Inland ins Ausland,
c) Devisenerlös für Inlandsware im Ausland,	h) Devisenaufwand für Auslandsware im Ausland,
d) Einfuhr der Auslandsware (oder Mark) vom Ausland ins Inland,	i) Einfuhr der Auslandsware vom Ausland ins Inland,
e) Markterlös für Auslandsware im Inland,	k) Markterlös für Auslandsware im Inland.

Aufstellung B. Außenhandel ohne zwischengeschaltete Währungsumwandlung

- Markaufwand für Inlandsware im Inland,
- Ausfuhr der Inlandsware vom Inland ins Ausland,
- Devisenerlös für Inlandsware im Ausland,
- Devisenaufwand für Auslandsware im Ausland,
- Einfuhr der Auslandsware vom Ausland ins Inland,
- Markterlös für Auslandsware im Inland.

Während man früher (Aufstellung A) die Kaufkraft der heimischen Währung im Ausland an dem jeweiligen Kurse der wichtigsten Auslandsdevisen zu messen pflegte, kann man diese heute (Aufstellung B) meist nur über den wechselseitigen Austausch der Aus- und Einfuhrwaren mit den dazugehörigen Aufwendungen und Erlösen in Reichsmark bestimmen.

Die Auslandskurse der Reichsmark sind damit zwar nicht aufgehoben worden. Sie sind gewissermaßen nur der Kursnotierung entrückt und damit den Beeinflussungsmöglichkeiten der reinen Währungsspekulation entzogen,

deren Wirken sich für so manche Währung der großen Wirtschaftsmächte der Welt seit dem Weltkrieg oftmals so verhängnisvoll erwiesen hat.

Durch die schweren und gewaltsamen Erschütterungen im Austausch der Güter und Leistungen von Volk zu Volk seit 1914 ist das früher so feinfühlig arbeitende Instrument des Währungsausgleiches in Unordnung geraten und schließlich außer Wirksamkeit gesetzt worden. Für das Versagen hat man wie so oft vielfach das Instrument verantwortlich gemacht. Die Geschichte wird in dieser Beziehung später einmal gerechter sein. Sie wird feststellen, daß nicht das Instrument, sondern der Mensch versagt hat, der es nicht verstand, die Schwierigkeiten der Zeit mit dem einst genial erdachten und feinfühlig arbeitenden Instrumente des Währungsausgleiches zu meistern.

Daher kommt es, daß wir heute nach Überwindung der Krisenzeiten am Anfange dieses Jahrzehntes im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr auf primitiver Stufe wieder anfangen müssen. Die Zeit wird kommen, wo man auch hier wieder zu einer verfeinerten Wirtschaftstechnik sich durchringen wird. Dann wird man auch den tiefen Sinn so mancher heute von vielen als überlebt angesehenen Verfahren und Mittel entdecken und versuchen, sie in neuer Form wieder in den Dienst der eigenen Zweckverfolgung zu stellen.

Bredt [3711]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Dez. 1938	Nov. 1938	Okt. 1938
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	125,3	125,0	124,9
Großhandelskennzahl des Stat. Reichsamtes (1913 = 100)	106,3	106,1	105,7
Baukostenkennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	136,1	136,1
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl — Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,1	121,0

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 28. 11. bis 3. 12.: 103,97; 5. 12. bis 10. 12.: 103,31; 12. 12. bis 17. 12.: 102,53; 19. 12. bis 24. 12.: 102,96; 26. 12. bis 31. 12.: 103,05

Erwerbslosenanzahl¹⁾ am 30. 11. 38: 152 423.

¹⁾ Aus „Wirtschaft u. Statistik“ 1. Dezember-Heft 1938.

Geldmarkt am 2. Januar 1939

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	2 ⁷ / ₈
„ „ „ lange Sicht	2 ⁷ / ₈
Tagesgeld an der Berliner Börse	2 ⁷ / ₈ bis 3 ¹ / ₈

Erzeugungsstatistik

Land	Industrie	Oktober 1938	November 1938	November 1937
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle	15 638,0	15 670,0	15 988,0
„	Braunkohle	16 907,0	17 373,0	16 418,0
„	Ruhr-Steink.	10 704,9	10 715,8	11 006,8
„	Ruhrkoks . .	2 937,0	2 882,5	2 666,7
„	Roheisen . .	1 611,1	1 601,3	1 372,5
„	Rohstahl . .	2 056,6	2 032,0	1 791,1
Belgien	Roheisen . .	—	222,3	—
„	Rohstahl . .	—	212,9	—
„	Steinkohle .	2 526,0	2 530,9	—
„	Koks	383,8	380,4	—
Großbritannien	Roheisen . .	476,9	468,9	774,5
„	Rohstahl . .	868,5	873,8	1 197,2
Italien	Roheisen . .	78,2	70,1	71,4
„	Rohstahl . .	195,1	190,8	152,3
Luxemburg	Roheisen . .	149,3	161,1	180,0
„	Rohstahl . .	132,2	142,4	178,3

Güterwagengestellung ¹⁾ der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück)	149,1	157,5	164,7
--	-------	-------	-------

¹⁾ Ohne Österreich und Sudetenland.

Wasserwirtschaft

Wasserwirtschaft rund um den Neckarkanal

Nachdem sich der Ausbau des Neckars zwischen der Mündung und Heilbronn über alle Erwartung hinaus glänzend bewährt hat, ist jetzt der Weiterbau bis Stuttgart und die Planung der Fortführung bis zum Fuß der Schwäbischen Alb bei Plochingen—Geislingen in vollem Gang. Dabei wird die Frage von weitgespannten Gesichtspunkten aus angefaßt, um eine möglichst ausgiebige Nutzung der Wasserstraße für Verkehr, Wirtschaft, Kraftversorgung und Siedlung zu gewährleisten. Von diesen Gesichtspunkten aus handelt es sich beim Ausbau des Neckars nicht bloß um die Herstellung einer Schifffahrtsstraße als Teilstück einer späteren Rhein-Neckar-Donau-Verbindung zwischen Mannheim und Ulm; größte Wichtigkeit kommt daneben dem weiteren Ausbau des Neckars als Kraftwasserstraße zu, ferner der Nutzung des Neckarwassers zur Bewässerung großer Anbauflächen. Alle diese Ziele werden bei den Bauten und Planungen verfolgt.

Der fertige Neckarkanal wird an 26 Staustufen zur Kraftgewinnung dienen. Nun ist aber die Wasserführung an vielen Tagen des Jahres so gering, daß eine volle Nutzung der Stufen nicht möglich ist, weil sonst die Schifffahrt leiden würde, zumal da noch bei jeder Schleusung Wasser aus der oberen Haltung verbraucht wird. Es ist nun in langen Untersuchungen festgestellt worden, daß man die Wasserwirtschaft des Neckars ganz erheblich verbessern kann, wenn man ihm Zuschußwasser aus der Donau und der Iller verschafft. Es würde ein Stollen durch die Schwäbische Alb zu bauen sein, dessen Zufluß den Neckarstand dauernd auf mindestens 50 m³/sek halten könnte¹⁾. Eine solche Besserung der Wasserführung würde sich in einer Mehrerzeugung der Kraftstufen von 27 % auswirken, d. h. statt der bisher angenommenen Jahresleistung von 390 Mill. kWh würden sich 497 Mill. kWh ergeben. Dazu würde für die Schleusung an den Staustufen reichlich Wasser zur Verfügung stehen, ganz abgesehen von der Verbesserung der Wasserstände zwischen den Stufen. Endlich würde ein Übelstand beseitigt, über den man am ganzen Neckar sehr klagt: die zunehmende Verschmutzung des Stromes infolge der gewerblichen und industriellen Abwässer. Die Zuführung von Donau- und Illerwasser würde das Neckarwasser bedeutend verbessern und die natürliche Reinigung erleichtern. Eine Stabilisierung der Wasserführung würde im ganzen Neckargebiet zu einer Sicherung des Grundwasserspiegels führen und damit für die Wasserversorgung, die Siedlung und die Land- und Gartenwirtschaft günstige Verhältnisse schaffen. Es ist berechnet worden, daß durch eine Sicherstellung der nötigen Bewässerung für die Landwirtschaft im Neckartal jährlich ein Mehrertrag von rd. 20 Mill. RM zu erzielen wäre!

Schon in seinem bisherigen Teilausbau erweist sich der Neckar für das Land Württemberg als außerordentlich segensreich (1937 stieg der Schiffsverkehr auf 1 958 395 t von 1 436 527 t im Jahre 1936). Aber erst nach dem vollendeten Ausbau wird er die Lebensader des Schwabenlandes sein. Zu einer Schlagader des reichsdeutschen Wirtschaftslebens aber wird der Neckar, wenn er einmal mit der Donau verbunden und Teilstück einer großen europäischen Zwei-Meere-Verbindung ist. Im Zusammenhang mit diesen weitreichenden Plänen sind an der Oberen Donau zwischen Regensburg und Ulm ähnliche Arbeiten und Probleme zu lösen wie am Neckar. Der Ausbau der Oberen Donau wird einer Landschaft neues Leben geben, die in den letzten Jahrzehnten in mancher Beziehung sich rückläufig entwickelt hat.

H.z. M-D. [3642]

¹⁾ Genaue Berechnungen und Angaben enthält Heft 3/1938 der Zeitschrift „Süddeutsche Wasserstraßen“ (Stuttgart).

Metallwirtschaft

Umwälzungen in der Weltkupferwirtschaft

Seit etwa 1830 stand England an der Spitze der Kupfererzeugung mit mehr als 50 % der Weltkupferförderung. Gegen das Jahr 1870 hatte sich Chile mit einer Förderung von 55 000 t an die erste Stelle vorgeschoben. Zur damaligen Zeit steckte die Kupfererzeugung der Vereinigten Staaten (12 000 t jährlich) noch in den ersten Anfängen. Um die Jahrhundertwende hatten die Vereinigten Staaten aber die andern Kupferländer überflügelt und mehr als die Hälfte der Kupfererzeugung der Welt an sich gerissen. Mit dieser rasenden Entwicklung hielten sie etwa 3 Jahrzehnte hindurch Schritt. Noch im Jahre 1929 warfen sie allein über 1 Mill. t Kupfer auf

den Markt, während alle übrigen Länder der Welt zusammen keine 900 000 t erreichten.

USA verliert Vormachtstellung

Die Vereinigten Staaten sind jedoch im Begriff, ihre Vormachtstellung in der Weltkupferwirtschaft zu verlieren, und zwar hat diese Entwicklung schon vor einigen Jahren begonnen. 1913 stellten die Vereinigten Staaten noch von einer Kupferbergbauerzeugung der Welt in Höhe von 982 000 t Metallinhalt 555 000 t. Im Jahre 1929 war der amerikanische Anteil schon niedriger. Die Weltgewinnung belief sich damals auf 1 915 700 t, die Erzeugung der Vereinigten Staaten nur noch auf 931 000 t. In der nachfolgenden Weltwirtschaftskrise ging die Erzeugung von USA bis zum Jahre 1933 auf 212 000 t zurück, die Welterzeugung auf 1 071 400 t. In dem in den folgenden Jahren einsetzenden Wirtschaftsaufschwung, der 1937 seinen Höhepunkt erreichte, konnte sich die Kupferminenerzeugung der Vereinigten Staaten nur auf 780 000 t wieder erhöhen, während die Welterzeugung den Höchststand des Jahres 1929 im Jahre 1937 mit 2 209 000 t noch überschritt.

Ähnlich haben sich die Verhältnisse in der Kupferhüttenerzeugung entwickelt. Von einer Welterzeugung mit 1 022 200 t im Jahre 1913 entfielen auf die Vereinigten Staaten 590 000 t und von der Erzeugung des Jahres 1929 mit 1 959 420 t noch 1 069 500 t. In der Weltwirtschaftskrise sank die Weltgewinnung zwar auf 1 037 600 t im Jahre 1933 herab, jedoch erfuhr die Erzeugung der Vereinigten Staaten einen weitaus schärferen Rückgang bis auf 245 000 t. Auch im Jahre 1937 mit seinen ungewöhnlich guten Absatzverhältnissen konnte sich die Kupferhüttenerzeugung der Vereinigten Staaten nicht über den Stand des Jahres 1929 erheben, sondern blieb mit 810 000 t erheblich darunter, während die Weltkupfererzeugung die des Jahres 1929 mit 2 178 000 t überschritt.

Die gesamt europäische Erzeugung stieg von 193 000 t im Jahre 1913 auf 236 000 t im Jahre 1937, die asiatische von 66 500 t auf 95 000 t im gleichen Zeitraum. Der Schwerpunkt in der Weltkupfergewinnung verschiebt sich aber, wie aus den nachstehenden Zahlen ersichtlich ist, im wesentlichen nach Afrika. Die gesamt afrikanische Gewinnung stieg von 7500 t im Jahre 1913, die allein auf Rhodesien entfielen, auf 335 000 t im Jahre 1937. Rhodesien war 1937 mit 175 000 t der größte afrikanische Erzeuger, dann folgte Belgisch-Kongo mit 150 000 t. Aber auch die Gewinnung Kanadas hat seit 1913 einen beträchtlichen Anstieg von 19 000 t auf 200 000 t im Jahre 1937 zu verzeichnen gehabt. Das gleiche gilt für Chile, dessen Gewinnung von 44 000 t auf 385 000 t stieg.

Kartell- und Preisfragen

Bis zum Jahre 1930 hatten die Vereinigten Staaten also eine überragende Stellung auf dem Weltkupfermarkt inne. Auch stand die als Copper Exporters Inc. bekannte Organisation, die mehr als neun Zehntel der Welterzeugung kontrollierte und daher ein Weltkupferkartell war, stark unter amerikanischem (USA) Einfluß. Die amerikanischen Erzeuger, die im allgemeinen recht hohe Erzeugungskosten auch im Kupferbergbau haben, trieben den Kupferpreis immer höher hinauf, bis er einen Höchststand erreicht hatte. Diese für die USA-Erzeuger angenehme Lage dauerte indessen nicht lange. Bald fiel der Kupferpreis auf einen unerhörten Tiefstand herab und verblieb dort einige Zeit. Die Ausdehnung des Kupferbergbaues, die unter der Hochpreispolitik der Copper Exporters Inc. beträchtlich gewesen war, machte jedoch auch bei niedrigen Preisen weitere Fortschritte. Die Entwicklung der Gruben und Anlagen beschränkte sich jetzt aber im großen und ganzen auf Kanada, Chile, Belgisch-Kongo und Rhodesien, also auf Länder, wo Kupfer mit niedrigen Erzeugungsaufwendungen gewonnen werden kann. Allerdings war der Kupferpreis seit dem Einsturz des künstlich erhöhten Preisgebäudes so tief gefallen, daß er sogar für die Länder mit niedrigen Gewinnungskosten keinen Anreiz mehr bot.

Die internationalen Kupfererzeuger sahen sich Ende 1934 einer Entwicklung gegenüber, die eine Verständigung untereinander zur Notwendigkeit machte. Die Weltvorräte an raffiniertem Kupfer betragen damals rd. 532 000 t, von denen auf die Vereinigten Staaten rd. 320 000 t entfielen. Zur Gesundung des Kupfermarktes, vor allem mit dem Ziel, die erheblichen Weltvorräte abzubauen, beschlossen die Gesellschaften Belgisch-Kongos, Rhodesiens und Chiles eine Herabsetzung der Erzeugung auf 70 % der Erzeugungsmenge des Jahres 1934. So kam es im März 1935, nach einem erneuten Abgleiten des Kupferpreises, zum Abschluß des sogenannten „In-

Internationalen Kupferabkommens“, eines neuen Kupferkartells, das ab 1. Juni 1935 vorerst auf drei Jahre in Kraft trat. An den Verhandlungen nahmen damals Vertreter außeramerikanischer Gesellschaften teil, die jährlich etwa 675 000 t erzeugten und mehr als 75 % der außeramerikanischen Rohkupfererzeugung überwachten. Im Gegensatz zu dem früheren, im Jahre 1933 aufgelösten Kupferkartell, der Copper Exporters Inc., das neun Zehntel der Welt-erzeugung kontrollierte, war es kein Weltkartell. Es umfaßte nur die acht großen Kupferbergbaugesellschaften außerhalb der Vereinigten Staaten.

Angesichts des zunehmenden Aufschwungs der Weltwirtschaft war es für das Kartell nicht schwierig, erfolgreich zu arbeiten, obgleich die Abmachungen nicht von allen Beteiligten eingehalten wurden. Der Weltverbrauch stieg erheblich stärker als die Welterzeugung, wobei der Hauptanteil auf die Vereinigten Staaten entfiel. 1936 setzte eine stürmische Aufwärtsentwicklung in der Kupferwirtschaft der Vereinigten Staaten ein, wodurch die Erzeugung von 452 000 t im Jahre 1935 auf 676 000 t stieg und der Verbrauch von 470 000 t auf 687 000 t. Hierzu hat vornehmlich der erhöhte Bedarf in der elektrotechnischen Industrie, auf die allein 40 bis 50 % des Kupferverbrauchs entfallen, in der Automobilindustrie, in der Bauindustrie und neuerdings in wachsendem Maße auch in der Rüstungsindustrie beigetragen. In den außeramerikanischen Ländern ging die Kupfererzeugung im Jahre 1936 weiter auf 812 000 t gegenüber 899 000 t im Jahre 1935 zurück; aber auch der Verbrauch wird mit 916 000 t gegenüber 970 000 t etwas niedriger ausgewiesen. Immerhin lag der Verbrauch der außeramerikanischen Länder um rd. 104 000 t über der Erzeugung, während die Vorräte von Anfang 1936 bis Dezember 1936 nur von 231 000 t auf 173 000 t abnahmen. Die Weltvorräte konnten sich somit schnell wieder auf ein normales Maß vermindern. Ende 1936 betragen sie nur noch gut die Hälfte des Standes von 1933. Wiederum verlief die Entwicklung also zugunsten der Vereinigten Staaten.

Aus der Verbesserung der Marktlage ergab sich bereits im Frühjahr 1936 eine Steigerung des Kupferpreises auf rd. 40 £/t, ein Preis, bei dem die meisten Bergwerke rentabel arbeiten können. Um einer weiteren Vorratsverminderung sowie einer weiteren Preissteigerung entgegenzuarbeiten, schritt das Kartell am 1. August 1936 zu einer Lockerung der Restriktion, indem es die Erzeugungsquote von 70 % auf 75 % erhöhte. Im Verlauf der im Oktober 1936 einsetzenden internationalen Rohstoffhaushaus mit der ständig steigenden Nachfrage nach Kupfer war das Kartell genötigt, die Erzeugungsquote nacheinander weiter zu erhöhen, und zwar ab 1. Oktober auf 80 %, ab 15. Oktober auf 85 %, ab 1. November auf 95 % und ab 5. November auf 105 %. Kupfer gehörte zu den Rohstoffen, die die größten Preissteigerungen aufzuweisen hatten. Im März 1937 (seit 1929 ein neuer Höchststand!) lag der Kupferpreis um etwa 86 % über dem Stand vom September 1936. Die Nachfragesteigerung war aber zum größten Teil künstlich herbeigeführt, da sich die Spekulation des Kupfermarktes bemächtigt hatte und Umsätze vornahm, die zu dem tatsächlichen Verbrauch in keinem Verhältnis mehr standen. In der Hauptsache wurde gekauft in der Erwartung weiterer Preissteigerungen auf Grund einer übertriebenen Einschätzung der Größe des Rüstungsbedarfs. Allein der Umfang der schwebenden spekulativen Termingeschäfte am Londoner Kupfermarkt wurde damals auf über 200 000 t geschätzt gegenüber einem üblichen Umfang von 30 000 bis 50 000 t. Auch die allgemein durchgeführte Vergrößerung der Lagerhaltung steigerte künstlich die Nachfrage.

Diese verschiedenen Quotenerhöhungen blieben aber zunächst wirkungslos, da die Erzeugung nicht schnell genug erhöht werden konnte. Mit Wirkung vom 14. Januar 1937 wurde die Erzeugungsbeschränkung völlig aufgehoben. Die einzelnen Erzeuger konnten jetzt die Kapazität ihrer Betriebe voll ausnutzen, und so konnte eine schnellere Versorgung des Marktes erreicht werden. Allerdings wurden gleichzeitig Vereinbarungen über die notwendigen wiedereinführende Restriktion getroffen. Die Freigabe der Kupfererzeugung hatte nämlich zur Folge, daß mit den steigenden Preisen zahlreiche Erzeugungstätten wieder in Betrieb genommen wurden, die bis dahin infolge Unwirtschaftlichkeit still lagen.

Im April 1937 trat am Kupfermarkt wie auch an den andern Weltrohstoffmärkten der Umschwung ein. Das Kartell beschloß daher am 1. Oktober 1937 mit Wirkung vom Dezember die Wiedereinführung der Restriktion, und zwar auf der Grundlage von 105 % der Standardmenge, nachdem auch die

großen amerikanischen Konzerne eine Beschränkung ihrer Erzeugung um 20 % bekanntgegeben hatten. In erster Linie will man mit dieser Maßnahme ein Abgleiten des Kupferpreises verhindern. Angesichts der wieder aufgenommenen Erzeugungsbeschränkung wird mit einem weiteren starken Preisverfall am Kupfermarkt auch kaum gerechnet werden können. Der Verbrauch hat neben dem wahrscheinlich noch anhaltenden Rüstungsbedarf zweifellos immer noch stark steigende Tendenzen, so insbesondere für die Zwecke der Elektrifizierung und der Motorisierung.

Kiewitt, Kiel [3658]

Chemische Industrie

Die Kunststoffe im deutschen Außenhandel

Die statistisch erfaßbare Bilanz des deutschen Außenhandels mit Kunststoffen (nur Rohstoffe, ohne Waren daraus) schloß 1937 mit einem Ausfuhrüberschuß von 26,5 Mill. RM ab. Die Einfuhr belief sich auf nur 2,44 Mill. RM, denen eine Ausfuhr von 28,9 Mill. RM gegenüberstand. 1938 wird die Bilanz voraussichtlich nicht ganz so günstig ausfallen, weil verschiedene Gründe, auf die wir noch näher eingehen werden, einen Rückgang der Ausfuhr bewirkten. Bei dem Ausfuhrüberschuß von 26,5 Mill. RM, der 1937 verblieb, ist noch zu beachten, daß es sich nur um den Außenhandel mit Rohmaterial handelt, und daß in diesen Ziffern nicht die Aus- und Einfuhr von Waren enthalten ist, die ganz oder teilweise aus Kunststoffen bestehen. Hierbei hat sich ebenfalls noch ein erheblicher Ausfuhrüberschuß für Deutschland entwickelt.

Zahlentafel 1. Außenhandel mit chemisch hergestellten Kunststoffen (Rohmaterial)

	Jan. bis Okt. 1938	Jan. bis Okt. 1937	1937	1936
Ausfuhr in 1000 dz	130,00	151,00	188,00	164,00
„ in Mill. RM	19,95	22,77	28,90	27,40
Einfuhr in 1000 dz	11,00	12,30	19,00	17,50
„ in Mill. RM	1,34	1,68	2,44	2,49

Nach erheblichem Anstieg im Jahre 1937 gab erstmalig die Kunststoffausfuhr in den ersten zehn Monaten des Jahres 1938 sowohl wert- als auch mengenmäßig etwas nach. Offensichtlich ist die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes in schnellerem Aufstiege begriffen als die Erzeugung. Auch beginnt mit dem Aufbau der ausländischen Kunststoffindustrien der ausländische Wettbewerb zuzunehmen. Da aber zur Zeit die deutsche Kunststoffindustrie noch einen sehr starken Ausbau erfährt und vielleicht auch in absehbarer Zeit noch billiger wird liefern können, kann man wohl hoffen, daß der Ausfuhrückgang nur vorübergehend ist und bald von einer neuen Steigerung abgelöst wird. Die Kunststoffeinfuhr, die an sich nicht bedeutend ist, gab in den ersten zehn Monaten des Jahres 1938 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ebenfalls nach, aber nicht in dem gleichen Ausmaß wie die Kunststoffausfuhr, so daß — wie schon gesagt — der Ausfuhrüberschuß der deutschen Kunststoffwirtschaft in seiner Gesamtheit etwas verringert wurde.

In der deutschen Kunststoffausfuhr beginnen die Kunstharze im allgemeinen und die nicht härtbaren Kunstharze im besonderen eine wichtige Rolle zu spielen.

Zahlentafel 2. Ausfuhr von nicht härtbaren Kunstharzen

	Jan. bis Okt. 1938	Jan. bis Okt. 1937	1937	1936
Menge in dz	41 905	40 902	49 288	35 218
Wert in Mill. RM	4,86	4,50	5,39	3,82
Durchschnittswert RM/dz	116,00	110,00	110,00	110,00
Einfuhrland	dz	dz	dz	dz
Belgien	1776	1695	1921	1936
Dänemark	2143	2172	2615	2271
Frankreich	4605	6143	7124	5088
Großbritannien	6641	7950	9912	5901
Italien	4193	3542	4154	3753
Holland	3998	2520	3041	2621
Schweden	3723	2768	3475	1955
Schweiz	2203	1713	1979	1764
Tschechoslowakei	1853	2116	2667	1741

In der Hauptsache ging die Ausfuhr von nicht härtbaren Kunstharzen nach Großbritannien, nach Frankreich und nach

Italien. Besonders aufnahmefähig war der italienische Markt, der 1938 beträchtlich mehr als in der gleichen Vorjahrszeit aufnahm. Auch nach Holland, nach Schweden und nach der Schweiz ist unsere Ausfuhr von nicht härtbaren Kunstharzen beträchtlich gestiegen.

Die Ausfuhr von härtbaren Kunstharzen hatte in den ersten zehn Monaten 1938 einen Wert von 3,75 Mill. RM (im Gewicht von 27 000 dz). Ein Vergleich mit der Vorjahrszeit ist hier allerdings infolge statistischer Änderungen nicht möglich. Der Hauptabnehmer von härtbaren Kunstharzen war die Schweiz mit 4700 dz. An zweiter Stelle steht Holland mit 3800 und an dritter Schweden mit 2600 dz.

Zahlentafel 3. Ausfuhr von Zelluloid

	Jan. bis Okt. 1938	Jan. bis Okt. 1937	1937	1936
Menge in dz	17 769	23 933	28 424	23 171
Wert in Mill. RM	4,98	6,69	7,93	7,57
Durchschnittswert RM/dz	280,00	279,00	280,00	330,00
Einfuhrland	dz	dz	dz	dz
Großbritannien	2134	1632	2173	2791
Italien	2329	1289	1657	928
Holland	820	1147	1243	1317
Tschechoslowakei	1626	4722	5332	3419
Ungarn	1301	1480	1700	1064
Argentinien	1004	1754	2206	1360
Brasilien	1153	1148	1567	1686

Nach kräftigem Aufstieg 1937 gab die Zelluloidausfuhr in den ersten zehn Monaten 1938 erstmalig wieder empfindlich nach. Die Erschwerung der Ausfuhr durch den Konjunkturrückgang in den meisten Ländern der Welt kommt deutlich zum Ausdruck. Lediglich Großbritannien und Italien nahmen im europäischen Raum bedeutend mehr Zelluloid als in der gleichen Vorjahrszeit ab. Dagegen mußte sich unsere früher so bedeutende Ausfuhr nach der Tschechoslowakei, nach Holland und nach Ungarn mehr oder weniger starke Abschläge gefallen lassen. In Übersee ging unser Absatz besonders in Argentinien zurück, während der brasilianische Markt noch eine befriedigende Aufnahmefähigkeit bekundete.

Die Ausfuhr an Waren aus Kunstharz, Kunsthorn und Zelluloid haben wir in Zahlentafel 4 nach den Angaben des Statistischen Reichsamts zusammengestellt. Allerdings ist hier ein Vergleich mit der Vorjahrszeit infolge weitgehender statistischer Neugliederungen nicht möglich, so daß nur eine Übersicht über die gegenwärtige Streuung dieser Ausfuhr gegeben

Zahlentafel 4. Ausfuhr an Waren aus Kunststoffen

Mai bis Oktober 1938	Kunstharz- waren	Kunsthorn- waren	Zelluloid- waren
Menge in dz	4287	2662	4050
Wert in Mill. RM	3,00	2,60	3,79
Einfuhrland	dz	dz	dz
Belgien	175	127	152
Dänemark	223	181	236
Großbritannien	494	340	702
Italien	173	205	239
Holland	697	328	377
Norwegen	217	103	186
Schweden	326	233	347
Schweiz	165	137	184

werden kann. Unsere bedeutendsten Abnehmer von Waren aus Kunstharz und Kunsthorn sind danach also Holland, Großbritannien und Schweden. Etwas anders ist die Streuung bei den Zelluloidwaren. Hier war unser größter Abnehmer Großbritannien, dann folgt Schweden, und an dritter Stelle steht hier die britische Kolonie Goldküste (nicht in Zahlentafel 4 enthalten) mit 157 dz.

Die Einfuhr von Kasein (Käsestoff), des Rohstoffes für viele Kunststoffe, gab in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der schnell anwachsenden deutschen Kaseinproduktion stark nach (Zahlentafel 5).

Infolge von Preissenkungen am Weltmarkt konnten wir unsere verringerte Einfuhr in den ersten zehn Monaten 1938 auch noch um etwa 8 RM/dz billiger als in der gleichen Zeit

Zahlentafel 5. Kasein-Einfuhr

	Jan. bis Okt. 1938	Jan. bis Okt. 1937	1937	1936
Menge in dz	72 691	99,616	113 724	177 499
Werte in Mill. RM	3,59	5,76	6,48	8,00
Durchschnittswert RM/dz	50,00	58,00	57,00	45,00
Lieferland	dz	dz	dz	dz
Dänemark	4752	7872	8768	6247
Frankreich	23367	24388	28631	32054
Italien	3761	172	172	974
Norwegen	7726	9633	11232	12662
Argentinien	27770	39703	45777	92996
Uruguay	1355	514	514	1100

des Vorjahres erstehen, so daß die finanzielle Belastung aus dieser Einfuhr sehr stark zurückgegangen ist. Erheblich rückläufig war unsere Kaseineinfuhr aus Argentinien, in geringerem Ausmaß auch die aus Dänemark, Frankreich und Norwegen. Dagegen haben erstmalig die Lieferungen Italiens, die früher nur unbedeutend waren, eine gewisse Bedeutung für den deutschen Kaseinmarkt erlangt.

Bei der deutschen Kunststoffausfuhr handelt es sich bereits zum Teil um wertmäßig recht ansehnliche Posten, die fast ohne Abzug der Aktivseite unserer Devisenbilanz zugute kommen. Darüber hinaus sind die Kunststoffe auch vielfach an die Stelle einfuhrbedingter Werkstoffe, vor allem an die von Buntmetallen, getreten und helfen infolgedessen nicht nur durch die Ausfuhr Devisen hereinbringen, sondern auch Devisen sparen. [3714]

Länderberichte

Frankreich als Kunde und Lieferer

Der deutsch-französische Wirtschaftsverkehr wurde 1938 erheblich durch konjunkturelle und politische Störfaktoren beeinflusst. Die ersten ergaben sich daraus, daß die Wirtschaftslage in Frankreich häufig unter depressiven Störungen zu leiden hatte, die die Aufnahmefähigkeit dieses Marktes vor allem für deutsche Verbrauchs-, teilweise aber auch für deutsche Anlagegüter verminderte. Politische Störungen entstanden im Spätsommer, als im Zusammenhang mit der tschechischen Krise Aufträge an Deutschland, deren Erfüllung nicht mehr sicher erschien, zurückgehalten wurden. Hoffentlich leitet die politische Befriedung, die kürzlich durch den deutsch-französischen Freundschaftspakt bekräftigt wurde, eine neue günstigere Entwicklung des Handels zwischen diesen beiden großen Nachbarländern ein.

Zahlentafel 1. Die deutsch-französische Handelsbilanz (Mill. RM)

Januar bis September	1936	1937	1938
Ausfuhr nach Frankreich	191,4	232,3	171,5
Einfuhr aus Frankreich	69,0	114,6	109,6
Saldo für Deutschland	122,4	117,7	61,9

Aus den vorstehend dargelegten Gründen gab jedenfalls die deutsche Ausfuhr nach Frankreich schon in den ersten neun Monaten des Jahres 1938 um rd. 60 Mill. RM nach, während die Einfuhr nur um rd. 5 Mill. RM sank, so daß sich der Aktivsaldo Deutschlands auf nur noch rd. 62 Mill. RM gegen fast 118 Mill. RM in der gleichen Zeit des Vorjahrs ermäßigte. Diese Entwicklung ist für Deutschland um so unerfreulicher, als der deutsche Aktivsaldo im Warenverkehr mit Frankreich zum großen Teil zur Abdeckung der passiven Fremdenverkehrs- und Kapitalbilanz mit diesem Lande dient.

Wie man aus Zahlentafel 2 sieht, ist der agrarische Sektor bei der Einfuhr aus Frankreich recht betont. Wir bezogen in steigendem Umfang Schmalz und Talg, Ölkuchen, Wein usw. Obst lieferte Frankreich allerdings 1938, da seine eigene Obsternte verhältnismäßig schlecht war, nur noch bedeutend weniger als in der gleichen Vorjahrszeit. Immerhin war sonst die Agrareinfuhr aus Frankreich fast durchweg gesteigert. Bei der Einfuhr industrieller Rohstoffe ergaben sich dagegen recht bemerkenswerte Rückgänge, so beispielsweise beim größten Posten, den Eisenerzen, von denen etwa 200 000 t weniger geliefert wurden. Mit der starken Zunahme der deutschen Eisenerzförderung geht der Bedarf an

Zahlentafel 2. Einige wichtige Posten der deutschen Einfuhr aus Frankreich (Jan. bis Sept.)

Warengruppe		1936	1937	1938
Schmalz und Talg	t	817	583	2 899
	Mill. RM	0,25	0,21	1,36
Obst	t	52	15 900	6 906
	Mill. RM	0,09	1,84	2,15
Oelkuchen	t	149	2 449	16 700
	Mill. RM	0,01	0,24	1,49
Wein	t	514	1 720	8 521
	Mill. RM	0,29	0,95	3,49
Wolle, Reißwolle	t	715	6 891	5 036
	Mill. RM	1,79	25,74	14,47
Felle und Häute	t	4 532	12 000	6 960
	Mill. RM	4,46	15,42	6,18
Eisenerze	t	5 300 000	4 216 000	4 038 000
	Mill. RM	27,41	25,56	28,84
Kunstseide	t	35	95	498
	Mill. RM	0,19	0,35	1,57
Wollgarn	t	46	39	471
	Mill. RM	0,26	0,23	1,9

französischen Eisenerzen, die den deutschen ähnlich, also ebenfalls „arme“ Erze sind, allmählich zurück. Von der französischen Textilausfuhr nach Deutschland waren nur noch die Kunstseide- und die Wollgarnlieferungen erhöht, während die von Wolle und Reißwolle nach dem Ausbau der deutschen Zellwollindustrie erheblich zurückzugehen beginnen.

Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich entwickelte sich sehr unterschiedlich. Im großen und ganzen kann man aber, wenn man von der Brennstoffausfuhr absieht, sagen, daß sich die Lieferungen von Anlagegütern nach Frankreich doch besser behauptet haben als die von Verbrauchsgütern, bei denen sich

Zahlentafel 3. Deutschlands Ausfuhr nach Frankreich (Jan. bis Sept.)

Warengruppe		1936	1937	1938
Steinkohlen	t	4 396 000	6 317 000	4 520 000
	1000 RM	45 619	71 108	58 000
Koks	t	1 141 000	1 766 000	795 000
	1000 RM	14 163	28 426	14 890
Stickstoffdüngemittel	t	452	12 600	44 400
	1000 RM	295	1 014	3 040
Papier und Pappe	t	6 827	7 141	3 542
	1000 RM	1 622	1 579	1 000
Teerfarbstoffe	t	271	206	233
	1000 RM	2 898	2 219	2 517
Stab- und Formeisen	t	5 977	5 263	2 591
	1000 RM	1 526	1 666	1 112
Kupferhalbwaren	t	1 489	2 078	1 427
	1000 RM	1 148	1 769	1 431
Kupferfertigkeiten	t	654	691	397
	1000 RM	3 321	3 264	2 056
Elektrotechn. Erzeugnisse	t	1 869	1 828	1 657
	1000 RM	9 217	8 394	6 093
Feinmech. u. optische Erzeugnisse	t	254	301	146
	1000 RM	3 828	4 275	2 659
Photochemische Erzeugnisse	t	120	175	168
	1000 RM	1 173	1 557	1 279
Pharmazeutische Erzeugnisse	t	115	127	53
	1000 RM	1 289	1 280	864
Musikinstrumente	t	157	167	118
	1000 RM	828	796	631
Spielzeug, Christbaumschnuck	t	507	568	305
	1000 RM	1 407	1 572	865
Papierwaren	t	1 197	1 241	655
	1000 RM	2 155	2 162	1 109

die zeitweise rückläufige Kaufkraft der französischen Bevölkerung am stärksten auswirkte.

Der Rückgang der Steinkohlenausfuhr beruht auf zwei Ursachen: Erstens hat sich im Zusammenhang mit dem

Konjunkturrückschlag in Frankreich der Brennstoffbedarf der französischen Industrie verringert, und zweitens macht die französische Kohlenwirtschaft alle Anstrengungen, die Förderung zu erhöhen, um die Einfuhr vermindern zu können. Nach langen Verhandlungen haben sich die französischen Bergarbeiter bereit erklärt, in der Zeit von Oktober 1938 bis Ende Februar 1939 elf Überschieben zu verfahren, wovon man sich eine Mehrförderung von 2 Mill. t Kohle verspricht, um die die Einfuhr gekürzt werden soll. An eine Steigerung der deutschen Steinkohlenlieferungen ist also nur dann zu denken, wenn sich der Brennstoffbedarf der französischen Industrie wieder einmal stärker bessern sollte.

In noch stärkerem Ausmaß gaben übrigens auch die deutschen Kokslieferungen nach Frankreich nach, weil gerade diese Ausfuhr die sehr schwere Depression in der französischen Eisenindustrie zu spüren bekam. Die französische Kokerzeugung läßt sich allerdings nicht so leicht steigern wie die französische Kohlenförderung, so daß hier, falls die Konjunktur wieder besser wird, wohl mit einem schnellen Aufstieg der französischen Bezüge aus Deutschland gerechnet werden kann.

Eine ausgesprochen günstige Entwicklung zeigte dagegen bis in die letzte Zeit hinein noch die Ausfuhr von Stickstoffdüngemitteln, für die die französische Landwirtschaft noch sehr aufnahmefähig ist. Jedenfalls steht diese in der Anwendung künstlicher Düngemittel noch weit hinter der deutschen zurück.

Zahlentafel 4. Deutschlands Maschinenausfuhr nach Frankreich (Jan. bis Sept.)

Maschinengruppe		1936	1937	1938
Werkzeugmaschinen	t	3 535	3 000	3 406
	1000 RM	5 851	5 967	80 97
Maschinen für die Textil- und Lederindustrie	t	2 156	2 391	1 651
	1000 RM	68 92	6 507	4 876
Landwirtschaftliche Maschinen	t	1 446	1 727	1 529
	1000 RM	1 334	1 384	1 086
Kraftmaschinen	t	1 151	1 044	1 259
	1000 RM	2 235	1 820	1 741
Papier- und Druckmaschinen	t	1 496	1 527	1 283
	1000 RM	2 829	4 047	2 417
Büromaschinen	t	98	148	143
	1000 RM	1 127	1 735	1 499
Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie	t	659	768	815
	1000 RM	1 686	1 771	1 805
Kraft- und Luftfahrzeuge	t	1 359	1 957	2 126
	1000 RM	3 610	3 839	3 153

Nicht ganz so unbefriedigend wie die Ausfuhr von Verbrauchsgütern entwickelte sich die Ausfuhr von Anlagegütern, vor allen Dingen von Maschinen. Hier sind zwar auch zum Teil Rückgänge festzustellen, aber immerhin gibt es doch auch eine Reihe von Warengruppen, bei denen Besserungen zu verzeichnen sind. Einen kräftigen Aufstieg erfuhr beispielsweise die Werkzeugmaschinenausfuhr, da die französischen Rüstungsbetriebe einen starken Mehrbedarf bekundeten. Ferner konnte noch die Ausfuhr von Kraftmaschinen mengenmäßig gesteigert werden. Wertmäßig ist allerdings hier infolge von Preisnachlässen ein kleiner Rückgang eingetreten. Der Ausbau der französischen Nahrungs- und Genußmittelindustrie hatte eine Erhöhung der Bezüge aus Deutschland zur Folge. Mengenmäßig gebessert war schließlich auch noch unsere Ausfuhr von Kraft- und Luftfahrzeugen. Wertmäßig ist jedoch hier aus demselben Grunde wie bei der Kraftmaschinenausfuhr ein Rückgang zu verzeichnen.

Das Bild, das wir hier von der Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich in den ersten neun Monaten des Jahres 1938 zeichnen mußten, ist also im großen und ganzen nicht besonders erfreulich. Der französische Markt hat jedenfalls infolge der konjunkturell ungünstigen Entwicklung viel von seiner Aufnahmefähigkeit eingebüßt, was nicht nur Deutschland, sondern auch alle übrigen nach Frankreich exportierenden Länder mehr oder weniger stark zu spüren bekommen. Man wird nun abwarten müssen, ob und in welchem Umfang gegebenenfalls der deutsch-französische Freundschaftspakt sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet belebend auswirken wird.

Schuren [3715]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Besteuerung von technischen Fortschritten als Mittel der Konjunkturpolitik. Von *Hans H. B. Petersen*. Leipzig 1938, Hans Buske. 214 S. Preis 7,60 RM.

Wenn die Ereignisse eine Abhandlung überholt haben, so besteht zum wenigsten die Gefahr einer ungerechten Beurteilung. Das ist bei der Maschinensteuer im engeren und bei der Besteuerung des technischen Fortschritts im weiteren Sinn der Fall, die hier in einer vor vier Jahren abgeschlossenen, verspätet erscheinenden Kieler Dissertation behandelt werden. Jetzt wo die positiven Wirkungen der wirtschaftlichen und technischen Förderung klar sind, jetzt wo das Problem der Erwerbslosigkeit umgeschlagen ist, würde kein Techniker und Wirtschaftler in Umkehr der Vorzeichen den Maschinenbau auch noch mit Prämien bedenken wollen, die über das Maß des mit der Konjunktur verbundenen, auch bei Preiskonstanz entstehenden Gewinns hinausgehen. Theoretisch hat inzwischen das Problem der „Konjunktursteuerung durch Steuerpolitik“ in der Wirtschaftswissenschaft einen breiten Raum eingenommen, sei es in Verfolgung der von *Keynes* eingeschlagenen Wege, sei es in selbständiger technischer Methodik wie bei *Föhl* (Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf), der an das Sankey-Diagramm anschließt. Glücklicherweise nimmt das Kapitel von der Besteuerung nur ein Achtel der Untersuchung in Anspruch. Hauptsächlich setzt sich der Verfasser mit den Arten des technischen Fortschritts auseinander. Auch hier kommen Entgleisungen vor, die berichtigt werden müssen, so wenn erwähnt wird, daß 550 000 Erwerbslose in der Maschinenindustrie 2 000 000 primär und sekundär technisch bedingten Erwerbslosen in den nachfolgenden Industrien gegenüberstehen, und daß „bei richtiger (!) Mischung aller durchgeführten technischen Fortschritte weder die einen noch die andern erwerbslos geworden wären“. Das ist entweder eine im Begriff „richtig“ liegende Binsenwahrheit, oder es ist ein Mißverstehen der Arbeitslosigkeit und ihrer Bedingungen, was ja ebenfalls durch die Entwicklung der Tatsachen erhellt wurde.

Im übrigen ist die Abhandlung über die Arten und Stufen des technischen Fortschritts lobenswert, wenngleich in der heute etwas veraltet erscheinenden — zum großen Teil nicht sanktionierten — Literatur wiederum grundlegende Untersuchungen fehlen (z. B. *Voigt*, Technische Ökonomik 1912). Vor allem ist auch die Fundgrube der patentrechtlichen Literatur über technischen Fortschritt ungenutzt.

Mit diesen Mängeln spiegelt das flüssig geschriebene Buch die in der Wirtschaftslehre vorherrschende Meinung über den technischen Fortschritt wieder und mahnt dazu, daß die Technik alle Hebel ansetzt, um Verständnis für ihr Wesen zu schaffen und den Erfolg der geistigen Revolution auszuweiten, die verhindern sollte, daß die Technik weiter zum Sündenbock der politischen und wirtschaftlichen Fehler gemacht wird. *Waffenschmidt*-Heidelberg [3682]

Aphorismen zur Wirtschaftsweisheit. Von *Paul Bang*. Göttingen 1937, Vandenhoeck & Ruprecht. 240 S. Preis 8,50 RM.

Wenn man diese Aphorismen zum erstenmal durchsieht, glaubt man wohl, einen Zitatenschatz in der Hand zu haben, wie etwa den *Büchmann*. Bei näherem Zusehen merkt man aber doch bald, daß dem Verfasser daran liegt, in diesen nur scheinbar bunt zusammengewürfelten Sätzen eine ganz bestimmte Wirtschaftsauffassung zum Ausdruck zu bringen, die gleiche Auffassung, die er schon in seinen früheren systematischen Arbeiten wie Volkswirtschaft und Volkstum, Deutsche Wirtschaftsziele, Organische Wirtschaft und andern vertreten hat. Aus der immer wieder zum Ausdruck kommenden Überzeugung, daß es in der Wirtschaft auf die Leistungsfähigkeit und den Arbeitswillen des Volkes ankommt, und daß ein noch so ungünstiges Schicksal sich durch einen unbeugsamen Willen überwinden läßt, ergibt sich ein tiefes Mißtrauen gegen jede lebensfremde Theorie, die mit ihren Scheingesetzen die Entfaltung der schöpferischen Wirtschaftstätigkeit hindert. „Bereits *Friedrich List* hat erkannt“, heißt es in einem der Sätze, „daß es eine auf alle Völker und alle Zeiten anwendbare

Wirtschaftstheorie nicht gibt“. Daraus darf man aber nicht schließen, daß der Verfasser die wirklichen Gesetze nicht gelten lassen will, welche die wirtschaftlichen Erscheinungen bestimmen. „Mißhandelte Wirtschaftsgesetze“, schreibt er, „treiben unbarmherzig ihre Forderungen ein“; und an einer andern Stelle: „Wer sich von den Gesetzen wirtschaftlicher Dynamik befreit glaubt, ist entweder ein Dummkopf oder ein Schwindler“.

Wenn man die Sätze liest, die der Verfasser über die Notwendigkeit der natürlichen Auslese, über das Leistungsprinzip als sittliches Grundgesetz der Wirtschaft und über die Berechtigung des ehrlich erworbenen Besitzes zusammengestellt hat, wird der Titel „Aphorismen zur Wirtschaftsweisheit“ nicht zu anspruchsvoll erscheinen. In einzelnen späteren Abschnitten nehmen die Sätze oft die Gestalt ausführlicher, sorgfältig formulierter Thesen an, die zum Nachdenken und zum Teil auch zur Auseinandersetzung mit dem Verfasser anregen. Nicht immer wird man sich seiner Auffassung vorbehaltlos anschließen können, wie etwa bei den Sätzen, welche die Wirkung der Steuer behandeln, oder bei der Bestimmung des Begriffes Kapitalismus.

Den Ingenieur wird das, was der Verfasser über Überproduktion, Maschinen und Leistungswirtschaft zu sagen hat, besonders interessieren. Hier bekennt er sich dazu, daß die Maschine der größte Wohltäter der Menschheit ist, und daß eine Einschränkung der Maschinenarbeit Verteuerung des Verbrauchs bedeutet.

Der Verfasser hat die Form der Aphorismen gewählt, weil er glaubt, daß langatmige Darlegungen heute auf wenig Verständnis stoßen. Es ist vielleicht nicht jedermanns Sache, aus einer solchen Zusammenstellung einzelner Sätze zu lernen. Sicher aber wird manche scharf herausgearbeitete Formulierung dem Leser besser im Gedächtnis haften als eine ausführliche Beweisführung. So darf dieses Buch zweifellos als ein wertvoller Schritt auf dem Wege zu einer gesunden wirklichkeitsnahen Wirtschaftsauffassung betrachtet werden.

Dr. *Föhl* [3631]

Industrielles Rechnungswesen

Grundsätze der Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen bei privaten Unternehmungen, insbesondere Aktiengesellschaften. Bearbeitet von *Carl Wirtz*. Berlin 1938, Julius Springer. 93 S. Preis 5,40 RM.

Die als Heft 4 der neuen Folge der Schriftenreihe „Der Wirtschaftsprüfer“ herausgegebene Schrift stellt einen begründeten Beitrag zur Frage der Behandlung von Pensionsverpflichtungen dar. Nach einer Übersicht über die bisherige Entwicklung des Problems und seine Behandlung in Wirtschafts- und Berufskreisen gibt das aus der Facharbeit des Instituts der Wirtschaftsprüfer hervorgegangene Werk die einzelnen Referate wieder, welche zur Vorbereitung der Aussprache im großen Fachrat des Instituts der Wirtschaftsprüfer vorgelegt worden sind. Hierdurch wird ein klarer Einblick in die Entstehungsgeschichte des bekannten Gutachtens des großen Fachrats vom 3. Juni 1937 gegeben und offengelegt, welche rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Gedankengänge bei seiner Abfassung eine Rolle gespielt haben. Dabei kommen nicht nur die Befürworter einer Passivierungspflicht von Pensionsverbindlichkeiten zu Wort, sondern auch die Argumente der Gegenseite werden wiedergegeben.

Eine wertvolle Ergänzung stellt die sich hieran anschließende Erörterung der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung der Pensionszusagen sowie ihrer Behandlung in der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes dar. Vervollständigt wird schließlich die Schrift durch eine mit zahlreichen Tabellen versehene Übersicht über die Berechnungsgrundlagen für Pensionsverpflichtungen, welche insbesondere dem Praktiker wertvolle Hinweise gibt. Den Abschluß bildet der Wortlaut des Gutachtens des Instituts der Wirtschaftsprüfer über die Passivierung von Pensionsverpflichtungen in alter und neuer Fassung.

Die sorgfältig zusammengestellte Arbeit kann allen an diesem wichtigen Problem interessierten Kreisen warm empfohlen werden. Rechtsanwalt Dr. *H. Koehler*, Berlin [3649]

Leitsätze zur Buchführung und Bilanzierung. Von *Erhardt Wieland*. Hamburg 1937, Hanseatische Verlagsanstalt. 82 S. Preis 2,80 RM.

Allgemeine Bilanzkunde. Von *Heinr. Knoll*. Arbeit und Wissen. Bd. 4. München und Berlin 1938, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 110 S. Preis 2,80 RM.

Beide Schriften machen es sich zur Aufgabe, in möglichst einfacher, gemeinverständlicher Form über das Wesen der Bilanz und über den Weg bis zur Bilanzierung zu unterrichten. In der Arbeit von *Wieland* sind die alten Kennwörter wie „Soll“ und „Haben“ ausgeschaltet und durch mathematische Zeichen ersetzt. Das Büchlein von *Knoll* setzt allgemeine Buchführungskenntnisse voraus; die zum Verständnis erforderlichen Buchungen sind in Kontenbildern veranschaulicht. f [3708]

Die Vorschriften über Preisbildung und Warenregelung. II. Teil: Eisen- und Metallwirtschaft. — Unedle Metalle. — Eisen und Stahl. — Edelmetalle. — Kohle und Salz. — Technische Erzeugnisse. Von *C. Mölders*, Berlin 1937, Verlag Hermann Luchterhand. — ErgänzungsLieferungen I bis 22.

Im Anschluß an die Besprechung des II. Teiles in dieser Zeitschrift (1938 Heft 1 S. 27) darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß durch die Blätter der Ergänzungslieferungen, die den jeweiligen amtlichen Bekanntgaben der neuen Anordnungen im Reichsanzeiger in kürzester Frist folgen, das Hauptwerk stets auf dem laufenden gehalten wird. Mit der Ergänzungslieferung 22 sind alle neuen Anordnungen bis etwa einschließlich November 1938 erfaßt.

Damit genügt das Schriftwerk voll allen den Anforderungen, die an ein solches gestellt werden müssen. Man kann es deshalb nach wie vor aufs beste empfehlen.

M. Philipp VDI [3709]

Rohstoffwirtschaft

Das deutsche Rohstoffwunder (Wandlungen der deutschen Rohstoffwirtschaft). Von *Anton Lübke*. 2. Aufl. Stuttgart 1938, Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Forkel & Co. 556 S. mit vielen Bildern und statistischen Tafeln. Preis 9,80 RM.

Die Schrift, die anregend und klar die gewaltige Aufgabe des Rohstoffproblems im Rahmen des Vierjahresplanes aufreißt, hält weit mehr, als ihr Titel verspricht. Ein begrüßenswertes Buch, das in mustergültiger, überaus klarer und gemeinverständlicher Sprache eine Übersicht über die Möglichkeiten und Verwendung der deutschen Rohstoffe für die Bedürfnisse der Wirtschaft gibt. Dies allein beweist schon die Nützlichkeit und den Wert des Buches, das auf den neuesten Forschungen fußt und in sachlichster Kürze alles umfaßt, was jeder von den Grundzügen deutscher Rohstoffproblematik wissen muß. *Lübke* ist ein Meister der zusammenfassenden Schilderung, der es vortrefflich versteht, das, was einzelne erforschten, aufdeckten und wahrscheinlich machten, nun in allgemeinen, faßlichen und zusammenfassenden, übersichtlichen Darlegungen populär zu machen. Was die Schrift *Lübkes* besonders wertvoll macht, ist ein übersichtliches Sachregister, das dem Interessenten den Weg zum Selbst- und Weiterarbeiten auf diesem Gebiet außerordentlich erleichtert. Es füllt eine lange empfundene Lücke bestens aus, und so ist zu wünschen, daß es von vielen oft zu Rate gezogen wird.

Fr. W. Landgraber [3655]

Kalender

Kalender 1939

Außer dem in dieser Zeitschrift 31 (1938) S. 348 bereits besprochenen „Kalender der Technik“, der in diesem Jahr zum erstenmal erscheint und wegen seines interessanten technischen und geschichtlichen Inhaltes seines künstlerisch gelungenen Aufmachung besondere Beachtung findet, sei noch auf drei Kalender verwiesen, die für unsern Leserkreis in Frage kommen.

Der Reichspostkalender¹⁾ ist wieder auf Kundendienst eingestellt, d. h. er unterrichtet in weitestem Umfang über die

zahlreichen Einrichtungen, mit denen die Reichspost den Forderungen im neuzeitlichen Nachrichtenverkehr, aber auch in der Beförderung von Personen und Gütern nachkommt.

Der Reichsbahnkalender²⁾ hat zum Leitwort „Reichsbahn und Landschaft“ gewählt, wobei besonders die Darstellungen aus den neuen Gebieten des Großdeutschen Reiches begrüßt werden dürften.

„Technik voran“³⁾, für die Jugend bestimmt, enthält außer dem Kalenderteil wertvolle kleine Abhandlungen auf volklichem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet, dazu nützliche mathematische, physikalische und allgemeine Tabellen.

rt [3717]

²⁾ Deutscher Reichsbahn-Kalender 1939. 13. Jahrgang. Herausgegeben vom Pressedienst des Reichsverkehrsministeriums. Leipzig 1938, Konkordia-Verlag Reinhold Rudolph. 160 Blatt. Preis 2,80 RM (Abreißkalender).

³⁾ Technik voran! Jahrbuch mit Kalender für die Jugend 1939. Herausgegeben vom Deutschen Ausschuß für technisches Schulwesen. Leipzig und Berlin 1939, B. G. Teubner. 232 Seiten mit Bildern und einer Karte. Preis 0,95 RM.

Aus andern Zeitschriften

Ingenieur und Geopolitik. *Deszö Molnar*. Zeitschrift für Geopolitik 15 (1938) H. 12 S. 980/86.

Anregende Betrachtungen über die Zusammenhänge zwischen Technik und Geopolitik. Als Beispiel ihrer Wechselwirkungen dient das Verkehrswesen. Wirtschaftlicher Investitionsdrang sei heute Grund des Expansionsstrebens der Völker. Die Expansionskraft sei als Quotient zwischen freiem Kapital und freier Arbeitskraft in den nationalen Volkswirtschaften aufzufassen. — Der Einfluß der Technik auf die Entwicklung dieser Faktoren und ihre großen nationalen Aufgaben werden am Beispiel des heutigen Ungarn geschildert.

Die Normalkostenrechnung als Hilfsmittel der Kostenauswertung. *A. Müller*. Archiv für das Eisenhüttenwesen 12 (1938/39) H. 6 S. 309/14.

Rechnerische und tatsächliche Einflüsse, die Ungenauigkeiten und Schwankungen der Kostenrechnung verursachen. Analyse der Kostenschwankungen: Verfahren der Kostenauswertung, Normalisierung der Kosten, d. h. Aufstellung von Normkosten an Hand sicherer Erfahrungswerte. Unterschied zwischen Vollnormalisierung und Normalisierung der Gemeinkosten (Normalzuschlagsrechnung). Aufstellung der Normkosten, vergleichende Auswertung von tatsächlichen Kosten und Normalwerten. Kosten, die dem einzelnen Kostenträger unmittelbar zugerechnet werden können, werden unter Anwendung statistischer Verfahren verarbeitet, Gemeinkosten nach buchhalterischen. Die Unterschiede zwischen den tatsächlichen Stellenkosten und den unter Belastung mit Normalzuschlägen errechneten werden in einen Teil zerlegt, der beschäftigungsgradabhängig ist, und einen Rest, der von andern Einflüssen abhängt; der letzte Teil wird wiederum durch Vergleich mit den Normalwerten nach einzelnen Kostenarten zerlegt. Daraus wird eine laufende Betriebsüberwachung und eine Überprüfung der Normkostensätze selbst entwickelt.

Kopfleistung und Arbeitsplanung. *K. Rummel*. Stahl und Eisen 58 (1938) H. 44 S. 1200/12, 12 Abb.

Betrachtung über die Grundlagen der Arbeitsplanung zum Zwecke der Steigerung der Leistung je Gefolgschaftsmitglied. Betriebswirtschaftliche und technische Maßnahmen zur Erhöhung der Kopfleistung. Statistische Untersuchungen und Belege über Arbeiterzahl und Kopfleistung in der Großeisenindustrie. Mechanisierung wird bei Hochöfen und Stahlwerken keine erheblichen Leistungssteigerungen mehr bewirken können; bei Walzwerken und Hilfsbetrieben, die auch an sich einen größeren Anteil an Arbeitern haben, kann noch eine nennenswerte Steigerung erreicht werden.

Steuerverbuchen bei bilanzierenden Einkommen- und Vermögensteuerpflichtigen. Reg.-Rat Dr. *Aufermann*. Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung 32 (1938) H. 11 S. 481/500.

Beseitigung vieler Zweifelsfragen bei der Verbuchung von Steuern. Steuerschuldentstehung und Abzugsfähigkeit werden vorweg behandelt, dann die Fragen der Verbuchung von Steuern bei der Einkommensteuerbilanz: Abzugsfähigkeit, Verbuchung der Steuerzahlung, der Steuerschuld und u. U. der Steuerückvergütung. — Die Verbuchung von Steuerschulden bei der Vermögensteuerbilanz wird unter Berücksichtigung wichtiger neuer Entscheidungen und der Verordnung vom 27. 12. 1937 erläutert. BH.

¹⁾ Deutscher Reichspost-Kalender 1939. 11. Jahrgang. Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministeriums. Leipzig 1938, Konkordia-Verlag Reinhold Rudolph. 128 Blatt. Preis 2,80 RM. (Abreißkalender).

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR INDUSTRIELLEN VERTRIEB DES VDI

Neue Wege in der Maschinenausfuhr

Von G. A. LANGEN, Berlin

Im Interesse einer gesteigerten Maschinenausfuhr und Devisenbeschaffung dürften die nachstehenden Ratschläge sicher für die deutschen Maschinenfabriken wertvoll sein.

1. Industrialisierung der Weltmärkte und deutsche Ausfuhr

Die nicht aufzuhaltende Tatsache, daß auch die einstigen Rohstoff- und Agrarländer immer mehr industrialisiert werden und sich dadurch von der Einfuhr von Verbrauchsgütern unabhängig machen wollen, erschwert der deutschen Fertigwarenindustrie auf vielen Gebieten das Geschäft. Immer häufiger werden die Klagen, daß unsere Preise gegenüber den ausländischen Mitbewerbern zu hoch sind, besonders wenn das Ausland mit billigeren Löhnen rechnen kann. Die Folge der Industrialisierung des Auslandes ist notwendigerweise eine Umstellung unserer Ausfuhr.

Um einen Ersatz für ausfallende Absatzmöglichkeiten auf dem Gebiet der Fertigwaren, besonders der Waren minderer Güte, die das Ausland selber herstellen kann, zu schaffen, muß sich die deutsche Industrie auf die neuen Bedürfnisse einstellen, die die Industrialisierung der Auslandsmärkte mit sich bringt. Wohin wir früher billigen Kattun liefern konnten, werden wir künftig Textilmaschinen liefern müssen, und wo wir früher für Eisenwaren Käufer fanden, werden wir uns um Absatz von Bergwerksmaschinen, Stahl- und Hüttenanlagen, Walzwerken und Werkzeugmaschinen bemühen müssen, um im Auslandsgeschäft zu bleiben und Devisen hereinzubekommen. Es ist damit keineswegs gesagt, daß nun unsere Fertigwarenindustrie keine Zukunft mehr auf den Auslandsmärkten hat. Die Erfahrung hat immer wieder gelehrt, daß industrialisierte Länder zwar für viele Waren, die sie selber herstellen, als Käufer ausfallen, dafür aber für höherwertige Fertigwaren kaufkräftiger werden; denn in reinen Agrar- und Rohstoffländern pflegt der Lebensstandard sehr niedrig zu sein, sich aber bald zu heben, wenn durch die Industrie neue Kaufkraft geschaffen wird. Der höher entlohnte Fabrikarbeiter hat auch höhere Lebensansprüche als der niedrig entlohnte Plantagenkuli. Und da die junge Industrie meistens mit der Erzeugung einfacher Verbrauchsgüter beginnt, ist die Einfuhr höherwertiger Güter aus Ländern mit einer hochentwickelten und spezialisierten Industrie notwendig.

Unsere Ausfuhr wird sich deshalb immer mehr auf Arbeitsgebiete umlagern, die ein besonders hohes Maß an Wissen und Können, an Erfindungsgabe und technischer Leistungsfähigkeit erfordern. War früher die Technik ein Primat des weißen Mannes, so sehen wir heute, daß auch die farbige Welt sich der Technik bemächtigt. Neben den führenden Industrieländern Deutschland, England und USA ist neuerdings auch Japan eine Industriemacht ersten Ranges geworden, die durch die Beherrschung der Technik jetzt ein gewaltiges asiatisches Imperium schaffen will, um zugleich durch neue Rohstoffquellen und Millionenmassen von Arbeitskräften unter Anwendung modernster Technik eine wirtschaftliche Vormachtstellung zu erringen. Zahlreiche Länder, die bisher noch um Jahrhunderte in ihrer Entwicklung zurücklagen, haben (wie z. B. die Türkei, Iran, Ägypten) durch eine zielbewußte Industrialisierung den Sprung in die Neuzeit, in das Zeitalter der Technik getan. Große Fabrikanlagen, Stahlwerke in Indien, Textilbetriebe am Nil, Flugzeugfabriken in Kanada, Walzwerke in Australien und Südafrika, sind beispielhafte Kennzeichen des Strukturwandels der Weltwirtschaft. Der Wettbewerb um die Auslandsmärkte wird immer heftiger und mit allen Mitteln — fairen und unfairen — geführt; denn hier handelt es sich um einen erbitterten Kampf ums Dasein, da Aufträge Arbeit und Brot bedeuten. Es wäre sinnlos, in Verkenntung dieser Sachlage Waren ausführen zu wollen, die das Ausland selber ebenso gut, aber billiger herstellen kann; denn die jungen Industrien im Ausland wollen mit allen Mitteln ihr Daseinsrecht verteidigen. Wir wollen und können auch nicht ein Valuta- oder Lohndumping anwenden, weil dadurch der Lebensstandard unseres Volkes unerträglich gesenkt würde. Unsere Stärke liegt auf einem andern Gebiet, und zwar in unserer Erfindungsgabe und Beherrschung der Technik.

2. Die deutsche Maschinenausfuhr

Man hat der deutschen Maschinenindustrie oft von seiten der Fertigwarenindustrie den Vorwurf gemacht, daß sie selbst durch ihre Ausfuhr die Industrialisierung des Auslandes beschleunige und dadurch der deutschen Fertigwarenindustrie neue Mitbewerber im Ausland heranzüchte. Dieser Vorwurf sollte nur mit allergrößter Vorsicht erhoben werden; denn es darf nie vergessen werden, daß wir nicht ein Monopol der Technik haben, da auch andere Länder Maschinen bauen und an das Ausland zu liefern gewillt sind. Würde der deutsche Maschinenbau keine Maschinen an das Ausland liefern, dann würden es bestimmt die Amerikaner, Engländer, Franzosen, Schweizer, und wer sonst noch Maschinen liefern kann, tun; ja auch die japanische Maschinenindustrie tritt bereits auf den Auslandsmärkten auf, so daß zwar der deutsche Maschinenbau auf das Auslandsgeschäft verzichten würde, die deutsche Fertigwarenindustrie aber trotzdem zusehen müßte, wie neue Mitbewerber auf den Auslandsmärkten entstehen.

Je größer der Absatz für den deutschen Maschinenbau ist, um so leistungsfähiger kann er auch sein, um so größere Serien können gebaut werden, um so mehr Erfahrungen können gesammelt werden — alles Vorteile, die auch der deutschen Fertigwarenindustrie als Käufer von Maschinen zugute kommen. Andernfalls würde auch die große Gefahr technischen Stillstandes eintreten, sowohl auf seiten des Maschinenbaues wie auch der deutschen Fertigwarenindustrie. Immer noch gilt das Sprichwort: „Konkurrenz macht lustig!“ Die größte Gefahr angesichts der schnellen Entwicklung der Welt besteht in der geistigen Passivität, in der Beharrung beim Alten, in der Angst vor Neuerungen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß der deutsche Maschinenbau ohne Rücksicht auf die heimische Industrie und nationale Interessen exportieren soll. Deutschland wird und muß auf manchen Gebieten Herstellungsverfahren und dazu notwendige Maschinen und Apparate erfinden und anwenden, die uns einen Vorsprung vor dem ausländischen Wettbewerb ermöglichen und dann auch als Monopol so lange für Deutschland geschützt werden müssen, wie es nur geht. Dann aber muß auch die deutsche Fertigwarenindustrie dem Maschinenbau ein entsprechendes Äquivalent bieten, damit er auf die Ausfuhr in diesen Fällen verzichten kann, ein Gedanke, der auch dem deutschen Käufer verständlich sein muß, wenn er Wert darauf legt, daß die von ihm gekauften Maschinen keinem ausländischen Mitbewerber geliefert werden dürfen. Im übrigen sorgen ja auch behördliche Vorschriften für die Interessenwahrung der deutschen Industrie und Landesverteidigung.

Betrachtet man nun die deutsche Maschinenausfuhr im Rahmen der Gesamtausfuhr Deutschlands (Zahlentafel 1), so erkennt

Zahlentafel 1. Die deutsche Ausfuhr

Werte in 1000 RM nach den Zahlen des Statistischen Reichsamts

Ausfuhrgruppe	1934	1935	1936	1937
Lebende Tiere . .	3 767	2 929	2 613	2 859
Lebensmittel und Getränke . . .	117 098	74 990	85 002	85 973
Rohstoffe u. halbfertige Waren .	790 264	773 758	878 280	1 120 838
Fertige Waren . .	3 255 749	3 417 990	3 802 260	4 699 955
davon Maschinen	532 801	547 118	642 015	809 990
Ausfuhr im reinen Warenverkehr .	4 166 878	4 269 667	4 768 155	5 910 975

man, daß deutsche Maschinen eine bedeutende Rolle spielen. Wir sehen, daß die Ausfuhr von Lebensmitteln und Tieren keine steigende Tendenz hat, aus Gründen, die sehr verständlich sind. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren stieg vom Jahr 1934 bis 1937 von 790 Mill. RM auf 1121 Mill. RM, also um 41,84%. So erfreulich an sich diese Zunahme ist, so ist aber dabei zu bedenken, daß Deutschland ein viel größeres Interesse daran hat, Rohstoffe soweit wie nur irgend möglich selbst zu verarbeiten und zu veredeln, um Maximalwerte aus den Rohstoffen zu schaffen, so daß die Ausfuhr von Fertigwaren willkommener ist, um so mehr, je mehr deutsche Arbeit in der Fertigware enthalten ist. Dann können wir um so mehr Auslandswaren und Rohstoffe gegen

unsere Arbeit austauschen und dadurch auch den eigenen Lebensstandard heben. Die Ausfuhr der Fertigwaren hob sich von 3256 Mill. RM (1934) auf 4700 Mill. RM (1937), also um 44,35 %. Die Maschinenausfuhr hat innerhalb der Fertigwarenausfuhr einen immerhin ansehnlichen Anteil von rd. 16 bis 17 %. Die Ausfuhrsteigerung betrug bei Maschinen 52 % (533 Mill. RM im Jahre 1934 auf 810 Mill. RM im Jahre 1937). Vielleicht kommt bald die Zeit, in der der deutsche Maschinenbau die Milliardenengrenze der Ausfuhr überschreitet. Die Vergleichszahlen der deutschen Maschinenausfuhr (Zahlentafel 2) zeigen in manchen Gattungen außerordentliche Steige-

Zahlentafel 2. Die deutsche Maschinenausfuhr

Maschinengattung	Werte in 1000 RM			
	1934	1935	1936	1937
Werkzeugmaschinen einschl. Walzwerkanlagen . . .	87 038	78 152	148 213	209 133
Maschinen für Spinnstoff-, Leder- u. Lederwarenindustrie . . .	77 155	76 874	123 363	136 048
Landwirtschaftliche Maschinen . . .	9 288	9 099	22 977	29 604
Dampflokomotiven	2 107	9 789	11 835	15 083
Kraftmaschinen	55 051	54 970	51 781	66 362
Pumpen, Druckluftmaschinen	16 073	16 841	28 379	38 099
Fördermittel	11 235	13 572	11 175	18 104
Papier- u. Druckmaschinen	32 205	41 132	55 302	67 648
Büromaschinen	12 879	15 659	23 424	29 387
Maschinen für Nahrungs- und Genußmittelindustrie	18 243	13 304	31 792	35 908
Sonstige Maschinen	181 312	188 166	98 409	119 848
Insgesamt	502 586	517 558	605 650	765 224

rungen der Umsätze. So erfreulich auch diese Ergebnisse an sich sind, sie dürfen nicht zu dem Trugschluß führen, daß alle Möglichkeiten für unsere Maschinenausfuhr erschöpft sind, oder daß es keiner weiteren Anstrengungen mehr bedarf, die Ausfuhr noch weiterhin zu pflegen. Ganz abgesehen davon, daß die deutsche Volkswirtschaft, wie von der Regierung mit stärkstem Nachdruck immer wieder betont wird, aus wirtschaftspolitischen Gründen dringend Devisen braucht und ein Nachlassen unserer Ausfuhrarbeit zugleich auch schwerwiegende Schädigungen anderer Nationalwirtschaften zur Folge haben würde (da wir dann auch nicht mehr aus dem Ausland im gewünschten Maße kaufen könnten) — ganz abgesehen von diesen allgemeinen Gründen muß jeder Betrieb im eigensten Interesse seine Auslandsverbindungen pflegen und erweitern, um durch eine möglichst große und vielverzweigte Absatzorganisation „krisenfest“ zu werden.

Die Einstellung auf einen einzigen Markt hat immer gewisse Gefahren, wenn Rückschläge eintreten. Man kann dann nicht über Nacht neue Absatzgebiete erschließen. Für die Bilanz eines Unternehmens ist aber nicht nur das „Greifbare“ zu bewerten, sondern auch die Kundschaft ist ein sehr wichtiger Posten; denn ohne Kundschaft sind auch Maschinen, Gebäude und Vorräte tot und keine „Rentenquelle“. Je zahlreicher aber die Absatzkanäle sind, um so gesicherter ist auch der regelmäßige „Betrieb“ eines Unternehmens.

3. Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Maschinenausfuhr

Während manche Fertigwarenindustrien infolge der Industrialisierung der Weltmärkte mit kaum überwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und die ausländischen Absatzgebiete durch Schutzzölle oder durch den Wettbewerb niedervalutarischer oder mit Kulilöhnen arbeitender Betriebe versperrt finden, so daß nur die Wahl zwischen Verzicht auf Export oder Umstellung auf andere Erzeugnisse oder neue und bessere Herstellungsverfahren übrig bleibt, findet der Maschinenbau in der Welt ein sich ständig erweiterndes Absatzfeld. Es gibt kaum ein Land, das auf der alten Stufe stehenbleiben will. Die Entwicklung des Verkehrs, Eisenbahn, Kraftwagen, Flugwesen, Schiffsverkehr, ja auch des Rundfunks und des Kinos tragen ungemein dazu bei, neue Lebensansprüche zu wecken, die nur durch eine Industrialisierung,

also durch Maschinen, zu befriedigen sind. Der Bedarf an Maschinen wird in Zukunft noch stärker werden. Das Ausland wird immer mehr dazu übergehen, die eigenen Rohstoffe industriell zu verwerten. Auch die Zahl der Menschen vergrößert sich von Jahr zu Jahr und sucht Arbeit, um den Lebensstandard zu erhöhen. Dann werden auch komplizierte und hochwertige Maschinen in steigendem Umfang selbst von den Ländern gebraucht werden, die heute noch keinen Bedarf dafür haben, weil sie noch nicht über die notwendige technische Bildung verfügen. Natürlich werden die Absatzmärkte immer heiß umstritten werden. Es werden auch neue Mitbewerber auftauchen; so ist z. B. in Japan bereits eine sehr gut entwickelte Maschinenindustrie vorhanden. Der deutsche Maschinenbau wird, ähnlich wie es bei der Fertigwarenindustrie schon heute der Fall ist, immer mehr die Ausfuhr hochwertiger Maschinen fördern müssen, wenn die einfachen Maschinen im Ausland selbst sogar von farbigen Facharbeitern geliefert werden können.

Betrachtet man die Umsätze nach den verschiedenen Ländern (beispielsweise in Werkzeugmaschinen, Zahlentafel 3), so fällt auf, daß einige Länder einen überraschend großen, andere

Zahlentafel 3. Ausfuhr deutscher Metallbearbeitungsmaschinen (Zolltarif 904,a)

Einfuhrland	Werte in 1000 RM			
	1934	1935	1936	1937
Europa				
Belgien	902	1 631	2 354	2 166
Luxemburg	42	40	139	77
Bulgarien	113	581	349	438
Dänemark	830	709	877	1 091
Danzig	24	96	101	285
Polen	749	1 225	2 260	5 542
Estland	35	55	195	273
Finnland	286	472	654	1 292
Frankreich	4 842	4 249	5 856	6 853
Griechenland	155	317	1 196	1 473
Großbritannien	7 297	7 797	13 583	21 213
Irischer Freistaat	68	70	196	110
Italien	5 358	13 660	11 583	16 885
Jugoslawien	201	366	875	7 488
Lettland	230	326	578	376
Litauen o. M.	102	20	56	277
Memelland	—	—	—	28
Niederlande	2 097	1 781	2 923	4 666
Norwegen	599	646	1 029	1 247
Österreich	598	941	1 795	2 721
Portugal	198	220	234	181
Rumänien	596	1 489	1 673	9 600
Schweden	2 154	2 744	5 266	6 045
Schweiz	4 057	2 340	2 054	3 398
Spanien	823	1 074	861	541
Tschechoslowakei	1 105	1 900	3 111	6 011
Türkei	316	746	1 556	869
Ungarn	405	1 043	4 024	4 183
UdSSR	23 339	7 946	42 153	45 521
Afrika				
Ägypten	156	106	143	130
M. v. D. Ostafrika	36	31	30	24
M. v. D. Südwestafrika	—	—	—	13
Goldküste	—	—	—	14
Rhodesia	—	—	—	13
Union v. Südafrika	7 343	498	1 011	1 281
Algerien	6	47	—	13
Übriges Spanisch-Afrika	—	—	—	10
Asien				
China	1 529	2 909	2 135	2 480
Irak	—	—	—	12
Iran	787	805	553	2 272
Japan	7 786	5 300	5 544	9 424
Manchukuo	—	—	—	141
Siam	20	43	49	168
Brit.-Indien	413	1 318	532	1 948
Brit.-Malaya	18	12	21	101
Hongkong	—	61	26	459
M. Palästina	374	471	155	95
Indochina	—	—	—	11
Niederl.-Indien	191	332	174	654

Einfuhrland	Werte in 1000 RM			
	1934	1935	1936	1937
Amerika				
Philippinen	—	21	26	39
USA	574	455	1 173	1 263
Kanada	32	41	121	98
Argentinien	943	1 283	1 454	2 149
Bolivien	—	18	15	17
Brasilien	1 483	1 805	3 319	3 480
Chile	84	141	359	1 084
Kolumbien	118	59	272	195
Kuba	—	35	22	20
Mexiko	150	153	231	547
Equador	13	—	18	—
Guatemala	7	—	23	—
Paraguay	—	—	—	41
Peru	14	69	107	132
El Salvador	—	—	—	23
Uruguay	35	70	243	199
Venezuela	23	10	35	53
Australien				
Australischer Bund	737	771	1 182	1 549
Neuseeland	7	26	35	67
Insgesamt:				
in 1000 RM	81 261	71 537	126 700	181 181
Stück	212 489	240 813	389 952	347 558
Gewicht dz	616 137	435 472	732 166	1 023 634

dagegen einen überraschend kleinen Umsatz machen. Die Rangordnung unserer Werkzeugmaschinenausfuhr wird weniger vom Bedarf, von der Aufnahmefähigkeit und Bedeutung, als von der Wirksamkeit unserer Verkaufsorganisation in den betreffenden Ländern diktiert. Gewiß spielen auch noch andere Umstände politischer und handels- oder devisenpolitischer Art eine Rolle. Es mutet jedoch seltsam an, daß beispielsweise Länder mit verhältnismäßig kleinem Bedarf an Werkzeugmaschinen, wie Rumänien und Jugoslawien, weit höhere Beiträge für deutsche Werkzeugmaschinen ausgeben als Länder mit verhältnismäßig großem Maschinenbedarf und auch größerer industrieller Bedeutung, beispielsweise Südafrika, British-Indien, Argentinien, Australien, Brasilien oder gar Kanada. Besonders deutlich wird der Unterschied, wenn man sich vor Augen hält, daß die deutsche Werkzeugmaschinenausfuhr nach Kanada nur 0,7% der gesamten kanadischen Werkzeugmaschineneinfuhr deckt. Untersucht man die Gründe, dann kann man nur als Ursache feststellen, daß Kanada von den deutschen Werkzeugmaschinenfabriken bisher noch bei weitem nicht genügend bearbeitet worden ist, wie einmal an anderer Stelle nachgewiesen werden soll¹⁾. Wenn andererseits das kleine Ungarn für sich allein soviel bezieht wie USA, Kanada, Australien und Südafrika zusammen, so sind das Mißverhältnisse, die nicht allein in objektiven und unüberwindlichen Gründen liegen. Wir sollten uns nicht mit den gegebenen Umsatzziffern begnügen und sie nicht als unabänderlich betrachten. Sehr oft ist die Organisation unserer Ausfuhr weniger das Ergebnis systematischer Arbeit als des Zufalles, und man kann nicht sagen, daß unsere Ausfuhrzahlen dem tatsächlichen Bedarf und den Verkaufsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern entsprechen. Es ist vielmehr so, daß in den Ländern, zu denen die deutsche Industrie seit jeher gute Verbindungen hatte, die häufig auf dem persönlichen Einfluß der dortigen Vertreter beruhten, daß dort die Umsätze zufriedenstellend sind, daß aber andere Gebiete, die ebenso und noch mehr aufnahmefähig sind, mangels geeigneter Verbindungen nur unzulänglich bearbeitet und deshalb auch ungenügend beliefert werden.

4. Marktanalysen sind notwendig

Eingehende Untersuchungen der einzelnen Märkte sind unbedingt erforderlich, um den Bedarf, Verkaufsmöglichkeiten, Wettbewerbsverhältnisse und auch die günstigsten Verkaufsverfahren zuverlässig festzustellen. An Hand derartiger Marktanalysen, die für die einzelnen Länder und Maschinengattungen aufgestellt werden müßten, und die natürlich auch ständig auf dem laufenden gehalten werden müßten, könnte man sofort erkennen, wo und wie unsere Ausfuhrarbeit in verstärktem Maße einsetzen müßte, um unsere Ausfuhr zu steigern. Derartige Marktanalysen kann der einzelne Betrieb,

1) Vgl. auch das Buch des Verfassers „Kanada“. Berlin 1938, VDI-Verlag GmbH. 56 S. Preis 3,35 RM.

wenn er nicht zu den Großbetrieben zu rechnen ist, allein nicht anfertigen, weil ihm dazu die Voraussetzungen fehlen. Dazu gehören schon genaue Kenntnisse des Auslandes, zahlreiche Informationsquellen und auch Fachleute, die nicht nur Informationsmaterial zu sammeln, sondern auch praktisch auszuwerten verstehen. Diese Fachleute müssen neben den technischen Fachkenntnissen, die zur Beurteilung der Materie, der Mitbewerber usw. erforderlich sind, auch Verkaufserfahrungen besitzen, um nicht nur Möglichkeiten für die Geschäfte zu erkennen, sondern auch die zweckmäßigen Verkaufsverfahren, die in den einzelnen Ländern verschieden sind, anzugeben; denn eine Marktanalyse, die nur feststellt, was ist, und nicht angibt, was getan werden muß, wäre nur eine theoretische, halbe Arbeit, da sie dem praktischen Geschäft nicht weiterhilft.

Die Marktanalysen sollten zugleich dem deutschen Betriebsführer einen Überblick geben, damit er Land für Land ein „Verkaufssoll“ einsetzen kann, ihm ferner auch an Hand der Wettbewerbsmethoden, der Preise, Werbung usw. aufzeigen, welche Gegner er zu bekämpfen hat, und — was der wichtigste Schlußstein derartiger Untersuchungen ist — ihm zeigen, welche Mittel er anwenden muß, um die fremden Mitbewerber auf den Auslandsmärkten erfolgreich zu schlagen. Hier eröffnen sich unsern Wirtschaftsorganisationen und Fachgruppen sehr wichtige und hochinteressante Aufgaben, da sie die geeigneten Zentralen sind, um derartige Marktanalysen im Interesse der deutschen Betriebe aufzustellen. Allerdings sind es Aufgaben mehr verkaufstechnischer Art, die am besten von Vertriebsingenieuren mit Auslandserfahrungen gelöst werden, und nicht von rein theoretisch geschulten Volkswirtschaftlern, die selbst noch nie eine Schraube, geschweige denn eine Maschine im Ausland verkauft haben.

5. Neue Ausfuhrverfahren sind notwendig

Die Marktanalyse, die zugleich neue Absatzmöglichkeiten und neue Wege zur Auslandskundschaft zeigt, führt naturgemäß auch zu weiteren organisatorischen Fragen; denn es wäre „unrationell“, auf Grund von Marktanalysen die deutschen Betriebsführer sozusagen hemmungslos auf den neuen Auslandsmarkt zu hetzen. Die Folge würde sein, daß dort, wie leider schon auf zahlreichen andern Gebieten, ein Kampf aller gegen alle einsetzen würde, daß der einzelne mit viel zu schwachen Kräften arbeiten würde, so daß bei dieser Zersplitterung aller Kräfte der Erfolg nur mit unverhältnismäßig großen Opfern zu Lasten des deutschen Devisenaufkommens erzielt und auch dann noch verhältnismäßig sehr klein sein würde.

Der bisherige geringe „Nutzeffekt“ unserer Ausfuhranstrengungen verursachte in manchen Kreisen eine „Exportmüdigkeit“, die durch Ermahnungen allein nicht beseitigt werden kann, solange die Praxis zeigt, daß sich diese Anstrengungen kaum lohnen und die Ergebnisse zu teuer erkauft werden. Da an sich jeder Betriebsführer sehr wohl Interesse an der Gewinnung neuer Auslandskunden hat, wird diese „Exportmüdigkeit“ verschwinden, wenn ihm neue Wege gewiesen werden, die leichter zum Auslandskunden führen. Diese neuen Wege sollen im folgenden Heft von „Technik und Wirtschaft“ gezeigt werden. [3692]

Inhalt

	Seite
Aufsatzteil:	
Wirtschaftsordnung. Von Dr.-Ing. Otto Bredt	1
Irans neue Überlandbahn. Von Heinz Manthe	7
Die deutsche Forst- und Holzwirtschaft im Wirtschaftsaufbau. Von Landforstmeister Storck	8
Die Seeschiffahrt von heute. Von Dr. Hermann Pantlen	11
Die chemische Auswertung der Steinkohle im Deutschen Reich	13
Archiv für Wirtschaftsprüfung:	
Neue Erkenntnisse im Rechnungswesen. Von Robert Koschek VDI	14
Wirtschaftsberichte:	
Die deutsche Wirtschaft im Dezember 1938. Von Dr.-Ing. Otto Bredt	18
Wirtschaftszahlen	23
Wasserrwirtschaft	24
Metallwirtschaft	24
Chemische Industrie	25
Länderberichte	26
Schrifttum:	
Wirtschaftswissenschaft und -politik	28
Industrielles Rechnungswesen	28
Rohstoffwirtschaft	29
Kalender	29
Aus andern Zeitschriften	29
Industrieller Vertrieb:	
Neue Wege in der Maschinenausfuhr. Von G. A. Langen	30